CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 Nr. 54 Jahrgang 6 März '89

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

00.2621 001 5 ##

Und sie probten den Aufstand

taz: Nach wie vor keine Trennung von Redaktion und Verlag

Red. Heidelberg Etwas unfreiwillig - der Computer- Schwerpunkt mußte wegen der nichtendenwollenden Fülle des Materials verschoben werden - ergab sich der Schwerpunkt dieser Ausgabe: Möglichkeiten und Grenzen einer linken Gegenöffentlichkeit. Angesichts der jüngsten Ereignisse innerhalb der taz (siehe Artikel auf S. 5) könnte man sich wieder einmal fragen, ob „strukturelle" Probleme symptomatisch oder gar chronisch mit der Deutschen Linken verhaftet sind, ob es tatsächlich um die Struktur geht oder genauer, ob die Veränderung der Struktur (hier: die Abschaffung des Kollektivs) per se eine Verbesserung impliziert.

„Eine einheitliche, sich von der etablierten Gesellschaft abgrenzende linke Gegenkultur und -Gesellschaft, die Basis für eine Tageszeitung mit dem Aufwand der taz sein könnte, gibt es nicht mehr", so die Feststellung der taz-Reformfraktion. Deshalb muß sich die Struktur der Zeitung verändern, um... Ja, warum eigentlich? Um eine neue Basis heranzuziehen, was ja wünschenswert wäre? Oder um die alte Basis, die offenbar jetzt endgültig abgedriftet ist, wieder einzufangen? Die Beobachtungen unserer Krisenberichterstatterin lassen einen dritten Schluß zu: In einer Zeit, in der Medienprofile durch eine Handvoll „starker" Persönlichkeiten mit einem Heer von „Mitschreibern" geprägt werden, erweist sich die kollektive Struktur des Wirtschaftens als verstaubter Bremsklotz am Bein des wahren Genies.

Die Diskrepanz zwischen individuellen und kollektivistischen Ansprüchen durchzieht auch die gesamte Geschichte eines anderen Instruments der Gegenöffentlichkeit, des „Verbandes des linken Buchhandels" (VLB). Im Bewußtsein der Krise der Gegenöffentlichkeit (Wegfall von Szeneteilen, Pleiten im linken Buchhandel, Generationskonflikte, Zensur, Durchsuchungen, Beschlagnahmen) trafen sich Mitte Januar 17 VertreterInnen des linken Buchhandels in Ulm, um eine Wiederbelebung der Kooperationsmöglichkeiten in Gang zu bringen. Eine Anregung von Elmar Sing, Autor von „Der linke Buchhandel - ein zweiter Frühling?" (S.9): Der VLB sollte eine Mit- bzw. Zusammenarbeit an dem vom „Verbund Gegenöffentlichkeit" in Vorbereitung befindlichen Medienkongreß anstreben.

Über das schwierige Unterfangen, das Medium Lokalradio zum brauchbaren Instrument einer Öffentlichkeit von unten zu machen, berichtet Mathias Lahmann am Beispiel des lokalen Medienkonzeptes für Nordrhein-Westfalen: „Das Feigenblatt als Zankapfel vor Ort" (S.7). Eine ungewöhnliche Form der lokalen Gegenöffentlichkeit wird vom Berliner „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" propagiert und praktiziert - Öffentlichkeit aktiv mit „Witz, Wut und Widerstand" (S.5) Überregional wird's dann wieder bei den Frauen: Heidi Kull von Primadonna stellt die Idee einer bundesweiten undogmatischen Frauenzeitung vor (S.6), die „zwischen feministischer Kampfpresse und modernem Konsumblatt" der auflagestarken EMMA Paroli bieten soll. CONTRASTE wünscht (ehrlich) eine produktive Sitzung in Hamburg und eine weiblich-elegante Lösung des Strukturproblems.

Grenzenlos soll der Raum sein, den die europäische Medienindustrie (noch kein dienliches Instrument linker Gegenöffentlichkeit) ab 1992 füttern und schlachten will. Gastautor Herby Sachs von der Redaktion „Schwarzer Faden" berichtet auf S. 8 über den europäischen Medienrausch, über EUREKA, MEDIA und HDTV. Na denn mal Prost und ein fröhliches Erwachen.

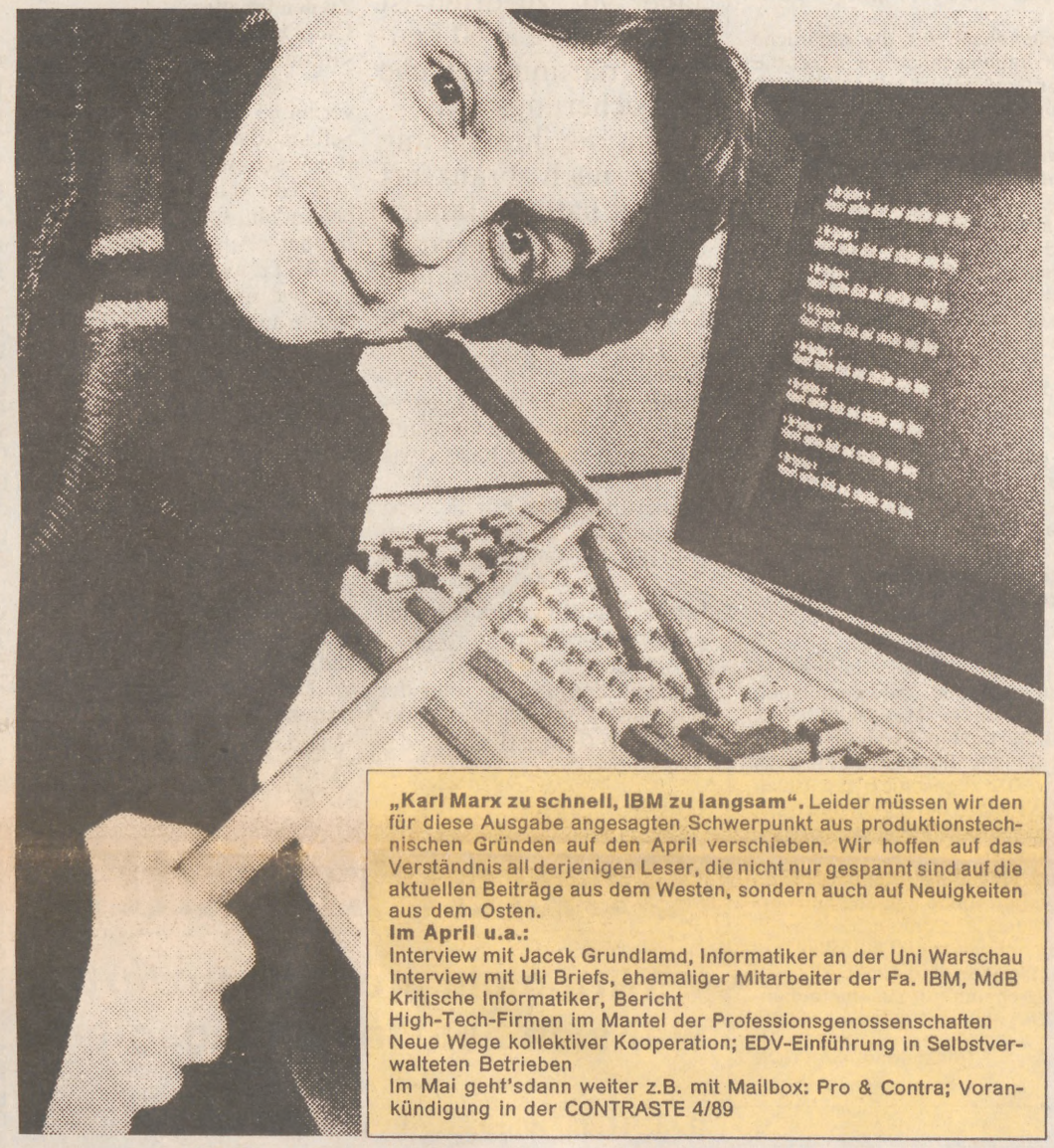


Foto: Markus Benk

„Karl Marx zu schnell, IBM zu langsam". Leider müssen wir den für diese Ausgabe angesagten Schwerpunkt aus produktionstechnischen Gründen auf den April verschieben. Wir hoffen auf das Verständnis all derjenigen Leser, die nicht nur gespannt sind auf die aktuellen Beiträge aus dem Westen, sondern auch auf Neuigkeiten aus dem Osten.

Im April u.a.:
Interview mit Jacek Grundlamd, Informatiker an der Uni Warschau
Interview mit Uli Briefs, ehemaliger Mitarbeiter der Fa. IBM, MdB
Kritische Informatiker, Bericht
High-Tech-Firmen im Mantel der Professionsgenossenschaften
Neue Wege kollektiver Kooperation; EDV-Einführung in Selbstverwalteten Betrieben
Im Mai geht'sdann weiter z.B. mit Mailbox: Pro & Contra; Vorankündigung in der CONTRASTE 4/89

Möglichkeiten und Grenzen einer linken Gegenöffentlichkeit

Und sie probten den Aufstand
Aus dem Innenleben der taz — Seite 5

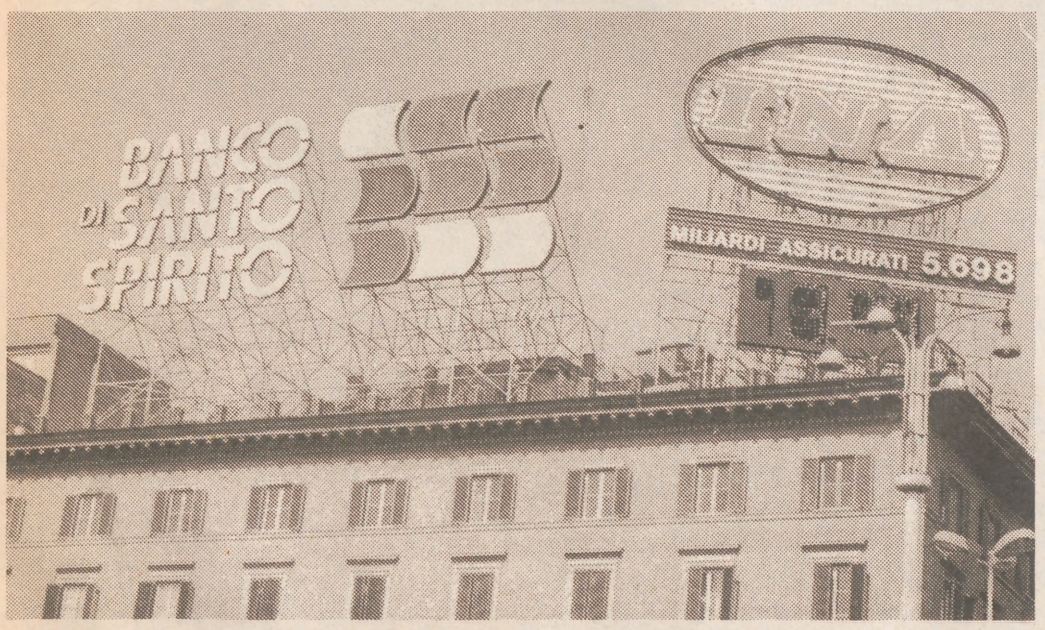
Der linke Buchhandel - ein zweiter Frühling?
Elmar Sing — Seite 9

Das Feigenblatt als Zankapfel vor Ort
lokale Medienkonzepte in NRW — Seite 7

Büro für ungewöhnliche Maßnahmen
Waldemar Schindowski — Seite 5

Überregionale Frauenzeitung?
Heidi Kull
Primadonna — Seite 6

Europa - im Medienrausch ohne Grenzen
Herby Sachs — Seite 8



Von Banken und Bunkern

In der letzten CONTRASTE suchte die Krebsmühle in Oberursel über eine Anzeige stille GesellschafterInnen zur Finanzierung eines Umbauprojekts. Eine polemische Passage des Anzeigentextes stieß auf das Mißfallen einer genannten Bank und daraus entspann sich dann ein kleiner Briefwechsel, den wir auf Seite 3 dokumentieren. Zur Februar-Ausgabe der *Ökorrespondenz* erreichte uns ein offener Brief der Freunde und Förderer der Ökobank, LV Bayern, der ebenfalls auf dieser Seite zu finden ist. Auf Seite 2 ein Bericht von Heike Möser über die Veranstaltung zum Thema Ökobank und R + V und Petra Inden berichtet vom 1. bundesweiten Treffen der Basisliste auf Seite 4.

Müsligeschäft gelaufen

Mensch ist, was er ißt: Eingemacht(es)

Red. Heidelberg Biofeinkost - die Betonung liegt auf „fein" - heißt die Zauberformel, die die Umsatzrückgänge im Naturkosteinzelhandel auffangen soll. Obwohl marktperspektivisch eine Sackgassenlösung - Biofeinkost gibt es seit eh und je in den Reformhäusern, und Reformhäuser gibt es bekanntlich inzwischen an jeder zweiten Straßenecke - sieht sich so manche/r BioladnerIn gezwungen, den Trend zu bedienen: Die Zeit der kochenden Müslimänner scheint vorbei, die neue Weiblichkeit schmiert sich eine handlich gemachte Natur lieber ins Gesicht und anstelle schweißtreibender Küchenarbeit sorgt die tägliche Weißdornknoblauchmisteldosis für Schönheit von innen. Hermann Cropp von der Redaktion Naturkost sieht dieser Entwicklung mit düsterem Blick ins Auge und plädiert auf S. 11 für die Rückkehr zu radikal naturnahen Bioläden.

Verbund Gegenöffentlichkeit:

Tagung der Arbeitsgruppe 3: „Arbeitsplatz Bildschirm Risiken und Möglichkeiten der elektronischen Vernetzung"
Vom 17. bis 19.3.1989 in Nürnberg, Olaf-Ritzmann-Kollektiv.
Anmeldung & Information:
Netzwerk Franken
Moltkestr. 13
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 26 71 71

In dieser Ausgabe:

Sozial kaputt?!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK), seit fast 20 Jahren Vernetzungsspezialist in den Bereichen Jugendarbeit, Psychiatrie, Alternativökonomie usw. soll nicht mehr auf der Förderliste der Bundesregierung stehen. Die Basisgruppen und Initiativen rufen deshalb zu einem Sozialpolitischen Forum auf, um auf die Bedeutung der Arbeit der AG SPAK und ihre notwendige Fortsetzung hinzuweisen. Näheres auf

Seite 2

Von der GmbH zur Genossenschaft

Die Heinrich -Heine - Buchhandlung in Hamburg hat es trotz eines nahezu perfekt funktionierenden Genossenschaftsverhinderungsmechanismus' geschafft: Zehn Jahre nach ihrer Gründung wird aus der Buchladen- GmbH eine Genossenschaft. Über den Hürdenlauf ins Ziel berichtet Michael Menard auf

Seite 11

Lernen in Freiheit

Freie Schulen, alternative Schulen: Der Versuch, dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsmonopol zu entrinnen, hat Tradition. In seinem Artikel Die Staatsschule ist nicht reformierbar spürt Ulrich Klemm dem Verhältnis von Anarchismus und Pädagogik nach. **Seite 14**

In der nächsten CONTRASTE greifen wir das Thema Freie Schulen auf. Geplant ist ein Bericht über die Schule auf dem Berliner Ufa-Gelände und ein Überblick über momentan in der BRD existierende Alternativschulen.

Außerdem in dieser Ausgabe

Betriebe

Was läuft bei den selbstverwalteten Grafischen Betrieben? — Seite 12
AG Beratung und Weiterbildung — Seite 12
Fiktive Alltagssituationen in einem fiktiven gemischten Druckereikollektiv — Seite 12
Ankündigung des nächsten Treffen der SV Schreinereien und ein Bericht vom Treffen der Elektrokollektive — Seite 13

und
Rezensionen:

Kursbuch Kulturförderung (S.4)
Die Diggers (S.9)
Gewaltverzicht (S.9)
Die Chaoten - Bilder aus Wackersdorf (S.11).

Seminar:
ISDN: Die Post zwingt alle ins Computernetz Gibt es Alternativen für einen Widerstand?

Bis 1993 soll es flächendeckend anschlußbereit sein: Das Computernetz „ISDN" (Integrated Services Digital Network). Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ist die Post seit 1984 dabei, das Telefonnetz zu einem digitalisierten, d.h. computerfähigen Netz aufzurüsten. Ohne daß zunächst neue Kabel verlegt werden müssen, ist es dann möglich, nicht nur das Telefonieren, sondern auch alle anderen Telekommunikationsdienste (Fernkopieren, Datenübertragung, Telex, etc.) von einer Telefonsteckdose aus zu nutzen. Endvision der Post ist die Verkabelung eines Glasfasernetzes, auf welchem dann auch Bild-Telefon und TV laufen können.

Einschlägige Unternehmen erhoffen sich Milliardengewinne im Vermittlungsanlagengeschäft, im Endgerätesektor, auf den „Zukunftsmärkten" Tele-Dienstleistungen/Medien, durch Rationalisierungsmöglichkeiten im Bürobereich, etc. Das wirtschaftlich Reizvolle ist für sie langfristig vor allem die Tatsache, daß nicht etwa eines der bestehenden Spezialnetze modernisiert wird, sondern eben das Telefonnetz mit seinen über 25 Mio. Privathaushalten, die dranhängen. Und unsere lieben Sicherheitsorgane werden sich sicher auch nicht allzu sehr grämen darüber...

Obwohl durchaus auch problematisch für die natürliche Umwelt, so ist durch ISDN doch hauptsächlich die SOZIALE Umwelt bedroht: Die Risiken dieser Großtechnologie für Arbeitsplätze, für die Situation der Frau, für das Kommunikationsgefüge, für die Bürgerrechte, etc. sind immens! Z.B. wird die Post lückenlos erfassen und speichern, wer wann mit wem telefoniert!

Während Post und Industrie die Vernetzungspläne in aller Ruhe in die Wirklichkeit umsetzen, ...während die Industrie versucht, sich als „gesellschaftspolitisch verantwortlich" zu verkaufen und das akzeptanzverheißende Feld der „Technikfolgenabschätzung" zu besetzen (SEL-Vorstand Zeidler: „Die Lehre aus der Kernenergie-Misere: wenn der öffentliche Druck erst einmal sehr stark geworden ist, nützt die schönste PR-Maßnahme nichts mehr!"), ...währenddessen ist in der kritischen Öffentlichkeit ISDN praktisch kein Thema.

ABER: Wollen wir die postmoderne Normierung der Gesellschaft einfach so über uns ergehen lassen?...

Wir, die Heidelberger Initiative „TelekommunikAKTION" (z.T. ehemalige VoBos), wollen versuchen, einerseits das Thema in bereits bestehende Initiativen und Organisationen reinzutragen und andererseits die Bildung von neuen Initiativen anzuregen. Wir laden daher alle Interessierten und solche, die es werden wollen, ein zu dem

Seminar: ISDN: Die Post zwingt alle ins Computernetz Gibt es Perspektiven für einen Widerstand?
Zeit: 22. April, ca. 10 - 16 Uhr
Ort: Heidelberg
Anmeldung: (bitte unbedingt bis 17. März, da wir das Seminar nur durchführen können, wenn sich genügend Leute anmelden!) bei: TelekommunikAKTION, c/o Dirk Bethe, Max-Wolf-Str. 10, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/475053. Die richtige Einladung erhaltet Ihr dann Anfang April. Mit der Einladung bekommt Ihr auch unsere Einführungsbroschüre zu ISDN zugeschickt (im Unkostenbeitrag enthalten), damit die Diskussion bei einem gewissen Vorwissen ansetzen kann. Wer diese Broschüre nicht möchte, vermerkt dies bitte auf der Anmeldung!
Ablauf: In der ersten Hälfte soll noch einmal die Problematik von ISDN vorgestellt werden. In der zweiten Hälfte soll es dann vorrangig um Perspektiven für einen Widerstand gehen:
- Wo gibt es Ansatzmöglichkeiten (wer ist zuerst betroffen?)
- Welche Aktions- und Aufklärungsformen sind denkbar?
- In welcher Form kann das ISDN-Thema mit zusammenhängenden Themen wie Medien, EDV, etc. verbunden werden?

TelekommunikAKTION

„CONTRASTE sprach, es werde Licht"*, oder: Die Leiden der jungen Ökobank

Was ist dran an Ökobank und R + V Versicherung? Bericht von der gleichnamigen Veranstaltung am 25.02.89 in Frankfurt

Heike Möser

Red. Rhein/Main Viele hat es ja nun nicht gerade interessiert, ob die Ökobank zwischen „Müsli und Jäger 90" zu orten ist oder nicht. Ca. 60 Leute – darunter etliche Fairsicherungsmenschen, die ihre Tagung extra nach Frankfurt verlegt hatten – fanden sich ein im Bürgertreff Westend, um besagtes Problem nun endlich zu klären.

Zu dieser Diskussion „geprügelt" (taz) wurde die Ökobank nicht etwa von der Basis – wie die taz zu berichten weiß – sondern von dem kürzlich erst gegründeten Ökonovia- Verein; das Modell, welches von der Ökobank favorisiert wird für die Nachfolge des ehemaligen Bundesvereins.

Also denn auch rechts außen auf dem Podium Vertreter der Ökobank und der Versiko GmbH (Partnerfirma der Ökobank), mittig ein Versicherungswissenschaftler von der Uni/Frankfurt, die Moderation und ein Vorstandsmitglied der Ökonovia, linksaußen Vertreter der Fairsicherungsläden. Vom Standpunkt des Podiums aus muß rechts und links natürlich vertauscht werden, oder ... na ja, egal ...

Zu den Inhalten:
Die Diskussion über die Zusammenarbeit mit der R+V (vgl. CONTRASTE 12/88) verlief bös' contra-lastig. Selbst das Argument, die R+V sei eine Genossenschaft und von daher bevorzugt zu behandeln, scheint seit der Dezember- Ausgabe von CONTRASTE nicht mehr so zu ziehen wie in alten Zeiten. Klar wurde andererseits, daß es keine Versicherung gibt, die nicht in irgendeiner Form in Rüstungs-, Atomindustrie- oder Südafrikageschäften verstrickt ist. Betont wurde an dieser Stelle von der Ökobank nocheinmal, daß mit dem Einstieg in die Ökobank auch der Einstieg in das Wirtschaftssystem – also in den Kapitalismus – geschehen sei.

Aber auch die Fairsicherungsläden gaben zu, keine anderen Versicherungen vermitteln zu können. Nur bezog sich deren Kritik auch mehr auf die Kundenbetreuung und -beratung, die sich mangels Qualifikation bei der Ökobank grundsätzlich auf die Vermittlung an die R+V beschränkt. Zudem sei es gefährlich, sich von einer einzigen Versicherungsagentur abhängig zu machen.

Heftige Kritik gab es vonseiten der Ökobank am unsolidarischen Verhalten der Fairsicherungsläden, über die Zeitung CONTRASTE in der Form eines „Enthüllungs- Artikels" den sogenannten Ökobank-Skandal ausgelöst zu haben. Ein Besucher der Veranstaltung sprach von „scheinmoralischer Auseinandersetzung" und „widerwärtiger Demagogie".

Dem können die Fairsicherungsläden nur entgegenhalten, daß man seit Jahren das Gespräch und Wege der Kooperation mit der Ökobank sucht, stattdessen aber die Ökobank mit Scheinverhandlungen die Tatsache verdeckt, daß sie bereits eine Zusammenarbeit mit der R+V vereinbart hat.

Letztgenannte Punkte wurden schön säuberlich unter der Rubrik „Schmutzige Wäsche" an die Wand gepinnt. Da aber viele der eigentlichen 'Schmutzfinke' garnicht da waren, konnte soviel an dreckiger Wäsche auch nicht gewaschen werden. TAZ und FRANKFURTER RUNDSCHAU hatten sich wohl – traut man ihrer pompösen Berichterstattung – einen neuen 'Skandal' erhofft. Stattdessen wurde von allen Seiten betont, das entstandene Mißtrauen müsse abgebaut werden. Die Ökobank überlegt derweil, aus dem Versicherungsgeschäft auszusteigen und krönender Abschluß der Veranstaltung war die Idee der Gründung einer „sauberen" Versicherung, einer „Ökoversicherung".

Natürlich durften die Gäste nicht ohne die freundliche Aufforderung, doch bitte in die Ökonovia einzutreten, nach Hause gehen. Aber dann war alles – fast – wie immer: Ökobank und Versiko machen sich dünne, die Fairsicherungsläden tagen und – man höre und staune, absolut nicht wie immer – Ökonovia und Basisliste wurden, verstrickt in eine heiße, kontrastreiche Diskussion, in einer Kneipe gemeinsam an einem Tisch gesichtet (natürlich nur von penetranten Journalisten, die gut recherchieren).

**Zitat Jochen Mende, Marburg, am 25.02.89, auf der Ökonovia-Veranstaltung „Entrüstung wegen Rüstung".*

Sozial kaputt?!

Wird nicht mehr finanziert, wer sich heut' noch engagiert?

Red. Heidelberg Aktuelle Veränderungen im Bundesjugendplan bedrohen die Träger, die sich seit Jahren durch soziales Engagement ausgezeichnet haben. Nach Kürzungen bei den katholischen und evangelischen Studenten- und Hochschulgemeinden soll nun die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) trockengelegt werden.

Die AG SPAK ist ein bundesweiter Zusammenschluß sozialpolitisch arbeitender Initiativen aus den Bereichen: Jugendarbeit, Straffälligenhilfe, Psychiatrie, Obdachlosenarbeit, Alternative Ökonomie, 3-Welt-Pädagogik u.a., der seit fast 20 Jahren Vernetzungsarbeit leistet. Sie ist für ihr soziales Engagement bekannt, das darauf hinzielt, Probleme öffentlich zu machen anstatt sie zu individualisieren.

Die konkrete Betroffenenarbeit soll nach Aussage des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) nicht mehr auf der Förderliste der Bundesregierung stehen. Äußerungen aus dem Ministerium zufolge liegt die Arbeit der AG SPAK nicht mehr im sog. „Bundesinteresse". Der Stufenplan des BMJFFG sieht vor, die AG SPAK bis 1991 völlig aus dem Bundesjugendplan zu streichen.

Die für 1989 angekündigten Kürzungen werden jedoch schon dazu führen, daß ein Großteil der Tagungen und Seminare nicht stattfinden kann.

In den Basisgruppen wächst die Empörung, daß die Arbeit der AG SPAK, die in der Fachöffentlichkeit auf breite, positive Resonanz stößt, vom Ministerium für nicht förderungswürdig gehalten wird. Um der Öffentlichkeit die Arbeit der AG SPAK und ihre Bedeutung für das soziale Engagement Jugendlicher darzustellen, rufen die Initiativen zu einem

Sozialpolitischen Forum unter dem Motto
„Sozial kaputt" am 8. April 1989 in Frankfurt (Mainzer Landstraße 147) auf.
Schwerpunkte des „Sozialpolitischen Forums" werden sein:
- Kommunalisierung der Sozialpolitik am Beispiel von Jugend- und Sozialhilfe
- Die alte, die neue und die ganz neue Armut (in Europa)
- Zukunft der Selbstverwaltungswirtschaft (Arbeit 2000)
- Ideologische Aneignung von Selbsthilfeideen durch Neokonservative

Ausführliche Informationen und Anmeldung bei:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
Tel. (089) 77 40 77
Zur Deckung der Unkosten für Kampagne und Kongreß bitten wir um Spenden. Überweisung auf Postgiroamt München, Kto-Nr. 20547-808.

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.- DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Betr.: Ökobank

von links: F. Lässig, O. Förster

Lieber Oliver,

entweder sind die Kommunikationsstrukturen in der Ökobank extrem schlecht oder Dein Brief geht ziemlich daneben. Ausgerechnet unseren ersten – und nach den gemachten Erfahrungen zunächst mal auch letzten – Kreditantrag bei der Ökobank zur Begründung Deiner Abmahnung zu machen, ist ein starkes Stück. Ich kann mir kaum vorstellen, daß Dir das Jammertal dieser Kreditgeschichte entgangen ist. Falls dem aber wirklich so sein sollte, hier meine (selbstverständlich subjektive) Wahrnehmung:

Ziemlich genau vor einem Jahr wurde in der Krebsmühle ein neues Ausbauprojekt spruchreif: das „alte Haus", ein zweistöckiger Anbau an das eigentliche Mühlengebäude und in Vorzeiten mal das Wohnhaus der Müllerfamilie, sollte von Grund auf renoviert werden: komplett neues Treppenhaus, neue Fußböden, Fenster, Türen; Erneuerung der gesamten elektrischen, Wasser- und Sanitärinstallation, Dachausbau und neues Dach – kurz: bis auf die Grundmauern blieb nichts beim Alten.

In das Gebäude einziehen sollte der EDV-Bereich der Krebsmühle mit den Firmen *Textline* (Satz) und *Software-Team* (Software- Entwicklung), in die neu eingebaute Dachwohnung der Herausgeber der ebenfalls in der Krebsmühle ansässigen Zeitschrift *Publik Forum*, Harald Pawlowski, mit seiner Familie.

Die Ökobank stand kurz vor Gründung – was lag also näher, als das anstehende Finanzierungsgeschäft der Ökobank anzubieten? Für uns war das logisch, eine solidarische Überlegung, wußten wir doch, daß es die Ökobank mit den ihr gemachten Auflagen schwer haben würde, vom Start weg genügend *sichere* Finanzierungsprojekte zu finden.

Die Baukosten wurden mit ca 200.000.– DM veranschlagt (wg. fast alles in Eigenleistung). Von dieser Summe standen 90.000.– DM in Form einer Mietvorauszahlung seitens Harald Pawlowski zur Verfügung; blieb also eine zu finanzierende Summe von 110.000.– DM. Dieser Kreditaufnahme standen rund 1.600.– DM monatliche Mietmehreinnahmen gegenüber: bei einer Kreditlaufzeit von 10 Jahren „rechnete sich" das Ganze mithin problemlos.

Eine runde, saubere Sache also, ein weiterer Schritt in der Konsolidierung des Krebsmühle-Zusammenhangs und ein solides Geschäft für die demnächst gegründete Ökobank. So schien es uns – und dies war auch der „Geist der Verhandlung" mit einer ganzen Reihe von Ökobankern, die sich zur Besprechung der Dinge in der Krebsmühle einfanden.

Abgesichert werden sollte der Kredit einerseits über die Abtretung der Mieteinnahmen und zusätzlich nach Möglichkeit über einen Grundbucheintrag zugunsten der Ökobank oder aber persönliche Bürgschaften von Kollektiv- Mitgliedern. Wie auch immer: die Besicherung, so die einhellige Meinung, würde sich auf jeden Fall darstellen lassen.

Auf der Grundlage dieser – auch von ihm selbst noch einmal nachgefragten – Zusage finanzierte ein Freund die Bausumme kurzfristig vor: die Ökobank war noch nicht gegründet, die Familie Pawlowski hatte aber bereits ihr Haus verkauft, die neue Wohnung mußte also zu einem bestimmten Zeitpunkt fertiggestellt sein – wir mußten mit Bauen beginnen. Sobald die Ökobank gegründet war, wurde ein Konto eingerichtet, auf das von diesem Moment an unsererseits die monatlich zu zahlende Tilgungssumme überwiesen wurde. Gleichzeitig wurde nun auch formal der Kreditantrag gestellt.

Soweit der positive Teil der Geschichte. Bis zu diesem Zeitpunkt war alles so gelaufen, wie man sich die Zusammenarbeit mit der Ökobank vorstellt. Ab Antragstellung wurde es furchtbar. Wenn ich die kleinen Dinge des Lebens ausklammere (darf man von einem Ökobank-Vorstandsmitglied erwarten, daß er das richtige Kreditantragsformular findet und in angemessener Zeit auszufüllen in der Lage ist?. . . sollte man nicht erwarten können, daß bei Urlaub und sonstigen Ausfällen dieses Vorstandsmitgliedes jemand anders den Antrag weiterbearbeitet, sodaß sich zumindest die Zeiten zwischen den diversen Benachrichtigungen, in denen mal wieder diese oder jene für die Wahrheitsfindung scheinbar unerläßliche Formalität nachgefordert wird, in Grenzen halten?), bleibt mir folgende Essenz: das ganze Gerede über den Kredit im Vorfeld der Bankgründung war Schall und Rauch. Es gab nie die Absicht, in solidarischem Miteinander nach den günstigsten Formen der Kreditbesicherung zu suchen – von allen infragekommenden Möglichkeiten wurde über Monate allein die Absicherung durch Eintrag im Grundbuch verfolgt. Dies auch da noch mit unermüdlichem und zeitfressendem Eifer, wo durch ein einfaches Telefonat klarzustellen war, daß ein Eintrag in erster oder zweiter Position nicht infrage kam. Und so, daß uns schließlich von dritter Seite besorgte Nachfragen erreichten, ob mit unserer Wirtschaftlichkeit was nicht in Ordnung sei.

Schließlich wurden wir aufgefordert, andere Sicherheiten beizubringen. Dabei wurden vorhandene Investitionsgüter von vorneherein abgelehnt. Man sei kein Bauchladen. Also reichten wir persönliche Bürgschaften von Kollektivmitgliedern nach – keine über 3.000.– DM, weil man kennt sich ja aus, es handelte sich unsererseits nicht um den ersten Kreditantrag unseres Lebens. Daß trotzdem alle Bürgen eine Selbstauskunft ausfüllen mußten, fanden wir – GLS-verwöhnt – zwar verwunderlich, aber was tut man nicht alles, damit die Aktenschränke voll werden.

Unangenehm überrascht waren wir erst, als seitens der Ökobank diese Mini-Bürgschaften dann tatsächlich im Einzelnen geprüft und großenteils „abgewertet" wurden: bankseitige Argumentationen dahingehend, daß die im Kollektiv gezahlten Löhne nicht eben hoch sind, daß bei der Fluktuation im Kollektiv nicht sicherzustellen ist, daß etwa die italienischen Bürgen im Zweifelsfall überhaupt noch greifbar sind und daß ja überhaupt langfristig nicht sicher ist, ob ein Kollektiv weiter besteht und also weiter Löhne zahlen kann – solche Argumentationen sind uns seit langem bekannt und waren mit ein Grund für unser Engagement im Gründungsprozeß der Ökobank. Von der hätten wir dann was anderes erwartet. Daß dies geht, beweist die GLS.

Nun hatten wir ja noch was auf der Aktivseite: die vertraglich festgelegte Abtretung der Mietmehreinnahmen an die Ökobank. Aber auch hier mußten wir feststellen, daß es ein Bewertungsermessen gibt. Und daß es durchaus nicht der Stil der Ökobank ist, den Ermessensspielraum auszuschöpfen. So erklärte Freund Lässig in der einen Sitzung gerade noch, daß er die Mieteinnahmen seitens der Firma *Software-Team* angesichts des jugendlichen Alters der Firma nur in Höhe von zwei Jahresmieten als Sicherheit bewerten könne. Der Herausgeber von *Publik Forum* war ihm dabei immerhin für fünf Jahre gut. Kaum hatte man aber errechnet, daß sich auf dieser Grundlage auch bei „abgewerteten" persönlichen Bürgschaften die Gesamtsicherheit für den Kredit darstellen ließe, mußte man mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, daß plötzlich die Firma *Software-Team* nur noch für ein, Familie Pawlowski nur noch für zwei Jahre gut sein sollten. Na ja, immerhin kann uns jederzeit der Himmel auf den Kopf fallen . . .

So kommt es, daß heute, fast ein Jahr nach Antragstellung, erst rund 70.000.– DM der Kreditsumme ausbezahlt worden sind. Auf die restlichen 35.000.– DM warten wir nach wie vor. Nachdem uns im Januar zu Ohren gekommen ist, daß die entsprechenden Ökobank-Gremien es leid sind, sich von Sitzung zu Sitzung mit der Krebsmühle zu beschäftigen, haben wir eine Pause darin eingelegt, Druck zu machen. Die gewichtige Frage also, in welcher Höhe die Mietabtretung letztendlich zu werten ist, ist nach wie vor offen. Und genau so interessiert erwarten wir die Entscheidung der Ökobank in der Frage der Bewertung der persönlichen Bürgschaften. Hoffentlich sterben uns die Bürgen nicht weg in der Zwischenzeit.

Soviel vielleicht, Oliver, zum Thema Verbunkern von Geldern. Die Ökobank, das ist ihr hiermit attestiert, geht ausgesprochen gewissenhaft um mit dem Geld ihrer Einleger. Es mag sein, daß dies mitunter mit der Dynamik des umgebenden Wirtschaftslebens kollidiert. Isolde K., Mitbesitzerin des neueröffneten Restaurants *Die Linse* auf dem Gelände der Krebsmühle, hat ihren gut bezahlten Job gekündigt, um sich die Alternative erfüllen zu können. Den Antrag auf einen Kredit für die notwendigen Umbaumaßnahmen stellte sie bei der Ökobank. Das sah – wie bei der Krebsmühle – in ersten Vorgesprächen auch gut aus. Als es dann aber an die Antragstellung ging, wurden derart viele Formulare und Unterlagen angefordert und ein so langwieriger Entscheidungsprozeß in Aussicht gestellt, daß sie lieber zur Dresdner Bank ging: hier hatte sie ihren Kredit innerhalb von zwei Tagen.

Wenn ich mir überlege, wie viele Leute wie viel Zeit in die Arbeit für diesen (vergleichsweise) lächerlichen Kredit verloren haben, kann ich wirklich wütend werden. Die Organisation unserer gesamten anderen Fremdmittel (und die belaufen sich mit Finanzierung von Grundstück und Gebäuden auf gut 3 Mio DM) hat zusammengenommen weniger Zeit gekostet. Und war erheblich erquicklicher. Was mich am meisten ärgert: noch nie wurden uns vorher von einem Finanzier so massiv Wirtschaftlichkeits- und Effizienzkriterien reingedrückt. Wenn wir heute viel stärker, als das je im Projekt der Fall war, nach solchen Kriterien arbeiten, wenn wir heute von der Notwendigkeit sprechen, die Möglichkeiten der Krebsmühle zu *verwerten* und nicht wie früher davon, sie aus- und *aufzubauen*, dann ist das auch eine Auswirkung der ernüchternden Erfahrungen, die wir mit der Ökobank und der sie aktiv tragenden Szene gemacht haben.

Es tut mir leid, dies schreiben zu müssen. Es tut mir auch leid, Dir auf Deinen Vorwurf, daß wir schließlich *seit dem 26.1.1989* sogar Förderzinsen erhalten, lediglich antworten zu können, daß das ja sicherlich auch Zeit wurde und daß wir rein zufällig zuvor irgendwann mal festgestellt hatten, daß uns der Ökobank-Kredit zu diesem Zeitpunkt von allen unseren Fremdmitteln (s.o.) am meisten Zinsen kostete. Ich habe mich aus aller Polemik gegen die Ökobank herausgehalten und bin heute noch hoffnungsfroh, daß vieles, was man so hört und erlebt, auf die Anlaufschwierigkeiten eines sowieso schon schwierigen Projekts zurückzuführen ist. Fatal fände ich allerdings eine Tendenz, bei der am Schluß 30 und mehr Millionen irgendwo (im günstigsten Fall bei der BFS) fest angelegt ein halbes Prozent Zinsgewinn bringen und damit nur dem Zweck dienen, ein 15- oder 20-köpfiges Bankteam recht und schlecht am Leben zu halten. Das wird Dir nicht anders gehn.

Für mich selber ziehe ich aus den Erfahrungen des letzten Jahres mit der Ökobank den Schluß, mich wieder stärker an der Diskussion und am Aufbau der Bank zu beteiligen. Ich hoffe, daß am Ende doch das dabei herauskommt, was mit der Ökobank intendiert war.

Ich grüße Dich – nach wie vor lieber solidarisch als genossenschaftlich.

Karl Bergmann

P.S.: Ich hoffe, Du hast nichts dagegen, wenn wir diese Auseinandersetzung öffentlich machen. Schließlich sind die Beispiele voll aus dem Leben gegriffen und daher hilfreich für die Wahrheitsfindung kommender Generationen. Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich für die Öffentlichkeit nicht das Ökobank-Jubelblatt („Turnschuh-Banker im Erfolg"), sondern die Contraste wähle, die ja ursprünglich von allen als kritisch begleitendes Medium gedacht war . . . ach je, das wär' ja schon wieder ein Artikel.

Ökobank eG · Bornheimer Landstr. 22 · 6000 Frankfurt/M. 1

Ökobank
Eingetragene Genossenschaft

Krebsmühle GmbH
z. H. Karl Bergmann
Krebsmühle

D 6370 Oberursel 5

Unser Zeichen	Unser/e Sachbearbeiter/in	Telefon	
40	Oliver Förster	069/405892-40	09.02.1989

Anzeige in der Zeitschrift Contraste-Ausgabe Februar 1989

Lieber Karl,

in der Zeitschrift "Contraste" habt Ihr eine Anzeige geschaltet, in der es unter anderem heißt " wer also sein Geld nicht in den Tresoren von Öko- und anderen Banken verbunkern, sondern dieses Geld sinnvoll einsetzen will, erhält nach Anruf...".

Vor dem Hintergrund, daß auch die Ökobank der Krebsmühle durch ein Darlehen Gelder zur Verfügung gestellt hat, dies seit dem 26.01.1989 sogar zu einem Zinssatz für Förderkredite, halte ich die Formulierung, daß Geld in der Ökobank verbunkert sei, für fraglich.

Meinst Du nicht auch?

Mit genossenschaftlichen Grüßen

Ökobank
Eingetragene Genossenschaft

Oliver Förster

Die Krebsmühle sucht
Menschen, die uns helfen, die **Umbaufinanzierung für** unsere Ablaugerei sicherzustellen, damit dann auch dort **ökologische Arbeitsplätze** entstehen können. Wer also sein Geld nicht in den Tresoren von Öko- und anderen Banken verbunkern, sondern dieses

Geld sinnvoll einsetzen?

will, erhält nach Anruf oder -schreiben sofort Informationen darüber, wie und zu welchen Bedingungen man/frau **stille/r Gesellschafterin** bei der Krebsmühle werden kann. Anschrift: Krebsmühle GmbH, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5. ☎ 06171/73496. Kontakt über: Karl Bergmann

Red. Heidelberg Die *Ökorrespondenz*, Mitteilungsblatt der ÖKOBANK, das an die BankgenossenschafterInnen kostenlos verschickt wird (Teil des Bank-Services, der von den Kapitalgebern über Zinsverzicht mitfinanziert wird), berichtete im Februar sehr ausführlich über einen neugegründeten Verein namens OekoNovia, der als zentrale Organisation mit Sitz in Frankfurt einen Teil der ehemaligen Mitglieder der „Freunde und Förderer der Ökobank" bzw. neu gegründete (z.B. in Baden-Württemberg) oder noch zu gründende Landes- OekoNovia- Vereine bundesweit vernetzen will. Zur nächsten Ausgabe der *Ökorrespondenz* erreichte uns nachstehender offener Brief, den wir hiermit dokumentieren:

Ärger geht's fast nimmer!

Bei Lektüre der neuesten Ökorrespondenz verschlägt es einem die Sprache angesichts derart massiver Ignoranz und Unsensibilität. Es ist fast kein anderer Schluß möglich, als daß die Ökobank sich bewußt und systematisch mit Riesenschritten von ihren ursprünglichen Ansprüchen fortbewegt und deshalb auch keinerlei Rücksicht mehr auf die regionalen Strukturen vor Ort nimmt, denen sie letztlich ihre Existenz verdankt.

1. Vertreterversammlung als „oberstes Organ der Ökobank" - ganz klein geschrieben!
Wer mit Berechtigung erwartete oder zumindest hoffte, daß die Wahl zur VertreterInnenversammlung zentraler Gegenstand dieser Ökorrespondenz sei, wurde schmählich enttäuscht. Der Stellenwert für die Ökobank wird durch die auf der Titelseite wohl nicht zufällig nur halbe Spalte zu diesem Thema bestens dokumentiert. Anders dagegen verhält es sich mit dem Frankfurter Regionalverein „Oekonovia".

2. Der „wahre" Ökobank-Verein?
Für jeden, der sich auf lokaler Ebene für den Aufbau einer möglichst weitverzweigten Infrastruktur der Ökobank engagiert, ist die Art der Präsentation von „OekoNovia" ein Schlag ins Gesicht. Bei Auflösung des Bundesvereins „Freunde und Förderer" wurde ein faires Nebeneinander von bestehenden regionalen Strukturen und neuen Organisationsformen vereinbart - jetzt macht Ökorrespondenz ganz ungeniert Promotion für einen von vielen, ja stellt ihn als geborenen Nachfolger des ehemaligen Bundesvereins hin.

3. Wem gehört Ökorrespondenz?
Es handelt sich schon um einen kritikwürdigen Mißbrauch des offiziellen Mitteilungsorgans der Ökobank für ihre GenossenschafterInnen, wenn tendenziös Ökobank-Vereinsgeschichte rekapituliert und publiziert wird. Um so mehr gilt das für den vorliegenden Fall, wo das augenblicklich zentrale Ökobank-Thema, nämlich die VertreterInnenwahl mit insgesamt einer knappen Seite im wahrsten Sinne des Wortes zurücktreten muß, damit heuchlerische Ergüsse über „OekoNovia" an zentraler Stelle mehrseitig plaziert werden konnten. Wir klagen dieses Mißverhältnis an und sind gespannt, ob in Zukunft auch andere Institutionen (z.B. Landesverbände von Ökobankvereinen, Regionalgruppen) so großzügig in der Ökorrespondenz Berücksichtigung finden werden.

4. Der ungeHebte Abkömmling?
Lippenbekenntnisse zu regionalen, dezentralen Strukturen gibt es viele seitens der Ökobank. Gleichzeitig wird weiterhin ganz unverfroren auf ehrenamtliches Engagement außerhalb Frankfurts gesetzt. Sind denn inzwischen alle hauptamtlichen Ökobanker so betriebsblind, daß keinem mehr auffällt, welche existenzielle Bedeutung z.B. der Verein der Freunde und Förderer der Ökobank, LV Bayern, für die Arbeit in der bayerischen Region hat? Wir unterstützen seit Jahren in unserer Region den Aufbau der Ökobank und jetzt die Vorbereitung von Zweigstellen - auch finanziell -, da die Ökobank selbst dafür nicht ausreichend Geld hat. Zum Dank wird jetzt versucht, uns mit Ökorrespondenz das Wasser abzugraben, uns als ein überflüssiges Anhängsel neben der hehren „OekoNovia"-Initiative hinzustellen.

5. Über Stilfragen kann gestritten werden!
Eben! Deshalb ist es vielleicht auch einen Gedanken wert, Oliver nicht zum omnipotenten Ökobank-Hansdampf in allen Ökorrespondenz-Ausgaben werden zu lassen. Als „Redaktion" war es scheinbar zu verlockend für ihn, in Personalunion mit seiner Ökobankfunktion dem Newcomer „OekoNovia" noch ein zusätzliches, scheinoffizielles Gütesiegel zu verschaffen. Bescheidenheit ist eine Zier...!?

6. CONTRASTE ade?
Die Ökobank hat sich in ihrer Satzung dem Gedanken der Vernetzung und der Förderung der Selbstverwaltung verschrieben, zumindest auf dem Papier. Läge es dann nicht auch nahe, allgemeine Diskussionen wie „Europa" und „OekoNovia" statt in der Ökorrespondenz in der schon bestehenden und hierfür prädestinierten CONTRASTE zu bringen?

7. Das Letzte...
ist der neue Untertitel der Ökorrespondenz, der das starke Bedürfnis nach kapital(en) Information(en) zu seiner Genesis auslöst. Oder ist das so gemeint, daß in Zukunft auf diesem Weg dem „Kapital" Informationen über ökologisches Wirtschaften nahegebracht werden sollen? Aber selbst wenn ganz unbedarft und weniger spitzfindig an dieses Wortungetüm herangegangen wird, läßt sich nur schwerlich ein größerer Antagonismus vorstellen als der zwischen „ökologischem Wirtschaften" und „Kapitalinformation".
Wir wünschen uns
- eine möglichst baldige, öffentliche Klärung des Status und der Funktion von Ökorrespondenz
- die gleiche Möglichkeit zur Selbstdarstellung wie „OekoNovia".

Wir wünschen Euch
haufenweise zornige Reaktionen von vielen GenossenschaftlerInnen
Gute Besserung!

Verein der Freunde und Förderer der Ökobank
LV Bayern

Kultur Infos

Kursbuch Kulturförderung

heißt der Finanzierungsleitfaden zur Jugend- und Kulturarbeit, den das Paritätische Jugendwerk (PJW) herausgegeben hat. Kulturpädagogische Arbeit ist ein relativ neuer Ansatz in der Jugendhilfe. Traditionell sind offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit fest verankert. In den 70er Jahren kamen die Devisen „Kultur für alle" oder „Kultur heißt selbermachen" auf und beeinflußten die Jugendarbeit. Zahlreiche Initiativen, kulturpädagogische Aktionen, soziokulturelle Zentren sind entstanden. Der DPWV in NRW hat sich mit seinem Jugendwerk offen für diese Strömungen gezeigt. Sozial- und Kulturarbeit waren nicht länger zwei paar Schuhe. Die Ansätze haben sich vermengt, Sozialarbeit wurde um Momente der Kulturpädagogik im weitesten Sinne bereichert.

Probleme gab es und gibt es heute auch noch bei der Finanzierung dieser Arbeit. Kulturpädagogische Initiativen werden zwischen Jugend-, Kultur- und Sozialamt hin und her geschoben. Im Frühjahr '87 hat das PJW eine Fortbildung angeboten zum Thema „Zwischen allen Stühlen – zur Finanzierung von Jugend- und Kulturarbeit". Die Seminar-Materialien wurden aufgearbeitet und in dem Leitfaden veröffentlicht. Der Leitfaden kann keine Beratung ersetzen, aber die Kontaktsuche erleichtern und zum Beratungsgespräch qualifizieren. Das Buch zeigt auch deutlich die großen Löcher bei den Finanzierungsmöglichkeiten für Jugend- und Kulturarbeit auf. Hier sind PolitikerInnen gefordert, einen Bereich der Jugendarbeit anzuerkennen und zu fördern, der heute nicht mehr wegzudenken ist.

Das „Kursbuch Kulturförderung" – PJW-Finanzierungsleitfaden ist anzufordern beim Paritätischen Jugendwerk, Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2 (Schutzgebühr DM 10,--).

Kulturaustausch

...das klingt nach Völkerkundemuseum, Konzertreisen, Villa Massimo, Vernissagen. Doch den RedakteurInnen der „IKA"-Zeitschrift für Kulturaustausch und Kulturkalender „Dritte Welt" geht es nicht um die neuesten Trends am internationalen Kunstmarkt, sondern um die Kunst und Kultur derer, die nicht mit der Unterstützung eines „offiziellen" Kulturbetriebes rechnen können. In inzwischen 36 erschienenen Heften werden Schwerpunkt-Themen vorgestellt, die auch langfristig von Interesse sind (kostenlose Liste beim IKA-Vertrieb anfordern!). Aus dem Inhalt des neuesten Heftes „Uruguay" (Nr. 36): Literatur aus dem Kerker, ein Interview mit dem Theaterautor, Schriftsteller und Tupamaro Mauricio Rosencof, Filme aus und über Uruguay u.v.m, sowie der Kulturkalender „Dritte Welt" mit Informationen über Tourneen, Theater, Seminare und Festivals. Ein Jahres-Abo kostet DM 20,- incl. Porto, Förder- Abos ab DM 30.-. Zu beziehen über: IKA-Vertrieb, Kulturbüro „Dritte Welt", Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

Ist die Szene eine mächtige Basis? – Oder macht die Basis eine mächtige Szene?

Wir wissen, was Dieter Reincke empfiehlt ...

Schon seit längerem wird die Basisliste in Vorbereitung nach einem Konzept ihrer Vorstellungen zur Ökobankpolitik befragt. Zum einen: der anfangs kleine Initiativkreis der Basisliste wollte sich nicht anmaßen, die Genossinnen und Genossen mit einem fix und fertigen 'Ratschlag für Ökobank- Gänger' auch noch von einer weiteren Seite zu bombardieren. Der Kern unseres Anliegens war vielmehr, die Genossenschaft Ökobank nicht nur eintragen zu lassen, sondern dem vielzitierten „Motor für eine Wirtschaft von unten" entsprechende Zündkerzen zu verpassen, damit die Karre endlich genossenschaftlich ans Laufen kommt.

Petra Inden

Ein erstes bundesweites Treffen der Basisliste auf Ökobank- historischem Boden – gemeint ist die Krebsmühle in Oberursel – sollte denn auch die von uns über CONTRASTE verbreiteten Vorschläge konkretisieren. Im folgenden zunächst die Ergebnisse, bevor wir fortfahren, der Ökobank eine Basis-Szene zu machen, die uns immer noch nicht amüsiert.

1. Regionalisierung

Wir sehen die Möglichkeit, durch eine Änderung des Geschäftskonzeptes einen schnellen Rückfluß von Geldern zurück in die Regionen zu erreichen. Nachdem sich die Ökobank ein Jahr im Bankgeschäft bewährt hat, gilt es, die aufgestellten Selbstbeschränkungen zu revidieren. Die zögernde Entwicklung des Kreditgeschäftes, bedingt durch die Auflage des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, nur 10% des Gesamtkreditvolumens überregional verwenden zu dürfen, begründet diese Notwendigkeit zusätzlich. Konkret ergibt sich ein Weg: Laut Kreditwesengesetz ist es möglich, das 18-fache des haftenden Eigenkapitals als Darlehen zu vergeben, statt der Selbstbeschränkungen auf das 3-fache und auf 60% des Geschäftsvolumens. Die überregional zur Verfügung stehende Summe könnte sich also maximal versechsfachen.

Ergänzend schlagen wir die Kreditweitergabe durch im Großraum Frankfurt angesiedelte Betriebe und Privatpersonen vor, sowie die Erhöhung der Einzelkreditobergrenze. Um in den Regionen weitere 'Ökobanken' zu schaffen – die Konzeption als 'Zweigstellen' kritisieren wir – bedarf es eines regen Austauschs und verstärkten Engagements der bestehenden Ökobank, welches nicht beim finanziellen enden sollte. In diesem Sinne erwarten wir, daß regionalen Initiativen in der *Ökorrespondenz* die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und zum Austausch geboten wird.

2. Ökorrespondenz

Die *Ökorrespondenz* ist zur Zeit das einzige Medium, welches den Kontakt der Bank zu den Genossinnen und Genossen gewährleistet. Gerade nach der letzten Ausgabe stellt sich allerdings mehr denn je die Frage nach der Funktion der Zeitung – neuerdings – „für ökologisches Wirtschaften und Kapitalinformation". Herausgegeben inzwischen nicht mehr von der Ökobank selbst, sondern von einer Effekta GmbH, ist unklar, was sich in und warum sich was in der *Ökorrespondenz* verändert hat.

Wir erwarten von den 'Machern' der *Ökorrespondenz* von daher ein Besinnen darauf, daß die von ihnen veröffentlichten Erfolgsmeldungen auf die Initiative und Arbeit vieler Genossinnen und Genossen zurückzuführen ist, denen man Informationen – auch wenn sie einem selber nicht genehm sind – nicht vorenthalten darf. Ist die *Ökorrespondenz* Austauschforum für die Genossenschaft Ökobank oder Sprachrohr einer einzigen politischen Linie innerhalb der Genossenschaft? Produzierte Kontroversen, die in der *Ökorrespondenz* veröffentlicht werden, können nicht verdecken, daß die eigentliche Kontroverse momentan über die Zeitung nicht ausgetragen wird. Diese Entscheidung bezüglich der Funktion der Zeitung muß fallen, damit die Genossinnen und Genossen wissen, ob sie in Sachen Ökobank auch auf andere Medien zurückgreifen müssen oder die *Ökorrespondenz* ein objektives Bild der Sachlage bietet.

3. Öffentlichkeit

Wir vermissen nicht, daß die Ökobank aktiv in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt. Wir vermissen allerdings, daß dies zumeist ohne genossenschaftliches Fundament und zunehmend einseitig geschieht. Hier war auch der ehemalige Bundesverein offensichtlich überfordert, was aber nicht heißen darf, daß der zukünftige Nachfolgeverein jegliche tiefergehende Kontroverse durch seine Satzung von vornherein verhindert, d.h. eine bestimmte Position ausschließt; vielmehr sollte sowohl der zukünftige Verein alsauch die VertreterInnen- Versammlung eine tatsächliche Vertretung der Interessen der Genossinnen und Genossen beinhalten. Dies bedeutet zunächst eine Wiederbelebung der Genossenschaftsbasis, die sich aus dem Streit zwischen sogenannten Fundis und Realos der Ökobank seit einiger Zeit heraushält. Daran dürften alle Fraktionen der Ökobank ein Interesse haben, auch die, die immer noch als einzige Zugriff auf die Personenkartei hat; sprich: die Bank selbst.

Es geht also zunächst um die Schaffung offener Foren, in denen die politische Kontroverse ausführlich geführt werden kann.

Für das weitere Vorgehen der Basisliste in Vorbereitung schlagen wir ein zweites bundesweites Treffen vor. Stellungnahmen oder weitere Vorschläge zum bisherigen Konzept sind selbstverständlich erwünscht. Diese – sowie weitere Unterstützerkarten – bitte nach wie vor an die Koordinationsstelle für die Basisliste in Vorbereitung, Petra Inden, Niederurselerstr.7
6370 Oberursel 5
☎ (06171) 7 80 11

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sechs Millionen DM für die Soziokultur beantragt – unerwartete Antragsflut im zweiten Förderungsjahr –

Die Qual der Wahl hat am 10. März 1989 erneut das Kuratorium des 1987 gegründeten Fonds Soziokultur. Über 350 Anträge auf Förderung soziokultureller Projekte sind bis zum Stichtag am 31. Januar 1989 in der Geschäftsstelle des Hagener HOHENHOF eingegangen - fast doppelt so viele wie im ersten Förderungsjahr. Auch das Antragsvolumen hat sich wesentlich erhöht. Knapp sechs Millionen DM könnte der Fonds in diesem Jahr an beispielhafte Kulturprojekte vergeben und würde damit weitere zehn Millionen DM an Eigen- und Drittmittel für die Soziokultur mobilisieren. Faktisch stehen ihm aber nur DM 300.000,-- zur Verfügung; das ist ein Zwanzigstel der beantragten Summe.

Diese eklatante Diskrepanz ist ein eindrucksvoller Beleg für den gewachsenen Förderungsbedarf und die enorme Produktivität der soziokulturellen Szene, die mittlerweile im gesamten Bundesgebiet wirksam ist. Aufgrund dieser positiven Entwicklung will sich der Vorstand des Fonds unter dem Vorsitz von Dr. Olaf Schwencke in diesem Jahr erneut dafür einsetzen, daß die Mittel des Fonds weiter aufgestockt werden. Erst im letzten Jahr war es gelungen, eine Erhöhung um DM 100.000,-- zu erreichen.

Der Fonds Soziokultur ist ein gemeinnütziger Verein, dem mittlerweile neun Bundesverbände aus der soziokulturellen Arbeit angehören. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die kulturelle Praxis im Überschneidungsbereich von Kunst , Bildung und sozialer Arbeit projektbezogen zu fördern. Die Leitlinie seiner Förderpraxis ist die Verstärkung des Prinzips der Hilfe zur kulturellen Selbsthilfe sowie der Unterstützung von Selbstorganisation und Selbstverwaltung in der Kulturarbeit. Auf diese Weise will der Fonds in konkreten Fällen dazu beitragen, daß die Themenvielfalt und der Ideenreichtum der Soziokultur fruchtbar werden können für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Informationen
Fonds Soziokultur e.V.
Geschäftsstelle
HOHENHOF
Stirnband 10
5800 Hagen 1
Telefon 02331 / 58501
Telefax 02331 / 56824

Zur Gründung des Instituts für sozial- ökologische Forschung

Red. Heidelberg Mitte Januar wurde mit diesem Institut die erste unabhängige und außeruniversitäre, von Natur- und Sozialwissenschaftlern getragene Forschungseinrichtung in Frankfurt gegründet, die den **Zusammenhang** von sozialen und ökologischen Problemen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt.

Nachdem die weltweit wirkenden ökologischen Gefährdungen unbestreitbar zu einer „Überlebens"-Bedrohung für die Menschheit geworden sind, rückt ins öffentliche Bewußtsein, daß die ökologischen Gefährdungen soziale Ursachen und Folgen haben, wie umgekehrt der sogenannte 'wissenschaftlich-technische Fortschritt' zur Verschärfung der sozialen und ökologischen Konflikte und Probleme beiträgt. Unser Forschungsinteresse richtet sich deshalb auf die Zusammenhänge zwischen der ökologischen Krise und den aktuellen sozialen Umwälzungsprozessen im Bereich der Arbeit, der Geschlechterverhältnisse und der internationalen Beziehungen.

Die Institutsgründung ist nicht nur ihren Forschungszielen nach ungewöhnlich: sind doch in der Regel Forschungsinstitute entweder an den Hochschulen oder in der Industrie etabliert.

An den Hochschulen ist eine sozial-ökologische Forschung derzeit kaum möglich. Bereits die Problemstellungen erfolgen hier entlang den einzelnen Disziplinen. Nicht zuletzt aufgrund der Bürokratisierung der Hochschulen und der akademischen Privilegienstruktur sind Versuche, tatsächlich interdisziplinär und problemorientiert zu arbeiten, in der Regel gescheitert.

Dieses Forschungsdefizit wird noch verstärkt durch eine – gerade in Hessen – ausgeprägt provinzielle und uninteressierte Wissenschaftspolitik, sowie durch eine einseitige Interessenorientierung der Forschungsförderung.

Die Gründung geht auf Vorarbeiten der **Forschungsgruppe Soziale Ökologie** zurück, die im Auftrag der hessischen Landesregierung Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für ein Landesinstitut durchgeführt hat. Sie sind in einem ausführlichen Gutachten dokumentiert („Soziale Ökologie. Zur Förderung der sozial- ökologischen Forschung in Hessen").

Die CDU/F.D.P.-Koalition in Wiesbaden hat an der Weiterarbeit der Forschungsgruppe kein Interesse. Stattdessen möchte sie der wachsenden Kritik an der Wissenschaftspolitik in Hessen durch die **antiquierte** Vorstellung einer honorigen, aber ineffektiven Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften begegnen.

Wir sind davon überzeugt, daß sozial-ökologische Forschungen notwendig sind und auf Dauer eine breite Unterstützung erfahren werden. Sozial-ökologische Probleme und Konflikte richten sich nicht nach zufälligen Koalitionsmehrheiten. Deshalb haben wir das Institut nun auch ohne vorläufige staatliche Unterstützung als gemeinnützige GmbH gegründet.
(aus der Presseerklärung des Institus zur Gründung).
Institut für
sozial-ökologische
Forschung
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. (069) 70 00 12

Aktuelle Dokumentationen der Kulturpolitischen Gesellschaft

Dokumentation 27
Kinder- und Jugendkultur
DIN A4, 190 S., DM 15,-

Dokumentation 28
Kulturarbeit in Klein- und Mittelstädten
DIN A4, 125 S., DM 10,-

Dokumentation 29
Kulturpädagogik – Zur Zukunft eines Berufsfeldes
DIN A5, 254 S., DM 14,-

Dokumentation 30
Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik
Gedenkschrift für Alfons Spielhoff
DIN A4, 240, S., DM 18,-

Dokumentation 31
Kulturelles Wirken in einem anderem Land. Ausländische Künstler in der Bundesrepublik Deutschland
DIN A4, 150 S., DM 14,-

Dokumentation 32
Neue Kulturpolitik. Programmatik und Verbandseinfluß am Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft
DIN A5, 320, S. DM 20,-

Dokumentation 33
Ein Museum für die neunziger Jahre
DIN A4, 130, S. DM 15,-

Die Kulturpolitischen Mitteilungen erscheinen vierteljährlich und berichten über aktuelle Entwicklungen und Diskussionen in der Kulturpolitik.
DIN A4, ca. 50 S., DM 5,-
(als Einzelheft)

Alle Publikationen sind zu beziehen über:
Kulturpolitische Gesellschaft
Stirnband 10, 5800 Hagen 1,
Tel.: 02331/586553

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist ein Zusammenschluß von über 1.000 kulturpolitisch engagierten Politikern, Wissenschaftlern, Publizisten, Künstlern und Kulturarbeitern für eine Neue Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Und sie probten den Aufstand

Kein Platz mehr für Mitbestimmung und Kollektivität im Projekt taz?

Red. Berlin Palastrevolte in der taz. Putschisten in der Redaktion. „Neue Schläuche für guten Wein", „Für eine neue taz" und „Große Zukunft oder keine" sind die Losungen. (1) Gemeint ist die Aufhebung der Selbstverwaltung und kollektiven Mitbestimmung durch die juristische und ökonomische Trennung von Redaktion und Verlag, gemeint ist der endgültige Abschied vom Konzept einer linken radikalen Zeitung und der fröhliche Aufbruch zu neuen, liberal intellektuellen Ufern einer „linken FAZ", gemeint ist die Aneignung der Zeitung durch einige RedakteurInnen.

Katja Diefenbach

Der Putsch ist niedergeschlagen. Vorerst. Das Nationale Plenum, letzte und oberste Entscheidungsinstanz der taz, hat im Februar die Installation eines dezentralen Unternehmensmodells, die sogenannten „Neuen Schläuche für guten Wein", abgelehnt. Ja, darüber hinausgehend jede Strukturveränderung zurückgewiesen, die die Trennung von Redaktion und Verlag beinhaltet, also die inhaltliche Mitbestimmung der nicht- redaktionellen Bereiche unterminiert.

Das dezentrale Unternehmensmodell taz wurde im P3, dem Reader zum Nationalen Plenum, harmlos in drei ganzseitigen, grau unterlegten Schautafeln, sogenannten Organigrammen, präsentiert. Erst beim zweiten Blick entpuppte sich der Inhalt der Organigramme als konzertierte Aktion. Aus dem Projekt taz soll ein stinknormaler bürgerlicher Betrieb werden, in dem Mitbestimmung und Kollektivität keinen Platz mehr haben – fürwahr eine neue taz:

* Die bisherigen Abteilungen Abo/Vertrieb/Verwaltungen, EDV, Anzeigen, Redaktion/Archiv, Satz/Layout/Repro mausern sich zu eigenständigen Einzelfirmen: die A-GmbH, B-, C-, D-GmbH und die BGB-Gesellschaft
* Die taz-Leasing Genossenschaft e.G. verleast die Produktionsmittel an die Einzelfirmen.
* Der Verein der Freunde der alternativen Tageszeitung e.V. führt die politische Grundsatzdebatte und vergibt die Titelrechte.
* Im Herzen des Organigramms dann die taz- Verlag GmbH, die Gesamtleitung und Herausgeberschaft in sich vereint. Die Einzelfirmen delegieren Mitglieder in die Gesellschafterversammlung. (2)

Und fertig ist die neue taz. Rädelsführerin des versuchten Attentats auf den größten Alternativbetrieb in der Bundesrepublik ist Georgia Tornow, taz-Chefin, mit teurer und tatkräftiger Unterstützung des taz-Steuerberaters Gerd Behrens und der alternativen Unternehmensberatung IBEK.

Ideologische Schützenhilfe erhält dieses formale Zukunftsmodell von den Propagandisten einer redaktionellen Erneuerung, allen voran die alt gewordenen 68er Klaus Hartung und Thomas Hartmann. Ihr redaktionelles Konzept:

* Verdoppelung des Nachrichtenteils,
* stärkere Bearbeitung und gezieltere Präsentation taz-spezifischer Eigenthemen,
* profiliertere Meinungsseiten,
* aktuelle Kulturberichterstattung,
* leserorientierte Kommunikationsstrategie, die Information und Recherche betont. (3)

Wes Geistes Kind die Verfasser sind und was ihr Redaktionskonzept inhaltlich bedeutet, ergibt sich aus ihrer Rezeption gesellschaftlicher Entwicklung und ihrer Einschätzung linker Gegenkultur: „Doch die Linke in der BRD hat sich verändert. Das damals (vor zehn Jahren, Anm. d. A.in) zugrundeliegende Konzept revolutionärer Gegenmacht ist verblaßt (..) Eine einheitliche, sich von der etablierten Gesellschaft abgrenzende linke Gegenkultur und - gesellschaft, die Basis für eine Tageszeitung mit dem Aufwand der taz sein könnte, gibt es nicht mehr."

Konsequent mündet diese Position in Strukturprinzipien, die das dezentrale Unternehmensmodell con variationes wiederaufbereiten:

* Trennung von Redaktion und Verlag,
* Binnenstruktur mit Entscheidungskompetenzen qua Wahl,
* Besetzung von Leitungsgremien, die für die Neustrukturen verantwortlich sind,
* neue Lohnstrukturen mit verschiedenen Lohngruppen nach Verantwortung, geforderter Arbeitszeit, Alter, Berufstätigkeit. Die maximale Differenz darf das Verhältnis 1:2 nicht übersteigen,
* Erstellung eines Business-Planes und Aufnahme von Fremdkapital in Höhe von 5-8 Millionen Mark (Stille Gesellschafter),
* neue Redaktionsorganisation mit qualitätssichernder Schlußredaktion und internem Redaktionsstatut,
* nach Umsetzung dieser Prinzipien Neubeginn mit deutlich erhöhten Löhnen. (3)

Motto: Leistung lohnt sich wieder. Die etablierten Täume von der taz als Erstzeitung mit 100.000er Auflage und dem neuen Image von Seriosität und Professionalität treffen in der Redaktion auf eine weit verbreitete, adäquate Stimmung der Frustration: „Zehn Jahre Mangelwirtschaft, Überlebensstrategien, Selbstverwaltungsfrust, Ineffektivität und zehn Jahre des lähmenden Konsens der großen Familie sind genug. (..) Wir wollen die Ungerechtigkeit des Lohnsystems nicht mehr. (..) Wir setzen uns eine Frist von drei Monaten, in der die Expansionschancen der taz in praktischer Absicht geklärt werden. Wir werden dann die Konsequenzen ziehen." (4) Mehr als vierzig RedakteurInnen setzten darunter ihre Unterschrift.

Die von der Redaktion angemahnte Konzeptionsdiskussion blieb unterdessen auf dem Nationalen Plenum aus. Die Empörung über die klammheimlichen Putschversuche wurden schon im Vorfeld des Plenums von den nicht-redaktionellen Bereichen hauptsächlich mit eher hilflosen als lustigen Bemerkungen quittiert wie 10 Mark mehr Lohn für RedakteurInnen jedes wiedergewonnenen Abonnements oder Leistungslohn für die Redaktion. (5) Also sprach das Plenum: keine Trennung von Redaktion und Verlag, kein dezentrales Unternehmensmodell. Abgelehnt wurde allerdings auch der Antrag, Georgia abzuwählen. Eine knappe Mehrheit sprach ihr das Vertrauen aus. Ihr sollen jedoch fünf weitere MitarbeiterInnen aus den Bereichen zur Seite gestellt werden, wie das Plenum schon im letzten Jahr beschlossen hatte. Damals hatte sich jedoch niemand außer Georgia als mehrheitsfähig herausgestellt. (Nun soll der Vorstand die fünf fehlenden Personen in Abstimmung mit den Bereichen auswählen.)

Die Wogen haben sich geglättet. „Jeden Morgen eine gute taz". Der Alltag der Arbeit steht wieder im Mittelpunkt – im Rücken einige Stimmungsmacher für die liberale Erneuerung, (die links als politisches Spektrum von der Sozialdemokratie bis zu den außerparlamentarischen Bewegungen begreifen) die die Aura des Etablierten geschnuppert haben und denen im Gegensatz zu ihren 68er Ex-GenossInnen der Posten fehlt, ausgespart vom Kuchen der Macht. Im Rücken auch eine Redaktionsmehrheit in der steifen Brise des Selbstverwaltungsfrustes, die die marktwirtschaftliche Tatsache nicht realisiert, daß für die große Zukunft „linke FAZ" kein Marktanteil vorhanden ist – der linksliberale Mainstream ist längst vermachtet.

1) Erklärungen zum Nationalen Plenum, siehe P3, Nr. 11;
2) vgl. Das dezentrale Unternehmensmodell taz, P3, Nr. 11;
3) Jürgen Gottschlich, Klaus Hartung, Thomas Hartmann, Georgia Tornow: Für eine neue taz, P3/11;
4) Für eine große Zukunft oder keine, Erklärung einiger RedakteurInnen;
5) Helmut Bonn: Ultimatum; Leistungslohn für die Redaktion, Erklärung einiger MitarbeiterInnen aus dem nicht-redaktionellen Bereich

Witz, Wut und Widerstand

Öffentlichkeit einmal anders: Berliner „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen"

Red. Amsterdam Beispiele dafür, die Polit- und Kulturszene zusammenzuführen, gibt es nur wenige. Auf die „Macht des Wortes" setzend, agieren noch viele Gruppen mit dem Instrumentarium des 19. Jahrhunderts: 500 Demonstranten, 12 Transparente, viermal um den Block. Danke, ist im Kasten. Daß sich diese Form des Mitteilens in den letzten Jahren verändert hat, ist u.a. auch das Verdienst des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen".

Waldemar Schindowski

Mit dem Anspruch im Rücken, „das unerträgliche Affentheater der hohen Politik in aller Öffentlichkeit bloßzustellen", sitzen die MitarbeiterInnen des ungewöhnlichen Büros in einem ehemaligen besetzten Häuserkomplex in Kreuzberg und unterstützen Gruppen bei der medialen Umsetzung ihrer Aktionen. Kurt Jotter, einer der Initiatoren des Projektes: „Inhaltliche Aussagekraft und eine eindrucksvolle öffentlichkeitswirksame Gestaltung sind die entscheidenden Kriterien für die Auswahl solcher Maßnahmen".

Die Palette der Maßnahmen ist umfangreich, die Requisiten der Aktionskünstler reichen vom Dia-Projektor zum Lachsack. Voraussetzung einer erfolgreichen Durchführung von polit-kulturellen Happenings ist die Mitarbeit jener, die von den Inhalten der Aktionen betroffen sind. Einer der ersten Versuche startete im März 1987 mit „Berlin wird helle", um gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung zu protestieren. Mit Dia-Projektoren wurden Häuserfassaden angestrahlt. Die unterschiedlichen Motive der Dias bündelten sich zu einem einzigen „Gesamtkunstwerk". Nach dieser Eröffnungsveranstaltung ging es weiter mit einem Nachbau des „Antifaschistischen Schutzwalls". Anlaß dieser Aktion war die Abriegelung von Kreuzberg durch die Polizei während des Reagan- Besuchs im Juni 1987. Im gleichen Jahr nahmen 5000 Akteure an einer „Jubel- Parade" teil. Unter dem Schutz eines überdimensionalen Berliner Bären initiierte das Büro ein Spektakel gegen das offizielle 750-Jahr-Spektakel. Den Protest während der IWF-Tagung im Herbst letzten Jahres bereicherte es mit „BürgerInnen beklatschen Banker" und „BürgerInnen besichtigen Banker". Den Drahtseilakt zwischen Kunst und Politik interpretiert Kurt Jotter wie folgt: „Wir arbeiten in einem Vakuum, das in dieser Stadt zwischen Kunst und Politik besteht. Das ist auch unser Problem, denn damit sitzen wir für viele zwischen den Stühlen. Für die einen sind wir kulturell nicht anerkennenswert, weil wir zu politisch sind. Für die anderen ist es umgekehrt."

Beachtung finden die Aktivitäten nicht nur in der Szene. Als zweiter im Bunde gesellt sich des öfteren auch der Staat dazu, um mit polizeilicher Behinderung und Prozessen, bislang nicht sehr erfolgreich, die Arbeit zu erschweren. Daß die vielfältigen multimedialen Aktionen auch Geld kosten, hat sich bei vielen noch nicht in genügendem Maße herumgesprochen. Hinzukommt, daß bei vielen Linken Phantasielosigkeit vorherrscht: „Daß man meint," so Kurt Jotter, „sie wären im Hintern der Institution steckengeblieben".

Als kleine Anerkennung seiner Arbeit erhielt das Kreuzberger Büro im Oktober letzten Jahres von der Hagener Kulturpolitischen Gesellschaft den Kulturpreis 1988. In der Begründung der Preis-Jury heißt es u.a.: „Das Büro initiiert seit seinem Bestehen spontane ungewöhnliche Maßnahmen, die stets die kritische Einspruchskraft von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit sichtbar machen und mit künstlerischen Mitteln klärende Verwirrung stiften. Kunst und Kulturarbeit bedürfen heute mehr denn je ungewöhnlicher Maßnahmen, um ihren Eigensinn und ihre Widerständigkeit zum Ausdruck zu bringen."

Auch der damalige Berliner Kultursenator Hassemer ließ sich zu einem Kommentar zur Preisvergabe hinreißen: „Ich halte die Verleihung des Kulturpreises an das Büro für ungewöhnliche Maßnahmen selbst für eine ungewöhnliche Maßnahme."

Kontakt: Büro für ungewöhnliche Maßnahmen
c/o FDGÖ im Kerngehäuse
Cuvrystr. 20
1000 Berlin 36
Tel (030) 611 94 04
(11.00 bis 15.00 h)

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG)/Amsterdam (Hrsg.)

NEU:
VERZEICHNIS DER alternativMEDIEN
Ein Handbuch und Nachschlagewerk mit ca. 1000 Adressen von Zeitschriften, Radioinitiativen und Videogruppen, nach Themenbereichen und Postleitzahlgebieten geordnet sowie einem ausführlichen redaktionellen Teil zur Geschichte und Gegenwart der »anderen« Öffentlichkeit.
200 Seiten – 25 DM

Im Oktober '88 bereits erschienen:
PROJEKT GEDÄCHTNIS
ID-Artikel zum Thema Gegenöffentlichkeit 1973 - 1981
120 Seiten (A4) – 10 DM

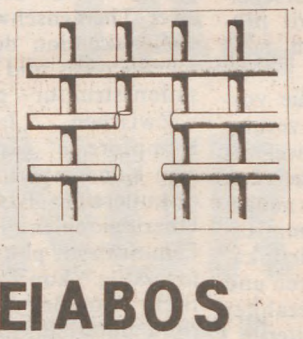
Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam
Weitere Publikationen in Vorbereitung

Bestellungen und Vertagsinformationen:
AurorA Vertagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19

CONTRAST(e) in den Knast!

Knastabos sind billiger – 25,-- DM pro Jahr

Spendet bitte auf das Konto:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00
Konto-Nr. 26011604
Kennwort: CONTRASTE



FREIABOS FÜR GEFANGENE E.V.
Domenicusstr. 3, 1 Berlin 62
Telefon 030/784 75 96

Wenn Ihr eine andere Zeitung spenden wollt, bitte entsprechendes Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen. Für die Spendenquittung.

Spendet Freiabos!

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!

An: Freiabonnements für Gefangene e.V.
Domenicusstr. 3, 1000 Berlin 62

Einzugsermächtigung:
Zeitung .....

Kontoinhaber:

Bank:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

O Ihr könnt ..... DM monatlich von meinem Konto abbuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum und Unterschrift

Spendenaufruf zur Unterstützung des Frauenselbsthilfeprojekts „Selfrelience Development Society" in Netrakona (Bangladesh)

Bangladesh ist eines der ärmsten Länder der Erde. Die Hauptreligion ist der Islam. Die Situation der Frauen sieht besonders schlecht aus, da 89 % Analphabetinnen sind. Der Islam ermöglicht Polygamie und die Frau darf meist keine Entscheidungen ohne das Einverständnis ihres Ehemannes und seiner Familie treffen. Bleibt die Ehe kinderlos, kann der Mann seine Frau verstoßen, wodurch die Frau jede materielle Sicherheit verliert.

Auch Rokeya Begum, Mitgründerin des Projekts, wurde mit 13 Jahren verheiratet. Sechs Jahre später ließ sich ihr Mann scheiden, aber sie hatte das große Glück, daß sie mit Unterstützung ihres Vaters studieren durfte.

1976 kaufte Rokeya mit einem Staatskredit von 10.000 DM ein Stück Land. Von diesem Geld wurde ein Projekthaus gebaut, zwei Näh-, eine Strick- und eine Stickmaschine gekauft. Außerdem entstand eine Tagesstätte für Kinder aus den Slums und ein Bildungszentrum.

Dort wird, trotz großer politischer Schwierigkeiten, die der Staat macht, auch heute gelehrt und gearbeitet.

Zur Zeit wird zusätzlich ein Frauengesundheitszentrum geplant, für das ein dringendes Anliegen besteht, da die medizinische Behandlung sehr teuer, und kaum zugänglich für Frauen mit niedrigem sozialen Status ist. Die Frauen sollen an Vorsorgeuntersuchungen und Behandlungen teilnehmen können. Besonders für den Aufbau dieses Projekts werden Spenden benötigt!

Rokeya Begum besuchte 1986 Europa, um sich mit anderen Frauengesundheitsprojekten auszutauschen und hat in diesem Rahmen auch unser Feministisches Frauengesundheits Zentrum besucht.

Spenden bitte unter dem Kennwort „Bangladesh" an: FFGZ Berlin, Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr. 064 000 3001

PERSPEKTIVEN
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 4
Feminismus - Marxismus

Grundlagen zum Zusammenhang von Marxismus und Feminismus - Frauen in der Automationsarbeit - Der umstrittene 'Bielefelder Ansatz' - Die Familie als Garantin von Unterdrückung und Ausbeutung - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Frigga Haug, Urte Sperling, Sünne Andresen, Ellen Woll, Frank Rentschler u.a.

sowie
Marxismus in Peru: Mariátegui

Vorgestellt: José Carlos Mariátegui - Interview mit Hugo Blanco

Die Perspektiven erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils 60-70 Seiten. Das Einzelheft kostet 5,- DM, im Abo 4,- DM. Bestellungen an: Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, 3550 Marburg, 06421/66628

Überregionale Frauenzeitung – eine Idee will laufen lernen

Bundesweites Frauenzeitungstreffen in Frankfurt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Heidi Kull
Primadonna

ÜFZ, die Erste:

„Tatbestand: schreiblich" heißt es seit dem Mai 1988, als die Primadonna-Redaktion zu einem bundesweiten Treffen aller lokalen Frauenzeitungen nach Berlin geladen hatte.

23 Redaktionen aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz waren der Einladung gefolgt, um sich ein Wochenende lang über organisatorische und inhaltliche Fragen des Zeitungsmachens auszutauschen.

Aber auf der Tagesordnung des Frauenzeitungstreffens '88 stand erstmals auch ein außerordentlicher Programmpunkt. Vorgestellt wurde die Idee einer neuen, bundesweit vertriebenen Frauenzeitung, die nach dem Modell der „TAZ" aus einem überregionalen „Mantel" und – je nach Region – beigelegten Lokalteilen bestehen sollte. Zu diesem Zweck hatten sich die Initiatorinnen des Konzepts eine Aufteilung in eine Hauptredaktion mit zentralem Standort und mehrere Lokalredaktionen (möglicherweise zwei bis drei) vorgestellt.

Als Grundlage für die Idee der „Überregionalen Frauenzeitung" (kurz: ÜFZ) diente die Feststellung, daß es derzeit in der gesamten Bundesrepublik über 20 lokale Frauenzeitungen mit einer durchschnittlichen Auflagenhöhe von ca. 1.500 Stück gibt. Angefangen vom Artikelschreiben über die Gestaltung des Layouts bis hin zum Vertrieb wird alle Arbeit meist von wenigen, unbezahlten Redakteurinnen geleistet. Und das, obwohl sich einige der Zeitungen sowohl inhaltlich als auch in ihrem Erscheinungsbild durchaus mit professionellen Maßstäben messen können.

Warum also nicht die vorhandenen Kapazitäten verbinden und gleichzeitig zwei oft gehegte Wünsche erfüllen: den Wunsch nach einem neuen, weitaus größeren feministischen Sprachrohr als die lokalen Blätter es bisher waren und den Wunsch nach bezahlter Arbeit für jede Mitarbeiterin.

Ein einfacher Gedanke, der sich anzubieten schien, zumal über die Notwendigkeit einer undogmatischen, überregionalen Frauenzeitung bei allen Teilnehmerinnen des Treffens kein Zweifel bestand. Nicht zuletzt hatte zum Zeitpunkt des Treffens EMMA, als einzige auflagenstarke Überregionale, die Grenze zur Niveaulosigkeit mit ihrer „Herbert"- Ausgabe gerade mannshoch überschritten.

Aber so sehr die Idee, eine neue, überregionale Zeitung zu gründen auch auf interessierte Ohren stieß, so zahlreich waren doch die Fragen und Bedenken, die das noch gänzlich unausgegorene Konzept aufwarf. Viele der regionalen Frauenzeitungen befürchteten insbesondere wegen der vorgeschlagenen Lokalteile der ÜFZ, einer derartigen Konkurrenz im eigenen Verbreitungsgebiet nicht standhalten zu können. Zudem stellte sich natürlich, neben den vorläufig hintangestellten Möglichkeiten der Finanzierung, die Frage nach den personellen Kapazitäten der einzelnen Frauenzeitungen, bzw. noch viel grundsätzlicher: die Frage, ob überhaupt ein gemeinsames oder auch partielles Interesse an der Weiterentwicklung der vorgestellten Idee bestehen würde.

Aber wie auch immer die ersten Einschätzungen und Haltungen ausfallen mochten: für Schlußfolgerungen war es noch zu früh. Die Diskussion hatte erst begonnen und die Mehrheit der anwesenden Redakteurinnen wollte eine Fortsetzung des Gesprächs. So endete das Wochenende mit der Anberaumung eines weiteren Termines im November '88, um die begonnene Diskussion um das Konzept der ÜFZ in Frankfurt weiterzuführen.

ÜFZ, die Zweite:

Ein halbes Jahr Bedenk- und Vorbereitungszeit zur Vertiefung des „schreiblichen" Tatbestands hatte es also gegeben, als sich die Zeitungsfrauen zur weiteren Diskussion in Frankfurt trafen. Die Gastgeberinnen vom Frankfurter Frauenblatt hatten das Treffen in zwei Themenschwerpunkte – die Diskussion des feministischen Profils und der Organisationsstruktur – geteilt.

Zwischen „feministischer Kampfpresse" und „modernem Konsumblatt" war die zu diskutierende Bandbreite der Überregionalen angesiedelt. Feministisch, pluralistisch, informativ, kontrovers, politisch, kompetent, verführerisch, unterhaltsam und selbstverständlich inklusive lesbischen Blick stellten sich die Redakteurinnen der verschiedenen Frauenzeitungen das inhaltliche Spektrum einer neuen überregionalen Frauenzeitung vor. Daß jedes einzelne der aufgezählten, abstrakten Kriterien bei näherer Betrachtung ebenso unterschiedlich interpretiert werden konnte, wie die Redakteurinnen unterschiedlich waren, die es diskutierten, war naheliegend und verdeutlichte nicht zuletzt, wie different die oft vorausgesetzte gemeinsame Basis aller lokalen Frauenzeitungen doch tatsächlich ist und war.

Als sehr viel eindeutiger erwies sich dagegen das Vokabular der anschließenden Organisationsdiskussion, die auch den größten Teil des Frankfurter Treffens ausmachte. Während der halbjährigen Vorbereitungszeit hatten sich vor allem zwei Gruppen mit der Konkretisierung verschiedener Zeitungsmodelle befaßt, die sie in Frankfurt vorstellten: Zunächst stellte die „Regionale Projektgruppe Berlin" die Weiterentwicklung ihres bereits im Mai vorgeschlagenen „Mantel"-Modells mit beigelegten Lokalteilen vor. Das Konzept sah zwei Varianten des Modells vor, die sich im wesentlichen jedoch nur von der Art und Organisation der Lokalteile unterschieden. Ob nun die Lokalteile sich auf eine Stadt und deren Umgebung beschränken und auch nur dort erhältlich sein sollen (TAZ-Modell) oder ob in einem Lokalteil alle Regionen gleichberechtigt vertreten sein und überall gelesen werden sollen – in beiden Fällen sind die Lokalteile (zu 1/4 bis 1/3) als feste Bestandteile eines überegionalen Mantels, mit farblich herausgehobenem Theorieteil in der Mitte, geplant.

Für den Umfang der Zeitung wurden, unabhängig von den Modellen, 60-80 Seiten veranschlagt und eine Auflagenhöhe von 30-50.000 Stück. Im weiteren befaßt sich der Entwurf mit der organisatorischen Struktur von Haupt- und Lokalredaktion sowie zeitungstechnischen Fragen und verschiedenen Finanzierungsmodellen.

Eine sicherlich unerwartete Wende in der Diskussion um das „Berliner Modell" stellte sich schließlich ein, als die „Hamburger Frauenzeitung" ihren Gegenentwurf für eine überregionale Frauenzeitung vorstellte. In dem Hamburger Zeitungsmodell „REGIONOM" – zusammengesetzt aus „autonom" und „regional" – basierte das Konzept für eine überregionale Zeitung auf dem Wunsch, die vermeintlich gefährdete Autonomie der lokalen zu erhalten und dennoch ein bundesweites Sprachrohr zu ermöglichen. Das REGIONOM-Modell sieht zu diesem Zweck eine Umkehrung des Berliner Modells vor: nicht Lokalteile sollen einem überregionalen „Mantel" beigelegt werden, sondern ein überregionaler Innenteil in Magazinform soll allen bereits bestehenden, lokalen Frauenzeitungen beigelegt werden, die somit ihr vertrautes Gesicht – bis auf die Ankündigung ihres bundesweiten Innenlebens – beibehalten würden.

Desweiteren stellte sich die „Hamburger Frauenzeitung" eine zweimonatliche Erscheinungsweise, Rotation und bezahlte Arbeit innerhalb der Magazin-Redaktion vor, die zumindest zu 2/3 aus Vertreterinnen der regionalen Zeitungen zusammengesetzt werden sollte. Organisatorische und ökonomische Fragen waren in dem Modell jedoch nicht erwähnt.

ÜFZ, die Dritte

Nun gab es also bereits drei zu diskutierende Modelle: zwei variierende „Berliner Modelle", denen vor allem die fehlende „Basisanbindung" und „Kontrolle", sowie „Karrierismus" vorgeworfen wurde und ein Hamburger REGIONOM-Modell, dessen Widerspruch es war, eine „freiwillig übernommene Vereinheitlichung" (Format, Erscheinungsweise, Ankündigung) zur Erhaltung der lokalen Autonomie zu fordern und das darüber hinaus eine Menge organisatorischer Gedankenlücken aufzuweisen hatte.

Aber allzulange sollten sich die Köpfe nicht nur um das Hamburger und die Berliner Modelle erhitzen. Neue Variationen alter Modelle wurden entworfen und verworfen, wenn sie unnütz schienen und eine ganz, ganz alte Idee wurde wieder neu entdeckt: die Artikelaustauschbörse, deren Idee es schon so lange gibt, wie es Frauen gibt, die Zeitungen machen. Bei der abschließenden Rundumbefragung der einzelnen Redakteurinnen war denn auch Modell A wie „Artikelaustauschbörse" die absolute Favoritin unter den inzwischen auf 7 Arten angewachsenen Modellen für eine neue, überregionale Zeitung, bzw. für eine größere Zusammenarbeit der lokalen Zeitungen.

ÜFZ, die Letzte:

Das Treffen in Frankfurt ist vorbei. Ein nächster Termin für den April '89 in Hamburg steht an und bei aller Modellvielfalt, die es zuletzt in Frankfurt auch gegeben haben mochte, wird sich die weitere Diskussion voraussichtlich um eine grundsätzliche Frage drehen: ob es bei der Planung einer überregionalen Frauenzeitung überhaupt eine Zusammenarbeit der lokalen Frauenzeitungen geben kann? Die jedenfalls ist, außer bei dem Hamburger REGIONOM-Modell, bei allen Modellen in der Praxis des ÜF-Zeitungsmachens weitgehend ausgeklammert und kann nur als zusätzliche Einrichtung, etwa in Form eines Beirats aus lokalen Zeitungsfrauen, ermöglicht werden. Fraglich ist nur, ob ein bemüht basisdemokratisches REGIONOM- Modell nach dem rotierenden Viel- Köchinnen-Prinzip und im altbewährten (?) lokalen Mantel die Idee einer ernstzunehmenden, überregionalen Frauenzeitung verwirklichen kann. Und muß nicht gerade diese zu berücksichtigende Basis angesichts der immer deutlicher werdenden Differenzen aufs heftigste bezweifelt werden...?

Spendenaufruf für ein mobiles Frauengesundheitszentrum in Nicaragua

Obwohl sich die Situation der Frauen in Nicaragua seit dem Ende der Somoza-Herrschaft entscheidend verbessert hat, sind noch zahlreiche Probleme ungelöst. Eines ist die gesundheitliche Situation der Frauen.

Die Kosten des Krieges gehen zu Lasten der Gesundheitsversorgung, d.h., daß zum einen dafür wenig Geld zur Verfügung steht; zum anderen werden durch die Contras stationäre sanitäre Einrichtungen und Fahrzeuge gezielt zerstört. Demgegenüber steht die Forderung nach kostenloser staatlicher und jeder/jedem zugänglicher Versorgung im Krankheitsfall.

Es liegt auf der Hand, daß in einer solchen Situation für vorbeugende Gesundheitskonzepte und Schwangerschaftsverhütung wenig Raum ist.

Vielen Frauen fehlt es an Wissen über ihren Körper, ihre Fruchtbarkeit, über Sexualität und Verhütung. Schwangerschaftsabbrüche sind nach wie vor illegal!!! Laut einer in einem Krankenhaus durchgeführten Untersuchung wurden 43 % der Frauen wegen illegaler Abtreibung eingeliefert:

- 10 % starben an den Folgen
- 26 % wurden aufgrund nachfolgender Infektionen steril.

Auf Wunsch nicaraguanischer Frauengruppen initiierten Mitarbeiterinnen des Genfer Frauengesundheitszentrums das Projekt *„Mobiles Frauengesundheitszentrum"*. Die Ziele dieses Projektes sind:

- fundierte Informationen über die Gesundheit von Frauen zu verbreiten
- den Frauen zu mehr körperlicher Selbstbestimmung zu verhelfen durch das Erlebnis vaginaler Selbstuntersuchung und die Vermittlung von Wissen über Zyklus, Verhütung und Abtreibung.

Ausgestattet mit den notwendigsten Materialien wie Spekula, Diaphragmen etc. werden eine nicaraguanische und eine Selbsthilfe-Frau aus der Schweiz auf einer Rundreise ihr Wissen nicaraguanischen Frauengruppen vermitteln, die dies wiederum nach dem Schneeballsystem an andere Frauen weitergeben werden.

Mit geringem Aufwand und ausgehend vom Selbsthilfeprinzip kann somit die gesundheitliche Situation der Frauen entscheidend verbessert werden.

Benötigt wird für die Gesamtfinanzierung des Projekts die Summe von 20.650,-- US$.

Im Sinne Internationaler Frauensolidarität bitten wir um Eure Spende!

auf das Konto des FFGZ Berlin, Sparkasse der Stadt Berlin-West,

BLZ 100 500 00, Kto.-Nr. 064 000 3001, Kennwort: Nicaragua

Das Feigenblatt als Zankapfel vor Ort

Die getrübte Hoffnung auf einen gemeinnützigen Rundfunk in Nordrhein-Westfalen

Red. Heidelberg Eines darf man der Regierung von NRW nicht vorwerfen: Sie hätten vorschnell privaten Rundfunk im Lande zugelassen. Ganz im Gegenteil: Seit geraumer Zeit tüfteln die Damen und Herren im Düsseldorfer Regierungssitz an einem lokalen Medienkonzept, das die Entwicklungen im Rest der Republik in den Schatten stellen soll. Hier soll neben aller geschäftstüchtigen Werbe-„Absahnierung" auch ein Pflänzchen zum Vorschein kommen, daß es in dieser Form im bundesrepublikanischen Äther noch nicht zu hören gab: Unter dem Stichwort **„Offener Kanal"** soll bis zu 15 % der lokalen Sendezeit den örtlichen Initiativen und Kulturgruppen zum Senden zur Verfügung stehen. Na toll...?

Mathias Lahmann

Geld für Brot und Spiele

Die Landesanstalt für Rundfunk (LfR), zuständig für die Zuteilung von privaten Funk- und Fernsehlizenzen in NRW, hat sich aufgrund der vorliegenden Gesetzgebung ein nettes Förderprogramm ausgedacht, mit dem örtliche Initiativen und deren mögliche Radioarbeit unterstützt werden können.

Schon jetzt im Vorfeld des Sendestarts werden Produktionszuschüsse für engagierte Produktionsideen und deren Realisierungen gewährt, wird an einem Schema gestrickt, wie denn möglichst breit die Bevölkerung vor Ort durch Veranstaltungen von dem neuen Medium *Lokalradio* überzeugt werden kann.

Allerdings:

Die Initiativen vor Ort sind von diesen Bemühungen überhaupt nicht begeistert. Luttger Fittgau vom Lokalförderverein Essen im Medienzentrum Ruhr/Zeche Carl zu dem Thema:

„Unser Konzept ist nicht aufgegangen: Wir sind davon ausgegangen, daß wir schon mehrere hunderttausend Mark im Jahr benötigen, um in einem Umfeld, in dem Radiokultur noch keine Bedeutung hat, täglich zwei Stunden Programm zu bewerkstelligen. Dieses Geld sollte von der LfR kommen. Diese hat aber weder die nötigen Fördermittel aufgelegt, noch die kommerziellen Programmveranstalter in die Pflicht genommen. Das versprochene Geld wird als Projektmittel tröpfeln, das ist natürlich eine Struktur, die uns überhaupt nicht behagt: Man muß ständig Anträge schreiben, man muß diese politisch begründen, man ist letztendlich der Willkür dieser Einrichtung ausgesetzt.

Wir kommen zu dem Schluß, daß wir im Grunde relevant auf die LfR nicht setzen können."

Hoffnungsfeld der Medienpädagogik?

Allerdings: Die LfR fördert recht großzügig die Bemühungen des *Adolf-Grimme-Instituts*, „Multiplikatorenqualifizierung" zu betreiben. Langfristig sollen hier die MedienpädagogInnen geschult und weitergebildet werden, die mit dem Menschen vor Ort Programme entwickeln. Das *Grimme-Institut* als Zentraleinrichtung der deutschen Volkshochschulen hat auf diesem Sektor schon Erfahrungen sammeln können: Bundesweit wurden Printmedienseminare an VHSs eingerichtet, betreut und ausgerichtet. Könnten die NRW-Volkshochschulen so zu öffentlich zu nutzenden Radioproduktionsstudios umfunktioniert werden? Sicher eine interessante Perspektive für so manche/n arbeitslose PädagogIn... Doch so selbstlos war doch Vater Staat bislang nicht?

Die mühevolle Reise der Erklärungen

Spätestens bei diesem Absatz der Lektüre dieses Artikels wird dem geplagten Hirn deutlich, daß Erklärungen für den komplizierten Weg der Entwicklungen, Hoffnungen und Wirrungen im NRW-Radio-Geschäft hermüssen. Nun also, Schritt für Schritt: Da sind sie!

1. Fördervereine für lokales Radio

Schaut man in die Vereinsregister vor Ort in den Städten von NRW, geht einem als Radiofreak schier das Herz über.

Stellenweise bis zu drei Vereine existieren vor Ort mit einer Satzung, die sich der Förderung des Radiogeschehens verschrieben hat.

Leider hat das weniger mit der Entfesselung radiorevolutionären Potentials durch Radiolegenden wie Radio Dreyeckland oder andere Projekte zu tun. Nein: Hier geht es einfach nur um Einfluß. Eingetragene Radiofördervereine haben nämlich die Möglichkeit, Stimmrecht zu erhalten in einem Gremium, das sich „Veranstaltergemeinschaft" (VG) nennt und das eine entscheidende Rolle im Kompetenzgerangel eines schon im Hamburger Medienrecht auftauchenden „ZWEISÄULENMODELL" spielen kann. Und so strampeln neben Projekten aus dem emanzipatorischen Lager (wie oben erwähnter Lokalradioförderverein Essen) auch kirchlich und parteilich orientierte Fördervereine um die VG- Mitgliedschaft.

2. Die Veranstaltergemeinschaft

Lokaler Rundfunk soll in NRW nach dem Landesmediengesetz vor Ort von zwei Körperschaften veranstaltet werden: Da ist auf der einen Seite die Betriebsgesellschaft (BG), die für Kosten des Programmes aufzukommen hat, aber gleichzeitig an den Werbeeinnahmen verdient. Die VG dagegen entscheidet über Personaleinstellungen, hat die Programmhoheit und bestimmt den/die ChefredakteurIn.

In dieser VG sitzen als Entscheidungsberechtigte alle jene Herrschaften, die man auch schon aus den Rundfunkratzusammensetzungen kennt: Neben Kirchen und Gewerkschaftern, Arbeitgebern und Parteifunktionären finden sich aber auch VertreterInnen aus Kunst, Kultur und Wissenschaft, sowie die AusländerInnenvertretung und die besagten Radiofördervereine, die vom Rest der VG-Runde gewählt werden müssen. Da die gemeinsame Satzung und die Wahl des Vorstandes einstimmig beschlossen werden müssen, geben Sitze in der VG tatsächlich schon Schlüsselpositionen ab.

Allerdings: Die Erfahrungen aus Hamburg (KORAH/OK) haben gezeigt, daß die BGs als GeldgeberInnen doch entscheidenden Einfluß haben.

3. Der gemeinnützige Rundfunk

Neben den so notwendig ausgewogenen Sendebemühungen der VG schreibt das Landesmediengesetz vor, daß bis zu „15 %" der lokalen Sendezeit als „OFFENER KANAL" (OK) kulturell engagierten Gruppen zur Verfügung stehen muß.

Und hier beginnt das „Eier- und Bananen-Verkaufen" im NRW-Radio-Dschungel.

Während einige Radio-Fördervereine gern den Eindruck erwecken, als handele es sich bei diesen „15%" Programmanteil um ihren persönlichen Sendeplatz, über den explizit nur sie zu bestimmen hätten, stellt sich bei genauer Nachfrage bei der LfR heraus, daß durchaus unterschiedlichste Gruppen und Einzelpersonen in den Genuß von Sendezeit kommen können: Ihre Ziele dürfen nur nicht wirtschaftlich orientiert sein und sie müssen im Verbreitungsgebiet wohnen.

Die Aufgabe des OKs umreißt Wilfried Schmidt von der LfR (zuständig für die Betreuung der Offenen Kanäle) so:

„Dieses Instrumentarium der „15%" kann ein hohes Maß an Identität schaffen, kann auch eine Hörerbindung schaffen; es darf nur eben nicht weder von der technischen noch von der radiophonen Qualität Hörer-Vertreibungsstrategie sein."

„Jeder darf senden, keiner hört zu" wird für den lokalen Rundfunk in NRW nicht zutreffen, weil es sich ja hier nicht um einen eigenen Kanal handelt, sondern die „15%" integrativer Bestandteil des lokalen Rundfunks sind.

Für den OFFENEN KANAL im lokalen Rundfunk bleibt die Programmverantwortung der Veranstaltergemeinschaft bestehen.

Verquicktes Interessenfeld

Um solche Aussagen richtig auskosten zu können, ist es wichtig, die Interessenkonflikte zu durchschauen, die die LfR in NRW im Lot zu halten hat. Die Landesregierung hat in NRW ein Medienmodell geschaffen, das eine sonderbare Mischung aus Staatskontrolle und Verlagshausmonopol darstellt. 75% der örtlichen BGs darf die ortsansässige Presse übernehmen, die restlichen 25% liegen in Händen der Kommune, wenn sie denn will.

Hierzu muß man wissen, daß der WAZ-Konzern NRW-weit ein Tageszeitungsmonopol aufgebaut hat, das ihn in die Lage versetzt, den Großteil der örtlichen BGs zu kontrollieren. Der regierenden SPD ist das so unlieb nicht, da die WAZ in ihren Publikationen nicht gerade bösartig mit der Regierung „Rau" umgeht.

VG und BG vor Ort gestalten aber nicht das gesamte Programm: Zusätzlich wird landesweit noch ein Mantelprogramm erstellt, an dem sich sowohl der WAZ-Konzern als auch Gesellschafter wie die WFF (Werbegesellschaft des Westdeutschen Rundfunks) beteiligen wollen. Gegen eine solche Beteiligung spricht juristisch manches, moralisch allerdings allerhand. Einem Medienkonzern wird Tür und Tor geöffnet, einen ganzen Markt inhaltlich und werbestrategisch zu kontrollieren; auf daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht aufheult, wird der Kuchen entsprechend geteilt und alle profitieren kontrolliert.

In den Aufsichtsgremien vor Ort (den VGs) sitzten wieder dieselbe Sorte von Persönlichkeiten, die schon im Rundfunkrat der öffentlich-rechtlichen Anstalten ihre Kontrollinstanz als Lobbyistenposition ausgebaut hat. Da hauen sich dann schwarze und rote Lager und nebenbei wird im Werbegeschäft verdient.

Wie stark die pekunären Interessen im Geschäft sich durchsetzen können, war eindeutig bei der Verteilung der Sendenetze zu erkennen: Oft wurde dem einen lokalen Sender (in NRW gibt es natürlich eine Konkurrenz vor Ort für die Monopolisten!) ein Empfangsgebiet entsprechend vergrößert, ohne auf die soziale Anbindung der EinwohnerInnen zu achten: Wenn eine Stadt zu klein schien, kamen halt die Nachbargemeinden zusätzlich in den großen Empfängertopf!

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

GANZ SPITZ AUF DIE TAZ SIND NICHT NUR DIE SPITZEL

VOM SOGEN. VERFASSUNGS„SCHUTZ", SONDERN JEDE WOCHE WEIT ÜBER 100 NEUE LESERINNEN UND LESER. AUCH...

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei: taz-Abo Wattstr. 11-12 1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen.
368

Datum, Unterschrift: .....

Fortsetzung

Das Feigenblatt als Zankapfel vor Ort

Anbindung und Ausverkauf

Das Produkt „gemeinnütziger Rundfunk" etabliert sich letztendlich nicht einmal mehr im Feigenblatt, den „15%" des OFFENEN KANALS.

Noch einmal Herr Schmidt von der LfR:
Wir haben in vielen Städten sogenannte „NRW-Radiotage": Das ist ein Programm, wo im Verlauf von etwa einer Woche mit einer relativ großen Öffentlichkeitswirksamkeit gerade die Gruppen, die über das Gesetz Zugang zu den „15%" haben werden, über die Möglichkeiten informiert werden. Ein Beispiel aus Gladbeck:

Da hat ein Herrenausstatter ein Schaufenster freigeräumt und die Radiovereine haben in dem Schaufenster ihr Studio aufgebaut, um die Fußgängerzone zu beschallen. Sie haben damit ein hohes Maß an Öffentlichkeit mobilisiert, die daraufhin gefragt hat: Was ist denn das überhaupt? Und darauf konnte gesagt werden:

Das ist ein Teil des zukünftigen Lokalen Radios!

Hier läuft die Öffentlichkeit Gefahr, für dumm verkauft zu werden; denn natürlich wird allzu schnell nur dieser Teil präsentiert und nicht die werbefinanzierten Programmauswüchse, die man in Bayern oder Baden/Württemberg als „Lokales Radio" genießen kann.

Berufsaussichten

Eine weitere Perspektive für die Radio-AspirantInnen des Offenen Kanals bot Heinz Hermann Storck auf einem lokalen Rundfunkgespräch in Essen im vergangenen Dezember an. Für manchen ist er ein alter Bekannter, an den man sich noch aus den Tagen der beinharten Auseinandersetzung um Radio „100" in Berlin erinnert. In Essen sprach er für den WAZ- Konzern:

„Wir sind bereit, einzelne Beiträge, die das Programm attraktiver gestalten, zu den gleichen Tarifen zu finanzieren wie diese Beiträge im normalen Programm laufen.

Wir gehen weiterhin davon aus, daß die Finanzierung der Ausbildung dieser „15%"-Programmersteller von der LfR übernommen wird, möglicherweise auch von den entsprechenden Volkshochschulen."

Im Klartext bedeutet das: Wenn schon mal ein guter Beitrag kommt aus dem soziokulturellen oder sonstigen Amateurumfeld, kauft die WAZ ihn gern auf (und spart sich damit natürlich die Ausbildung und Anstellung von LokalreporterInnen: Was sagen denn da die GewerkschaftsvertreterInnen in den Veranstaltergemeinschaften?).

Als Fazit bleibt vielleicht das alte Bauernwort im Kopf hängen von wegen: Was lange gährt, treibt endlich Wut. Allerdings manch linksemanzipierte/r HörerIn braucht sich den zukünftigen Privatluz in NRW gar nicht anzuhören:

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gilt NRW als Mekka des kritischen öffentlich-rechtlichen Radios: WDR-Land!

Hoffen wir, daß es die private Konkurrenz lokal und landesweit schwerhaben wird.

Herby Sachs
Redaktion Schwarzer Faden

Europa neben den Strom

Europa – im Medienrausch ohne Grenzen

Red. Kommunen Da ist die Rede von einem Europa der Medien, das ganz neue Dimensionen eröffnet, endlich wird er wahr, der Traum einer Vernetzung, eine neue Medienpolitik muß her, da „die technologische Revolution der Telekommunikationsmedien beachtliche Möglichkeiten für die Nutzung auf EG- Ebene enthält." [1]

Doch ein emanzipativer und demokratischer Gebrauch der Medien – ehemaliger Traum eines Hans Magnus Enzensberger – ist Lug und Trug, Schall und Rauch, glänzender Schein. Hinter der Fassade technologischer Revolution verbirgt sich nichts anderes als die Realisierbarkeit eines gigantischen audiovisuellen Eureka-Projekts im Zuge der Entstehung des großen Marktes, „dem Raum ohne Grenzen", 1992.

Hektisch wird daran gearbeitet, bis 1992 die vielbeschworenen Bedürfnisse nach Vermehrung der Fernsehkanäle und die Nachfrage nach Programmen zu befriedigen. Eine Neuordnung der Medienlandschaft, u.a. die Bemühungen nach perfekter Abwicklung des Kabel- und Satellitenfernsehens soll, bisher aufgestellten Eckdaten zufolge, eine Steigerung der Fernsehkanäle um das 10-fache in den nächsten 5-10 Jahren mit sich bringen. Die europäische Medienindustrie läßt sich diese einmalige Chance nicht entgehen. Das kalkulierte Potential des erweiterten Markes voll und ganz auszuschöpfen, ist sicher nur eine Perspektive. Die andere besteht darin, im Medienbereich weltweit konkurrenzfähig zu sein. Europa will auf dem Medienmarkt der Welt nicht mehr nur präsent sein, sondern in den nächsten Jahren bilder- und tonangebend werden, um den Amerikanern den 1. Rang abzulaufen.

Im Zusammenhang mit dem Rennen um die technische Norm der kommenden Fernsehapparate HDTV (High Definition TELEVISION: ein Fernseher mit erweiterter Bildqualität, die sich mit dem 35mm Kinofilm vergleichen läßt) bringt Carlo Ripa di Meana, europäischer Kulturbeauftragter, die stategische Perspektive auf den Punkt: „Der Einsatz ist ungeheuer: ökonomisch natürlich, aber auch kulturell. Wer die Schlacht um die Hardware gewinnt, wird auch die um die Software gewinnen. Wer die Geräte liefert, wird auch der erste Programmlieferant sein." [2]

Im Moment arbeiten die Europäer bei der HDTV- Entwicklung mit den Japanern zusammen. Eine gemeinsame Lösung, die für die ganze Welt Gültigkeit haben soll, ist fast vollendet. Deutsche Firmen sind maßgeblich an der Entwicklung beteiligt.

Die europaweite Ausdehnung neuer Kommunikations- und Informationstechniken unterliegt weniger einem medienpolitischen als vielmehr einem medienindustriellen Interesse. Die Politiker sollen das rechtliche Instrumentarium liefern im „Raum ohne Grenzen".

Falls diese Vorteile nicht genutzt werden sollten, würde, so Ripa di Meana, dem zukünftigen Führungsanspruch der EG „ein Gesichtsverlust und der schwindene Einfluß in der Welt" drohen. Und außerdem wäre der kommerzielle Vorteil in einem der auf lange Sicht lukrativsten Wirtschaftszweige, neben der chemischen Industrie, in Frage gestellt. Die zukünftigen Profite des Medienkuchens teilen die einflußreichsten Länder in Europa unter sich auf: die BRD und Großbritannien, sowie Frankreich und Italien, die beide eine langjährige Tradition und große Filmindustrien zu verlieren haben. Die anderen EG-Länder dürfen ihren Beitrag dazu leisten. Dabei sein ist eben alles!

„Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien haben bereits beachtliche Summen ausgegeben, sind dabei sie auszugeben, damit Satelliten für ein leistungsstarkes Fernsehen in Betrieb genommen werden können. Über ganz Europa verteilt, werden sich die Kanäle kreuzen und überlagern, um Programme auszustrahlen, von denen man zur Zeit noch sehr wenig weiß." [3]

Das formulierte Ziel des gesteigerten medienpolitischen Interesses besteht wirtschaftlich in der optimalen Verwertung auf dem europäischen und internationalen Markt, politisch und rechtlich im „Schutz und der Ankurbelung" eines gigantischen Medienapparates.

Auch die bestehenden Sprachbarrieren sollen gelöst werden: technisch und organisatorisch über die Schaffung eines „europäischen Kontrollzentrums", das die Synchronisation übernehmen, aber gleichzeitig auch die Auswahl bestimmen wird. Der projektierte Weg orientiert sich am Erfolg der auf dem Markt vorhandenen amerikanischen Medienprodukte, deren Gemeinsamkeit es ist, über einschlägig bekannte Klischees die sprachlichen Probleme in der ganzen Welt „zu lösen", d.h. sie zuzukleistern.

Mit unverhohlenen Vorwürfen nimmt der europäische Medienbeauftragte nationale Sendeanstalten, FilmemacherInnen und ProduzentInnen aufs Korn. Seiner Meinung nach hätten sie sich bereits zusammensetzen können, „um eine wirkliche europäische Industrie zu begründen, die sich am Vorbild der Strukturen und Methoden der amerikanischen Konkurrenten orientiert, ..., wenn ihre Denkgewohnheiten und ihr traditioneller „Modus operandi" sie nicht daran gehindert hätten." [4]

Mit dem Entwurf des Programms „MEDIA" (Mesures pour l'Encouragement et Developement de l'Industrie Audiovisuelle) hat die europäische Kommission die oben kurz zusammengefaßten und darüberhinaus noch detailliertere Grundsätze ausgearbeitet. Gesetzesvorlagen werden folgen. Alle Mitglieder der EG sind daran beteiligt, darüberhinaus auch Österreich, die Schweiz und Schweden. Insgesamt umfaßt „MEDIA" zehn Projekte, die in allen Bereichen der audioviesuellen Medien, Produktion, Vertrieb, Finanzierung und Ausbildung Einlaß finden. Mehrere 1000! europäische Firmen und Berufsverbände arbeiten seit 1986 in einem Zweiphasenmodell zur Beratung und Erprobung bis 1989. Die Ergebnisse werden dann die zukünftige Medienpolitik, die im Europarat und Parlament demnächst beschlossen wird, entscheidend bestimmen.

Literatur:
1-4 aus einem Gespräch mit Carlo Ripa di Meana, europäischer kulturbeauftragter, erschienen in Lettre international Nr. 2, Herbst '88.

Rezensionen

Heute vor 330 Jahren: die ersten gewaltfreien Anarchisten

Gernot Lennert: Die Diggers

Red. Kommunen Vielen Anarchisten, Landkommunarden und Alternativis ist wenig bis überhaupt nicht bekannt, daß bereits vor 330 Jahren sich etliche Menschen anschickten, anarchistische Utopie nicht nur zu propagieren, sondern auch zu leben. Die Diggers oder auch True Levellers genannt, waren im damaligen Europa ihren Zeichens die radikalste Aufstandsbewegung.

Gernot Lennert hat sich die Mühe gemacht, diese oft vergessene Wurzel libertärer und anarchistischer Bewegung in einem gut zu lesenden Buch darzustellen. Von besonderem Interesse ist seine Analyse der Verbindungen zwischen den Ideen der Diggers und heutigen alternativen Strömungen. Insbesondere wird die Nähe der heutigen pazifistischen, gewaltlosen Bewegungen zu den Diggers herausgearbeitet.

Die Diggers betonten, daß sie Gewalt nie anwenden. Gewalt erschien ihnen als ein ungeeignetes Mittel zur Durchsetzung einer freien Gesellschaft: „Ein mit dem Schwert errungener Sieg ist ein Sieg, den Sklaven übereinander erringen."

Die Diggers strebten eine Gesellschaft ohne Geld und ohne Verrechungseinheit an: „Kaufen und Verkaufen ist der große Betrug, um die Erde einander zu rauben und abzugaunern, es machte die einen zu Herren und die anderen zu Bettlern und Beherrschten." Nur über kollektives, kommunitäres und gewaltfreies Zusammenleben kann nach ihrer Auffassung eine wirkliche Gesellschaftsveränderung vorangetrieben werden.

Gernot Lennert geht in 8 Kapiteln dem Wirken und Nachwirken der Diggers nach. Dabei beschreibt er sowohl die historische Situation der englischen Revolution, das Wirken des Sprechers Gerrard Winstanley, die gesellschaftspolitischen Ziele und Programmatik der Diggers wie auch die Nachwirkungen und Bedeutung der Diggers.

Dieses Buch, das im Trotzdem-Verlag erschienen ist, sollte jedem ans Herz gelegt sein, der Anarchismus nicht nur als schöne Theorie, sondern als machbare Utopie auffasst, auch wenn das Buch nach dem Lesen nur noch aus einzelnen Blättern besteht.

Gernot Lennert, Die Diggers – eine frühkommunistische Bewegung in der englischen Revolution. Graphenau, Trotzdem Verlag, 204 Seiten, 25,-- DM, ISBN 3-922209-73-4

Christlicher Anarchismus

Egon Spiegel: Gewaltverzicht

Red. Kommunen Wenn mensch den Klappentext liest, wird mensch in der Regel gleich zweimal stutzen. Da wäre die erste These: Anarchismus als eine Weiterentwicklung des Christentums, wie es Jesus von Nazareth sah, zu begreifen und die zweite These: Jesus war ein Gewaltfreier, der in der Tradition eines auch zu bedeutenden Teilen gewaltfreien Judentums stand.

Beide Thesen reizen zum Widerspruch und damit zum Lesen des Buches. Egon Spiegel versteht es aber, auf 279 Seiten seine Theologie der Gewaltlosigkeit konsequent und schlüssig darzulegen. Am Schluß des Buches angekommen hat der Leser doch den Eindruck, daß hier eine interessante und gewinnbringende Exegese vorliegt, die quer zur gängigen kirchlichen Lehrmeinung steht, die zum Nachdenken und zum Revidieren festgefahrener Positionen in Bezug auf alt – wie neutestamentarische Interpretationen einlädt.

Egon Spiegel beschreibt das Hauptanliegen seines Buches so: „Jesus ist nicht von vorneherein ein Gewaltfreier. Dies zu sehen und ihn sowohl von seinen Wurzeln, den tiefen Motiven her als auch von seiner Ausrichtung auf das Reich Gottes in seinem Gewaltverzicht zu verstehen, ist das spezielle Anliegen vorliegender Untersuchung."

Gewaltverzicht ist ein Buch, das jeder politisch, philosophisch und/oder theologisch Interessierte, unabhängig wie er nun zum Christentum und zur Gewaltfreiheit steht, lesen sollte. Es weist auf einen Randbereich der Diskussion um Anarchismus hin, der aber für eine Gesamtschau unentbehrlich ist.

Egon Spiegel: Gewaltverzicht – Grundlagen einer biblischen Friedenstheologie. Kassel 1987, Weber-Zucht- Verlag, 279 S., 24,80 DM, ISBN 3-88713-013-8

Elmar Sing

Zum Treffen vom 16.- 20. 1. 89 im Albgarten/Ulm

Red. Heidelberg Mitte Januar trafen sich, der eigenen politischen und ökonomischen Lage angepaßt, 17 VertreterInnen des linken Buchhandels, darunter Verlage (6), Sortimentsbuchhandel (4), Verlagsvertreter (1), Autor (1), Zeitschrift (1), Setzer (1) und Gäste/LeserInnen (3). Dem Spektrum der Teilnehmenden entsprach die Vielfalt der Interessen, so daß der geplante Verlauf am ersten Abend neu gestaltet werden mußte. Mittels Karten wurden bestehende Interessen und Angebote in der Gruppe erfaßt, gegliedert und als gemeinsames Tagungsprogramm formuliert.

Der linke Buchhandel – ein zweiter Frühling?

Zur Geschichte der Kooperation im linken Buchhandel

Ausgangspunkt der ersten Diskussionsrunde zur Kooperationsfrage waren Teile der in der CONTRASTE erschienenen Artikel zur „Geschichte des linken Buchhandels" zur Buchmesse 1986 eines der Teilnehmer. Die Darstellung des „Verbandes des linken Buchhandels" (VLB) wurde durch einen seit 1968 aktiven Verleger kritisiert und notwendig ergänzt. (Auf eine Wiedergabe der so korrigierten Fassung der Geschichte des linken Buchhandels muß aus Platzgründen in diesem Artikel verzichtet werden. Sie ist aber im anzufordernden Tagungsprotokoll enthalten). Hier nur einige wichtige Aussagen in Thesenform:

- 1969 war ein Krisenjahr der BRD-Linken. Die 68er zogen sich enttäuscht zurück, während die Jüngeren mit revolutionärem Elan an die Unis kamen. Die desolate politische Situation trieb sie jedoch ebenfalls frustriert in die verbindlicheren politischen Gruppen, z.B. marxistisch-leninistischer Provenienz.
- Diese ML-Gruppen erwiesen sich als Stabilisatoren der politischen Bewegung und dominierten auch bis 1973 den 1970 entstandenen VLB. Erst mit ihrem Niedergang und dem KBW-Putsch im VLB – bei dem der KBW die VLB-Kasse mitgehen ließ – entstand der neue VLB um den Verlag „Neue Kritik" und die sozialistische Verlagsauslieferung (SoVA).
- Die gesamte Geschichte des VLB ist geprägt von individualistischen vs. kollektivistischen Ansprüchen und Praxen. Sei es als Kontroverse „politische Buchhändler – Politiker oder Buchhändler", oder gar als möglicherweise persönlicher Konflikt zwischen den Hauptfiguren zwei großer linker Vertriebe.
- Die Veränderungen im linken Buchhandel können nur zusammen mit denen der gesamten Gegenöffentlichkeit verstanden werden. Hier spielen informelle Strukturen wie Freundeskreis, gelegentliche Treffen als politisches Umfeld und „Szene" eine bislang unterschätzte Rolle, so z.B. in ihrer Funktion als ökonomische Puffer gegenüber dem Markt. Ihr weitgehender Wegfall zu Beginn der 80er Jahre ist eine Ursache für den „Generationskonflikt" und die Pleiten im linken Buchhandel.
- Die wieder aktuell gewordene Diskussion um staatliche Repression (Zensur, Beschlagnahme, Durchsuchungen etc.) ist immer mehr als nur eine partikulare Diskussion gewesen. So werden z.B. auch „die Linke", „der Staat" und das Verhältnis beider zueinander bestimmt.

Nach dieser historischen Bestandsaufnahme folgte die der aktuellen Kooperationsansätze im Bereich der Verlage und des Sortiments (= der Buchläden), wozu jeweils eine Arbeitsgruppe gebildet wurde:

AG Verlag-Verlag-Kooperation:
Die Kommunikation unter den Verlagen wurde als schlecht eingeschätzt. Nichtsdestotrotz versuchten die anwesenden Verlage in einer Art Planspiel, eine Gemeinschaftsproduktion als attraktiveres Angebot zu entwerfen.

AG Sortiment-Sortiment-Kooperation:
Beim VLB NRW wird geplant, die angeschlossenen Buchläden als regionale ERFA (= Erfahrungsaustausch)-Gruppe zu organisieren, wie sie bereits zwischen vielen kleinen Sortimentern des bürgerlichen Buchhandels bestehen. Ähnliche Initiativen sollen bei den wiederzubelebenden VLB Mitte und VLB Süd ergriffen werden. Möglicherweise kann es so in einem Jahr wieder zu einem nationalen VLB- Treffen in NRW kommen.

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG)/Amsterdam (Hrsg.)

NEU:
VERZEICHNIS DER alternativMEDIEN
Ein Handbuch und Nachschlagewerk mit ca. 1000 Adressen von Zeitschriften, Radioinitiativen und Videogruppen, nach Themenbereichen und Postleitzahlgebieten geordnet sowie einem ausführlichen redaktionellen Teil zur Geschichte und Gegenwart der »anderen« Öffentlichkeit.
200 Seiten – 25 DM

Im Oktober '88 bereits erschienen:
PROJEKT GEDÄCHTNIS
ID-Artikel zum Thema Gegenöffentlichkeit 1973 - 1981
120 Seiten (A4) – 10 DM

Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam
Weitere Publikationen in Vorbereitung
Bestellungen und Verlagsinformationen:
AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19

Politisches Selbstverständnis und Kooperation

Nach der Betrachtung der historischen und aktuellen Möglichkeiten der Kooperation auf Verlags- und Sortimentsebene konnte der Blick auf brisantere Themen geworfen werden:

- das unterschiedliche politische Selbstverständnis und
- das von Interessenkonflikten im Buchhandelsalltag geprägte Verhältnis zwischen Verlagen und Sortimentern.

Anknüpfungspunkt war zunächst eine aus der Kritik der historischen Darstellung als zunehmende Tauschwertorientierung des linken Buchhandels entworfene allgemeine Problemskizze „Das Buch als polyvalente Ware". Der darin behaupteten Tendenz zur Beliebigkeit des politischen Selbstverständnisses wurden konkrete Merkmale des linken Buchhandels entgegengesetzt wie

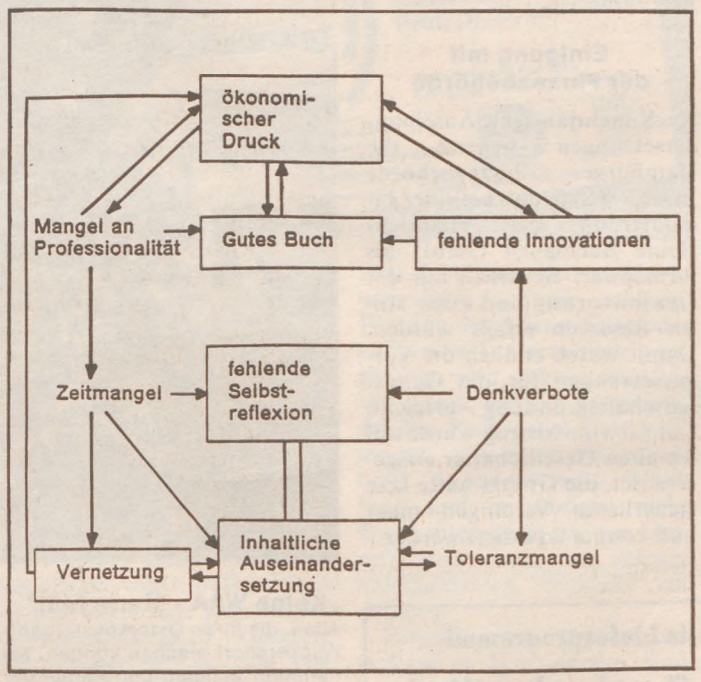
- Herrschaftskritik mit der feministischen Diskussion als radikalster Diskussion in der BRD
- besondere Transparenz der Produktion von Büchern, „auf die wir selber Bock haben"
- neue politische Programmatik liegt in der Kritik herrschender Theorien, z.B. zur Kritik der Politischen Ökonomie
- Selbstverwaltung im Betrieb als Gefühl in der Arbeit, nicht als falscher, anbiederischer Anspruch („wir sind arm, aber gerecht")
- Verbreitung der Inhalte von Basisgruppen und der zur Subjekt und Gesellschaftsänderung notwendigen Transformationen.

Das Verhältnis Verlage/Sortiment wurde durch ein Spiel verdeutlicht: Eine „Autorengruppe" erstellte Manuskripttitel, aus denen die „Verlagsgruppe" Buchtitel auswählte und produzierte, die wiederum vom „Sortiment" und schließlich von den „LeserInnen" eingekauft wurden. Die gemeinsame Auswertung der Abweichungen in diesem Auslese-prozeß erbrachte als Ergebnis:

- Das endgültige linke Sortiment ist ziemlich langweilig, die Belletristik fehlte völlig.
- Die LeserInnen kaufen einige Titel ein, die entweder vom Verlag nicht produziert oder vom Sortiment nicht eingekauft wurden.
- Das Sortiment wagt es nicht, einen vom Verlag produzierten Titel wie „Vergewaltiger berichten" einzukaufen, da sie Ärger mit Frauengruppen befürchten.
- Dem Einkauf im Sortiment liegen nur selten inhaltliche, sondern hauptsächlich verkaufspolitische Spontanentscheidungen zugrunde, die dem Verlag nicht bekannt sind.
- Das Angebot der Verlage erschlägt das Sortiment.

Um diese Situation zu verbessern, wurden folgende Vorschläge für eine bessere Kooperation Verlage/Sortiment gemacht:

- VLB-Treffen mit einer Verlagsvorstellung
- VerlegerInnen gehen selbst auf Reisen
- Einholen der VertreterInnenmeinung vor Produktion
- Partnerschaften einzelner Verlage und Buchläden mit regelmäßigen kundenöffentlichen Treffen und Rückmeldungen
- Feedback an Verlage, warum vom Sortiment bestimmte Titel nicht eingekauft wurden.



Zukunftswerkstatt „Linker Buchhandel"

Trotz einiger Skepsis gegenüber der Methode wurde beschlossen, die angesprochenen Problembereiche in Form einer dreistündigen Zukunftswerkstatt weiter zu bearbeiten.

Kritikphase: In zehn Minuten wurden von den Teilnehmenden zu ihrer eigenen Überraschung 76 Kritikpunkte an der Situation des linken Buchhandels genannt. Deren Punktbewertung nach Wichtigkeit führte zu deren Zusammenfassung in sechs Problembereiche:

- stärkerer ökonomischer Druck
- fehlende Selbstreflexion
- fehlende inhaltliche Auseinandersetzung
- mangelnde Innovationen
- Verhinderung eines „guten Buches"
- mangelnde Vernetzung.

In der anschließenden Diskussion wurden die Wechselbeziehungen zwischen diesen Bereichen deutlich und als Regelkreise erkannt, die hier nur skizziert werden können:

Phantasiephase: Die positive Wendung der Kritikpunkte aus den Problembereichen wurde ergänzt durch ein Brainstorming. Eine weitere Punktbewertung erbrachte die wichtigsten Lösungsvorschläge, die in fünf Arbeitsgruppen zu utopischen Entwürfen weiterentwickelt wurden:

– **AG Produktion**
Linke Verlage schließen sich in einem Verlagspool zusammen, der durch gemeinsame Vertreterinnen (assoziiert Prolit/-SoVa) vertreten wird. Die dadurch erzielte größere Konkurrenzfähigkeit am Markt läßt auch die Attraktivität für AutorInnen und das Lohnniveau steigen. Ein AutorInnen-Pool, ein Theorie-Pool und ein Ökonomie-Pool stehen (als Beratungs- und Kontrollorgane) in einem korrespondierenden Verhältnis zum Verlagspool.

– **AG Linke Buchkultur**
1989 – Gründung einer Genossenschaft „Linke Buchkultur" mit Rundbrief an alle Fortschrittlichen und 20 Theoriearbeitskreise. Es entstehen neue Kooperationsformen unterschiedlicher Branchen und ein genossenschaftliches Verlagsmodell mit regionalen Arbeitsgruppen. Grundlage bildet ein Buchclub, der auch die weitere Vernetzung finanziert.

1999 – Die internen Widersprüche dieser expandierenden Genossenschaft führen bei Verlagen und Buchläden zu Überlegungen, wieder auszutreten. Es besteht jedoch inzwischen außerhalb der Genossenschaft kein Markt mehr. Gespannt erwartet die gesamte Linke den Ausgang der entscheidenden Genossenschaftssitzung.

– **AG Selbstveränderung**
a - Kollektive und Personen müssen die psychische Dimension anerkennen und einbeziehen.
b - Es gibt Widersprüche in den Bedürfnissen der Gruppe und des Ichs
c - Selbstveränderung heißt: Offenes Konzept für Neues, nach Weiterbildung und Therapie hin offen
d - Supervision mit Übergang in Selbstreflexion Zeit und Raum geben
e - Einführung in Gruppenprozesse.

– **AG Weiterbildung**
a - Gründung eines Instituts in Form eines Tagungshauses
b - finanzielle Basis dafür: gemeinsamer Fond/Genossenschaft
c - mit regionalen „Niederlassungen"
d - und folgenden Aufgaben: Sammlung von Angeboten aus den Kollektiven, Rotation der OrganisatorInnen und WissensvermittlerInnen, Kurse/Seminare/Sommerunis, Vermittlung von Betriebspraktika, insbesondere als Zusatzausbildung verstanden, Archiv/Bibliothek/linkes Börsenblatt.

– **AG Treffen/Infoaustausch**
a - Infobedürfnisse über CONTRASTE etc. festhalten
b - Nachfragen (Leserumfragen)
c - Kongreß: Erstmals 1990,dann zweijähriger Rhythmus
d - Gleichzeitig Inhalte/Treffen
e - Gesamtheit der alternativen Printmedienzusammenhänge gezielt einladen
f - Plenum/AGn/Dokumentationen
g - Vorbereitungsreader
h - Jährliches Fest zur Buchmesse (erstmals 1989)
i - Fest gleichzeitig zum Fundraising für Kongreß nutzen
k - Alle Daten/Adressen für Vorbereitungsgruppe erheben

Verwirklichungsphase: In dieser abschließenden Phase der Zukunftswerkstatt wurden den Bausteinen der utopischen Entwürfe die bereits bestehenden Ansätze in diesen Richtungen zugeordnet. Dazu wurden insgesamt 15 Arbeitsaufträge freiwillig übernommen, um die Realisierungschancen der Lösungsvorschläge zu untersuchen und ggf. bis zum nächsten Treffen bereits konkrete Schritte zu unternehmen (z.B. zu einem VLB Süd und VLB Mitte einladen).

Das **nächste Treffen für den linken Buchhandel** wurde als verlängertes Wochenende Ende August 1989 (notfalls Ende Oktober 1989) ins Auge gefaßt. Zu dessen **inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung** wollen sich fast alle Teilnehmenden des Albgarten- Treffens am 20. 5. um 10.00 h in den Verlagsräumen des Brandes & Apsel-Verlages in Frankfurt treffen.

Dort wird auch das geplante **Fest des linken Buchhandels** während der diesjährigen Buchmesse diskutiert werden.

Weitere Informationen bei:
Hannelore Zimmermann
Holzheimer Str. 7
7910 Neu-Ulm 8
Tel.: (07308) 67 18
Hier ist auch das umfangreiche Protokoll mit Diskussionsmaterialien für DM 6,-- in Briefmarken erhältlich.

Ein bißchen mehr
Betriebsorganisation und Management
sollte sich jeder Betrieb leisten. Das bringt mehr Übersicht über Produktionsablauf, Produktionseffektivität, Absatzchancen – für alle MitarbeiterInnen.
***Sand des Verderbens** von **Peter Vermeulen** befaßt sich als vierter Band der Leitfadenreihe speziell mit den Fragen des kollektiven Managements für Büroorganisation, Buchhaltung, Personal- und Finanzwesen im Computer-Zeitalter.*
Für 18 DM in jeder guten Buchhandlung.

STATTBUCH VERLAG
Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61
☎ 030 – 691 30 94/95

Genossenschaftsförderung

Der Verein wird sich in diesem Jahr auch am Markt der Möglichkeiten des 23. Deutschen Evangelischen Kirchentages (7.-11. Juni, Berlin) beteiligen. Ziel ist die Information über Aufgaben des Vereins und die Genossenschaft als Rechtsform. Es sollen Gespräche und Diskussionen unter dem Titel „Genossenschaft - Chance für eine demokratische Arbeitswelt" angeregt und geführt werden.

Erste Ergebnisse

Die Mitgliederumfrage ist von vielen Mitgliedern positiv aufgenommen worden. Dies zeigt sich an der hohen Beteiligung. Für die Arbeitskreise gab es insgesamt 130 Meldungen, so daß in Kürze arbeitsfähige Gruppen an den jeweiligen Themen arbeiten können. Um ein genaues Bild über die Interessen zu erhalten, erinnern wir an die Rücksendung der Bögen.

Bald Bestattungsgenossenschaft in Bonn?

Die Pläne, ein genossenschaftlich geführtes Bestattungsunternehmen zu gründen, werden konkreter. Anfang März treffen sich Interessierte zur Vorbereitung der Gründungsversammlung in Bonn. Hier geht es nicht um die schnellstmögliche „Verbringung" der/des Verstorbene/n, sondern um ein umfassendes Konzept, in welches Fragen von Sterben, Trauer, Abschied und Tod aufgenommen werden.

Die Verbundstelle begleitet das Projekt z.B. durch Hilfe bei der Satzungserstellung.

WohnBund Kongress

„Neue Wohnformen in Europa" – Beiträge zu den Wohnungsfragen der 90er Jahre – zu diesem Themenbereich veranstaltet der Wohnbund vom 5.-9. April '89 in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Wohnbund einen Internationalen Kongreß in Hamburg.

Trotz der eklatanten Wohnungsnot in den Großstädten ist die Wohnungsfrage nicht auf quantitative Festsetzungen reduziert. Vielmehr sind *qualitative* Wohnbedürfnisse zu berücksichtigen.

Vorgestellt und diskutiert werden Beispiele – Modelle – Experimente von neuen Wohnformen z.B. von Wohngruppenprojekten.

Weitere Informationen gibt es beim
WohnBund
Ploennisstraße 18
6100 Darmstadt

Gründungsseminar

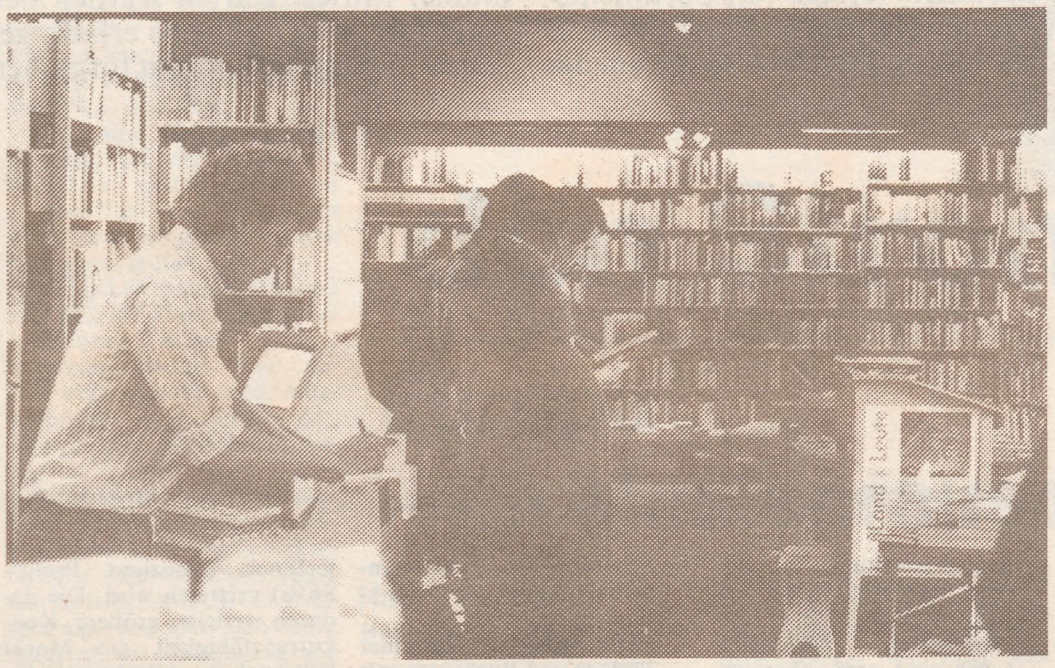
Für das Seminar „Gründet Genossenschaften" waren bei Redaktionsschluß noch einige Plätze frei. Es findet vom 17.- 19. März in Neu-Anspach/ Taunus statt. Geboten werden Hilfe für Gründungswillige und ein Einblick in die Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Interessenten mögen sich bitte umgehend in der Geschäftsstelle des Vereins melden.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎(0228) 21 52 90

Nach Hürdenlauf ins Ziel

Die Heirich-Heine Buchhandlung e.G. als gelungenes Beispiel einer Rechtsformumwandlung



Heinrich-Heine-Buchhandlung

Red. Genossenschaften Die Heinrich-Heine Buchhandlung in Hamburg existiert seit 1976. Gegründet wurde sie von drei Gesellschaftern als GmbH, wobei betriebsintern von Beginn an die genossenschaftliche Struktur eines selbstverwalteten Betriebes praktiziert wurde. Hätten es rechtliche und ökonomische Bedingungen zugelassen, wäre der Betrieb auch formell von Beginn an als eingetragene Genossenschaft geführt worden. Da dies nicht der Fall war, mußte eine Umwandlung in die Rechtsform der Genossenschaft 10 Jahre später mühselig „durchgeboxt" werden.

Michael Menard

Entscheidendes Motiv für die angestrebte Unternehmensform der Genossenschaft ist die Trennung des Kapitaleigentums von den Inhabern, die alle im Betrieb arbeiten. Nur unter der Voraussetzung einer „Neutralisierung" des Kapitaleigentums kann eine konsequente Demokratisierung des Betriebes erreicht werden. Zum anderen ist das Schicksal der Unternehmung dann nicht mehr vom Wohlwollen oder eigenen Interessen der Kapitaleigentümer abhängig.

Gerade unter den praktizierten und jetzt auch formell abgesicherten Betriebsstrukturen hat sich die Heinrich- Heine Buchhandlung seit der Gründung wirtschaftlich gut entwickelt und gehört heute in Hamburg zu den führenden literarischen und wissenschaftlichen Buchhandlungen. Die Schwierigkeit, auch juristisch abgesichert als Genossenschaft zu arbeiten, liegt in einem nahezu perfekten 'Genossenschaftsverhinderungsmechanismus'der rechtlichen und steuerlichen Bedingungen. Bei Gründung war die Mindestzahl von sieben Mitgliedern nicht vorhanden, die für eine Genossenschaft erforderlich ist. Als dann die GmbH durch ihr wirtschaftliches Wachstum genügend potentielle Mitglieder als Beschäftigte hatte, waren die handelsrechtlichen Voraussetzungen für eine Umwandlung nicht gegeben.

Umwandlung als Problem

Voraussetzung für die Genossenschaftsgründung wäre die Liquidierung der GmbH gewesen. Dies hätte für den Betrieb in der neuen Rechtsform ruinöse finanzielle Folgen ergeben, denn alle stillen Reserven der alten Firma wären zu versteuern gewesen, was nur bei einer echten Betriebsauflösung steuerlich gerechtfertigt ist. Wechselt ein Betrieb die Rechtsform, so hat die Gesetzgebung mit dem Umwandlungssteuergesetz dem Rechnung getragen, sofern die Umwandlung handelsrechtlich erlaubt wird – nur ist das bei der Veränderung einer GmbH in eine eG nicht der Fall. Rechtlich ging die Umwandlung nicht steuerunschädlich, also müßte liquidiert werden; wird liquidiert, ist die Umwandlung wegen der Steuern finanziell nicht verkraftbar – der Mechanismus schien perfekt.

Da dem einzelnen Betrieb handelsrechtlich kein Spielraum zukommt, konnte letztlich nur die Finanzbehörde erklären, daß sie diese Umwandlung mit denen anderer Firmen gleichbehandelt. Eine Selbstverständlichkeit, deren praktische Durchsetzung aber einer (politischen) Unverschämtheit gleichkommt: Ein Betrieb wird zum Bittsteller, weil er als Genossenschaft nicht gegenüber anderen Unternehmensformen diskriminiert werden will. Dabei dürfte die Finanzbehörde eigentlich bei Genossenschaften keine Steuern eintreiben, die ihr laut gesetzlicher Regelung bei anderen Betriebsumwandlungen auch nicht zustehen.

Einigung mit der Finanzbehörde

Nach mehrjährigen Auseinandersetzungen sicherte die Hamburger Finanzbehörde Ende 1986 zu, daß bei einer Liquidierung der Heinrich-Heine Buchladen GmbH als Firmenwert steuerlich nur der Gewinnvortrag und keine stillen Reserven erfaßt würden. Damit waren endlich die Voraussetzungen für die Genossenschaftsgründung erreicht: Der Gewinnvortrag wurde auf die alten Gesellschafter ausgeschüttet, die GmbH hatte kein steuerliches Vermögen mehr und konnte liquidiert werden.

Die Gesellschafter mußten die Ausschüttung zwar individuell versteuern, aber das saldierte sich im Groben mit der Steuergutschrift für den Betrieb. Denn der Gewinn war mit dem Höchstsatz von 56 % zu versteuern, bei Ausschüttung wurden aber nur 36 % aufgerechnet. Eine finanzielle Belastung der neuen Genossenschaft konnte so vermieden werden. Anschließend teilten die (alten) Gesellschafter im Rahmen der Freibeträge der Schenkungsteuer den ausgeschütteten Gewinn auf alle (neuen) Genossenschaftsmitglieder auf, die diese Beträge als Geschäftsanteile an der Genossenschaft einzahlten.

Die zum 1.1.1987 gegründete Genossenschaft ist Mitglied im *Nordwestdeutschen Genossenschaftsverband Schulze- Delitzsch*. Anzumerken bleibt, daß dieser sich in den Jahren, in denen die Umwandlung betrieben wurde, sehr kooperativ verhielt und in den abschließend unter großem Zeitdruck zu klärenden Satzungsfragen Flexibilität zeigte.

Steuerrechtliche Änderungen erforderlich

Die Bestrebungen im Europäischen Parlament, durch Anpassung der Rechtssysteme in der EG genossenschaftsfeindliche Rechtsnormen auch in der Bundesrepublik aufzuheben, sind nur ein geringer Trost für alle selbstverwalteten Betriebe, die noch als GmbH betrieben werden und schon heute ihrer demokratischen Arbeits- und Entscheidungspraxis die entsprechende genossenschaftliche Rechtsform geben wollen. Kurzfristig ist es deshalb notwendig, eine großzügigere steuerrechtliche Regelung in der Bundesrepublik durchzusetzen.

(Siehe hierzu den Beitrag in der vorherigen Ausgabe zum anstehenden Umwandlungsgesetz).

„Keine WAA - Maria hilf!"
Allen, die ihren Osterspaziergang nicht längs des WAA-Bauzaunes in Wackersdorf machen können, sei ein Fotobuch empfohlen, das den nunmehr achtjährigen Kampf der Oberpfälzer gegen die Atommüllschleuder in spe auf über 250 Abbildungen dokumentiert. Beiträge von Helge Cramer (Der WAA-Staat), Bernd Siegler (WAA-Erschütterungstermin), Ruth Schulz (Alltag in der Oberpfalz) und Peter Barth (Auf dem Weg zur deutschen Atombombe?) sowie eine Zeittafel des Widerstands und ein Glossar ergänzen den Bildteil hervorragend. Die Herausgeber: „Die Menschen im Landkreis Schwandorf haben viel Gewalt gesehen. Gaseinsätze, Schwerverletzte, prügelnde Sondereinsatzkommandos, ständige Kontrollen, Hausdurchsuchungen. Die Demonstranten gehen, die Polizei bleibt...der alltägliche Terror mit Video-Überwachung, ...die völlige Entprivatisierung des Alltags in der Oberpfalz durch den WAA- Staat." Die überregionale Unterstützung hat nachgelassen - um so notwendiger wird eine solche Dokumentation, die nicht der Erinnerung, sondern der Anregung zu neuen Taten gewidmet ist.
„Die Chaoten - Bilder aus Wackersdorf". H. Lohmeyer/R.Steußloff (Hg.), AV-Verlag, Augsburg 1988. ISBN: 3-925274-21-9, DM 29,80.

Aufruf zur Beteiligung:
Ausstellungsbörse Stadtkultur – Stadtpolitik

Der Kölner Verein Genossenschaftlich Wohnen e.V., der bisher mehrere eigene Ausstellungen erstellt hat, richtet jetzt eine Börse für Ausstellungen aus dem Bereich Stadtkultur und -politik ein.

Die Ausstellungsbörse bietet sich an als Vermittler zwischen Ausstellungsmachern und interessierten Ausstellungsveranstaltern. Davon ausgehend, daß einerseits in zahlreichen Institutionen und Initiativen Ausstellungen – für einmalige Anlässe produziert – ungenutzt lagern und daß andererseits zahlreiche öffentliche und private Institutionen Interesse und Platz hätten, diese Ausstellungen zu bestimmten Anlässen zu zeigen, will die Ausstellungsbörse Informationen sammeln, aufbereiten und an Interessenten weiterleiten.

Die Ausstellungsbörse für Stadtkultur und Stadtpolitik möchte folgende Bereiche erfassen:
Stadtgeschichte, -entwicklung, -erneuerung; Wohnkultur, Wohnreform, Wohnpolitik; städtische Selbsthilfeinitiativen aller Art; Geschichte und Kultur städtischer sozialer Bewegungen; Hochund Alltagskultur in der Stadt; Ästhetik der Stadt; Stadtökologie; Stadtökonomie.

Bei Interesse als Ausstellungsproduzent und -anbieter oder als potentieller Nachfrager bittet der Verein um Mitteilung. Die Börse ist im Aufbau; Hinweise, die die Informationsbeschaffung erleichtern, werden dankbar entgegengenommen. Erhebungsunterlagen werden bald verschickt; Ausstellungsangebotslisten werden folgen.
K. Novy/A. Simbriger
Ausstellungsbörse
Genossenschaftlich Wohnen e.V.
Annostr. 27 – 5000 Köln 1
☎ (0221) 32 47 69

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Biofeinkost

Gefährlicher Trend im Naturkosteinzelhandel:

Statt Grünkern für 50 Pfennige

wird Grünkernpaste für 5 Mark verkauft.

Vollwert-Ernährung eine runde Sache

Redaktionsadresse:

Red. Naturkost
Hermann Cropp, Packpapier Verlag
Box 18 11, 4500 Osnabrück, Tel. (0541) 43 29 41

Red. Naturkost Biofeinkost ist der neue Trend. Biofeinkost soll die allenthalben zu verzeichnenden Umsatzrückgänge mit biologischen Lebensmitteln im Naturkosteinzelhandel auffangen, während der (teilweise verarbeitende) Großhandelssektor der Naturkost seine Gewinne enorm steigert.

Diese Entwicklung ist umso tückischer, als sie nur langfristig zu spürbaren Lasten der Verbraucher und des Einzelhandels geht. Der Verbraucher hat vorerst den Eindruck, als sei die Angebotspalette nun größer und professioneller, seine Kauflust steigt, aber ebenso seine Ausgaben. Denn die angebotenen Fertigprodukte sind natürlich durchweg teurer, als wenn man wie bisher die Grundnahrungsmittel selbst zubereiten würde.

Herrmann Cropp

Für den Bio-Einzelhandel ist der Markt enger geworden, da

1. der Verbraucher zunehmend modebewußt und werbungsabhängig, dafür aber kaum noch ökologisch bewußt, und somit ein unzuverlässiger Kunde geworden ist
2. in den letzten Jahren mehr Bioläden entstanden sind, ohne daß mehr Kunden gewonnen wurden. Zwar sind andere Kunden gekommen, aber dafür sind viele von früher weggeblieben; die Kundenstruktur hat sich verändert von Überzeugungstätern hin zu bürgerlichen Intellektuellen
3. der Naturkostbegriff, teilweise durch Nachlässigkeit des Handels, teilweise sogar absichtlich, soweit aufgeweicht wurde, daß die schöne Idee und die verwässerte Ware bereits in den Ketten und Kaufhäusern zu haben ist.

Grundnahrungsmittelumsatz rückläufig

Die Bioläden begegnen dieser Entwicklung mit einer indirekten Preiserhöhung, indem vorderhand viel zu teure Biofeinkost angeboten wird. Doch auch das hilft in manchen Fällen nicht mehr, denn selbst ein (noch!) steigerungsfähiges Produkt wie Brot erleidet bereits Rückgänge wegen der Konkurrenz der Brotshops, die da ein ganz hübsches Angebot haben. So verzeichnet ein Laden in der Kölner City Rückgänge um 25 % vom Gesamtumsatz, und eine durchgeführte betriebswirtschaftliche Berechnung kam zu dem Ergebnis, daß da auch nicht mehr „rauszuholen" sei.

Gewinner ist der verarbeitende Großhandel (in dem relativ kleinen Naturkostsektor haben sich viele Großhändler ein gewinnträchtiges produktives Standbein geschaffen). Und mancher Großhändler rechnet wohl damit, daß er, wenn die Basis des Naturkosthandels - die Bioläden – es gar nicht mehr schafft, um so ungenierter in die Supermarktbelieferung einsteigen kann.

Nutzen für breitere Verbraucherschichten?

Keineswegs. Denn das Warenangebot wird verwässert und die Idee unglaubwürdig, wenn ökologische und konventionelle Produkte nebeneinander im Regal stehen. Da hilft auch kein Shop-in-Shop-Verkauf mit angeblich besser ausgebildeten Verkäufern. Glaubwürdigkeit geht noch immer am ehesten von den ursprünglichen, chaotischen Bioläden aus, denen man ansieht, daß sie nicht um des Mammons willen ihre Arbeit tun. Doch gegen diese wenden sich die Großhändler schon seit einigen Jahren, indem sie „mehr Professionalisierung" vom Einzelhandel fordern. Ein Großhändler aus Coesfeld ist da besonders hart. Er macht eine Ladenmindestgröße, das äußere Erscheinungsbild sowie Einblick in die Gewinnkalkulation zur Belieferungsbedingung. „Gutmeinende" Genossenschaftsgroßhändler schickten schon vor Jahren „Berater" durch die Läden, die darauf dringen sollten, daß die Läden in bessere Verkaufslagen umziehen, ihre Werbung, Innenarchitektur, Warenpräsentation, Kundenberatung und überhaupt alles mehr „professionalisieren".

Folgen

Statt Grünkern für 50 Pfennige wird Grünkernpaste für 5 Mark verkauft. Statt frischem Gemüse wird im aufdringlich bunten Pappdisplay vegetarische Paste angeboten. Der Warenmengenumsatz geht relativ zurück, der Umsatz bleibt konstant. Der Kunde hat's leichter beim Nachhausegehen: Die Tasche ist halb so schwer, der Inhalt doppelt so wertvoll, das Portemonnaie leer wie gewohnt. Der Mengenumsatz mancher Produkte verlagert sich inzwischen auf die Wochenmärkte, wo die Bauern ihr Gemüse selbst vermarkten, weil die Bioläden das nicht schaffen. Viele Bioladner sind leider so blind, daß sie die bedrohliche Entwicklung gar nicht wahrnehmen. Ein Händler schaut eben mehr auf den Gewinn als auf den Umsatz und merkt nicht, wie ihm die Basis flöten geht.

Zack in die Pfanne!

Die Verbraucher sind zunehmend unfähig und unwillig, selbst in ihren Töpfen zu rühren. Der grüne Verbraucher ist ein guter Verdiener, kinderlos (wegen Bevölkerungsexplosion!) und gerne bereit, für sein ökologisches Bewußtsein etwas mehr zu zahlen – so ähnlich lautete kürzlich ein Wählerprofil der Grünen. Der Trend geht dahin, daß sich alles, was schnell geht, besser verkauft – Tofu-Burger und ähnliches. Allein, bei Tofu-Natur wird's kritisch, denn da braucht man ein Rezept, Küchenerfahrung und Spaß am Kochen, sonst schmeckt's labbrig.

Die Frauen haben sich von der Küche emanzipiert, die Zeit der kochenden Müslimänner ist auch vorbei. Ein Bioladner sagte mir kürzlich, er halte nur noch 1 % seiner Kundschaft für ökologisch bewußt, die anderen gehen mit Mode und Werbung. Aus der Fußgängerzone will er nicht zurück in die vorherige Randlage, um von der destruktiven Laufkundschaft zur treuen und bewußten Stammkundschaft zurückzufinden, weil er das ökonomisch nicht mehr für machbar hält. Umzüge in die Fußgängerzonen brachten den Läden allerdings selten Einkommenssteigerungen, sondern eher Bankverschuldung und bisweilen sogar Umsatzrückgänge.

Es geht auch anders

Manche Ladner kommen auf die Idee, sich im Vorfeld des Handels zu betätigen: Sie verpacken selbst, backen ihr Brot selbst, ein Kölner Laden hat sogar eine Nudelmaschine und macht täglich frische Nudeln – 13 Sorten! Auch ist es möglich, selbst Tofu und verschiedene Brotaufstriche aus Nüssen und Hülsenfrüchten herzustellen. Frischer Tofu schmeckt unvergleichlich, wenn er nicht plastikverschweißt im Kühlschrank, sondern in offener Schüssel in einer Lake angeboten wird. Richard in Cuxhaven backt in der Ladenküche sein tägliches Brot, der ganze Laden duftet danach, und er bleibt keinem Kunden eine Antwort schuldig nach den verwendeten Getreidesorten und Zusatzstoffen. Dabei entspinnen sich mit manchen Kunden interessante Fachgespräche über Backrezepte, denn Richard gibt bereitwillig seine Tips weiter, ohne die kleinliche Angst, daß solchermaßen angeleitete Kunden ihn arbeitslos machen könnten. Umgekehrt ließ er sich von einer Kundin über Knäckebrot belehren, als ich gerade zugegen war.

Andere findige Bioladner beliefern inzwischen 20 Bioläden mit Brot, Nudeln und Tofu und haben ganz andere Sachen im Sinn, als ihre Kunden auf den Feinkosttrip zu bringen. Josef und Birgid aus Öllingen z. B. backen noch vor Öffnung ihrer beiden kleinen Läden das Brot für die Läden in der Umgebung. Das setzt natürlich Frühaufstehen und viel Freude an der Arbeit voraus. Wie wär's mit ermunternden Leserzuschriften? Her damit!

Fakts

Das Naturkostwarenangebot teilt sich in folgende Bereiche:

1. Frische Milchprodukte und Gemüse
2. Grundnahrungsmittel
3. Fertigprodukte (Biofeinkost)

Der Absatz von Milchprodukten nimmt trotz sehr hoher Preise zu. Vermutlich, weil diese unverarbeitet genossen werden können.

Gemüse stagniert in den Bioläden, auf den Wochenmärkten nimmt der Verkauf durch Biobauern zu. Ein Bioladen könnte allerdings bei Aktivierung des Gemüseverkaufs ein Drittel bis die Hälfte seines Umsatzes mit Gemüse machen. Allgemein werden aber schon 10 % vom Gesamtumsatz für eine beachtliche Leistung gehalten. Gemüse macht viel Arbeit. Es muß zweimal am Tag geputzt werden, vor allem, wenn es einen langen Transportweg hinter sich hat. Wenn es einen Schock vom Kühlhaus hat, macht es besonders schnell schlapp. Wenn in der Saison Salat oder anderes mal extrem niedrig angeboten wird, so kann man fast sicher sein, daß der Einzelhandel den Preisvorteil nicht weitergibt, sich über die unverhofft dazugewonnene Mark freut und im übrigen nicht daran interessiert ist, den Umsatz mit einem so schwer handhabbaren Produkt zu steigern.

Versuche, den Frischwarenverkauf zu dynamisieren, sind fast immer gescheitert. Grund des Scheiterns ist aber nicht nur die Ignoranz des Einzelhandels gegenüber diesem ökologisch äußerst wichtigen Sortiment, sondern auch, daß Bioläden so etwas traditionell gar nicht im Programm hatten. Das traditionelle Programm besteht aus Körnern, Müsli, Kräutern, Trockenfrüchten und Räucherstäbchen. Alle anderen Sortimenter waren nur vorübergehende Erscheinungen, offenbar gibt es innere und aus Handelsgewohnheit sich ergebende Widerstände gegen Gemüse. Die Verbraucher nehmen dieses Sortiment nur an, wenn es gut sortiert ist und die Ware frisch aussieht. Milchprodukte, obwohl auch ein Frischeproblem, gehen besser, denn sie machen weniger Arbeit, und die Kühlhaltung im Laden ist einfacher. Die Verbraucher stöhnen zwar über den Preis der Frischwaren, aber die Erfahrung zeigt, daß der Preis nur ein vorgeschobenes Argument ist. Bekanntlich wird nach Augenschein gekauft, nur der bewußte Verbraucher kauf nach Qualität. Der sogenannte preisbewußte Verbraucher ist nicht wirklich bewußt, denn was er bei Aldi spart, setzt er in Luxus um.

Die Großhändler tun sich beim Gemüse ebenso schwer wie die Bioläden, es bewegt sich nichts. Kühlzellen sind in den Gemüsegroßmärkten eine Selbstverständlichkeit, die Naturkostgroßhändler sparen, wo sie können, und investieren lieber in Bio-Instant. Die Naturkostregionalverteiler haben wohl eine Kühlbox, aber die reicht nicht weit. Außerdem ist das Grünzeug, das darin gelagert wird, nach zwei Tagen schlapp. Die Verkaufswege sind zu lang und umständlich. Verwaltung, Einkauf und Verkauf sind träge. Das Grünzeug muß nach einem Tag verkauft und am nächsten Tag in den Haushalten verzehrt werden. Ein schleppender Gemüseverkauf verhindert geradezu die Ausweitung des Geschäfts. Gemüseverkauf kann man nur ganz oder gar nicht machen. Zwischenlösungen bedeuten Verlust, Unlust und Frust.

Bei den lagerfähigen Grundnahrungsmitteln wie Reis, Weizen, Hülsenfrüchte, Kartoffeln hat ein kollektives Vergessen eingesetzt. Keiner will sie kaufen, verkaufen oder im Haushalt verarbeiten. Das Müsli, der große Renner vergangener Jahre und Namensgeber für eine ganze Geisteshaltung, ja eine Generation, gibt's inzwischen von Dr. Oetker im Supermarkt. Grade dudelte die Radiowerbung was von „Müsliriegel immer dabei...gibt Schwung und ist gesund". In Wirklichkeit enthält es Zucker, Milchpulver und andere Industriekonserven. Die ehemalige Körnerbewegung hat sich ihre Begriffe von den Kapitalisten abkaufen und stehlen lassen. Jedenfalls ist das Müsligeschäft gelaufen.

Biofeinkost, Präparate, Naturkosmetik – da tut sich was! Die Verbraucherstrukturen haben sich gewandelt, sagt man. Es kommen immer mehr Leute mit Geld in die Bioläden, und denen muß man auch was bieten. Jenen Alternativen und den Ausgegrenzten mit weniger Geld, die sich früher in der so angenehm chaotischen Körnerszene wohlgefühlt haben, hat man nichts mehr zu bieten. Jene Läden und Verbraucher des alten Schlages, die es natürlich nach wie vor gibt, die aber nicht den Trend bestimmen, machen weiterhin mehr Umsatz mit Grundnahrungsmitteln.

Diese Biofeinkost ist ein Trend, eine wichtige Entwicklung, aber nicht die Gesamtentwicklung. Es ist also noch alles drin. Marktperspektivisch ist die Biofeinkost eine Sackgasse, weil sie eine Angleichung an die Reformhäuser bedeutet. Reformhäuser gibt es aber genug. Dauerhaft Platz haben Biofeinkostläden also nur dort, wo es noch keine Reformhäuser gibt. Da die Naturkostbewegung bekanntlich aus dem Verlangen nach einer radikal naturnahen Ernährung mit unverfälschten Grundnahrungsmitteln entstanden ist, von welcher sich die Reformhäuser seit ihrer Gründung um die Jahrhundertwende entfernt haben, kann es nur einen Platz jenseits der Reformhäuser geben, nicht dazwischen. Die Bioläden wollten das sein, was die Reformhäuser in ihrer Gründerzeit waren, aber derartig radikale Läden sind ohne eine entsprechende soziale Bewegung undenkbar. Die ökologische Bewegung hat sich in den letzten Jahren auch festgelaufen und institutionalisiert; das gleiche geschieht mit ihren Lebensmitteln, sie werden konserviert und eingemacht.

Der Druck gegen diese Entwicklung ist aber schon absehbar: Er wird von den Erzeugern ausgehen, die im Zuge der Umweltbewegung auf Biolandbau umgestellt haben, deren Produkte erst in Jahren reifen und die in den konventionellen Handelswegen gar nicht vermarkten können. Derzeit vermarkten nur ganz wenige Bioläden die einheimischen Erzeugnisse befriedigend, und eine großartige Verbesserung ist nicht abzusehen. Schon vor Jahren warnten die Erzeuger, daß die Naturkosthandelsstrukturen die künftigen Erträge nicht würden vermarkten können, und sie verlangten, daß der Handel sich ändere. Ein Ausweichen mit einheimischen biologischen Erzeugnissen auf den konventionellen Markt hat sich nur begrenzt als machbar erwiesen; die Bauern mußten sich die Preise drücken lassen und drohten, erneut in die Abhängigkeit übermächtiger Konzerne zu geraten. Mit dem Direktverkauf ab Hof, auf Wochenmärkten und in Erzeuger- Verbraucher-Läden kündigt sich jedoch eine vielversprechende Entwicklung an.

4. UGB-Kongreß
18. bis 20. Mai 1989
in Gießen
Wissenschaftliche Leitung:
Prof. Dr. C. Leitzmann
Vollwert-Ernährung
Bitte fordern Sie das Kongreß-Programm an bei:
Verband für Unabhängige Gesundheitsberatung Deutschland e.V.
UGB
Keplerstraße 1 D-6300 Gießen Tel.: 0641-77785

Was läuft bei den selbstverwalteten grafischen Betrieben?

Constantin Bartning
transfer

Red. Graf. Betriebe

In den Monaten seit den Frühlingstagen '88 ist vom „Verein selbstverwalteter grafischer Betriebe" nicht mehr viel zu hören gewesen. Ursache ist die Veränderung der Gewichte: Waren die ersten Seminarangebote relativ kurzfristig zusammengezimmert worden, steht jetzt eine gründlichere Vorbereitung an und die braucht ihre Zeit.

Die Frühlingstage '89

Sie finden wie 1988 über Himmelfahrt in Berlin statt, also vom 4.-7.Mai. Neben aktuellen Diskussionen wird das bis dahin erarbeitete Seminarprogramm in Arbeitsgruppen vorgestellt werden.

In Arbeit sind die Themen: Betriebsziele / Betriebsverfassung, Hardware für die Druckvorstufe, Technikfolgen- Abschätzung, Betriebswirtschaftliche Kontrolle und EDV- Einsatz, Organisationsentwicklung, Arbeits- und Umweltschutz.

Für folgende Themen stehen bereits Seminartermine fest:

- Altersversorgungskonzepte für selbstverwaltete Betriebe am 19. und 20. Mai in Berlin.*
- Effektivere Gestaltungen von Betriebsversammlungen durch Moderation. Wochenendtraining mit Gerhard Stey.*

**Teilnahme nur für MitarbeiterInnen aus SV grafischen Betrieben und SV Fahrradläden.*

- Das Seminar zum Thema „Technik des Aufrasterns" kann bei Vorliegen von sechs Anmeldungen zum dritten mal stattfinden. Der Seminartermin wird mit den TeilnehmerInnen verabredet.

Diskussion über Betriebsziele – Treffen in Regensburg und Karlsruhe:

Ausgehend von der Diskussion bei den Frühlingstagen '88 trafen sich im November auf Einladung des Kartenhauskollektivs 23 MitarbeiterInnen aus sechs selbstverwalteten Druckereibetrieben in Regensburg, um die Diskussion über Betriebsziele fortzusetzen.

Die Kolleginnen vom Kartenhaus zeigten uns u.a., wie weit wir in unserem kollektiven Alltag von dem emanzipierten Verhalten entfernt sind, das wir als selbstverständlich ansehen: Mackertum und Unterwürfigkeit bestätigen sich gegenseitig. (Siehe Referat von Ina / Kartenhauskollektiv im Kasten auf dieser Seite)

Als Voraussetzung zur Änderung scheinen gute Vorsätze allein nicht zu reichen.

Was sind die Ziele der SV?

Festgefahren ist die Diskussion wieder an der Frage, was eigentlich Betriebsziele und was mögliche Methoden kollektiver Arbeit sind:

- Ist Einheitslohn, Rotation, Konsensprinzip das eigentliche Ziel kollektiver Arbeit? Oder wird hier aus technischen Lösungen einzelner Fragen ein Fetisch?
- Ist Jede/r, die/der z.B. mit Mehrheitsentscheidungen, ertragsabhängigem Einkommen und Arbeitsteilung den Betrieb organisiert, ein Kapitalist?

Was sind die Ziele, was sind die unabdingbaren Voraussetzungen kollektiven Arbeitens bzw. was definiert kollektives Arbeiten? Für wen arbeiten wir im Kollektiv?

Wie gehen wir untereinander mit Macht und Ohnmacht im gegenseitigen Verhältnis um? Die Konfrontation der altbekannten „Ziele" der SV mit den alltäglichen Machtspielen stellt die Frage, ob nicht diese Ziele an wesentlichen Voraussetzungen vorbei definiert wurden.

(Protokolle und Referate des Treffens können beim Kartenhauskollektiv angefordert werden.)

Diskussion ein unzureichendes Medium!

Für mich wurde bei dem Treffen deutlich: Referate und „freie" Diskussionen sind ein unbrauchbares Instrument zur Bearbeitung der aufgeworfenen Fragen! Was nützt es, wenn ich und andere redegewandte „Macker" uns gut behaupten können?

Rollenspiel und Zukunftswerkstatt, moderierte Diskussions- und Planungsprozesse würden wahrscheinlich weiter führen. Doch überraschend viele KollegInnen wollen von diesem Werkzeug lieber die Finger lassen.

Fortsetzung folgt:

Am 11. und 12. März werden wir auf Einladung der Druckcooperative in Karlsruhe weiter am Thema Betriebsziele und Methoden zu ihrer Verwirklichung arbeiten. Anmeldungen aus selbstverwalteten grafischen Betrieben bitte direkt an die Druckcooperative.

Neuer Namen für den „Verein..."

Nachdem uns der ursprüngliche Arbeitstitel „Verein selbstverwalteter grafischer Betriebe" über war, haben wir uns für einen neuen Namen entschieden: *„transfer* – Kooperation selbstverwalteter Grafischer Betriebe" wird künftig auf unseren Briefköpfen stehen.

Die Kooperation ist inzwischen nicht mehr nur Wunsch, sondern wird in verschiedenen Bereichen von beteiligten Betrieben überregional praktiziert.

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Beratung und Weiterbildung

Constantin Bartning
transfer

Berufliche Weiterbildung und Betriebsberatung gewinnen sowohl im Bereich der konventionellen Wirtschaft wie in den SV-Betrieben zunehmend an Bedeutung.

Ursache sind die schnelle Entwicklung von Märkten und Technologien und in den SV-Betrieben die Probleme, die sich aus der Entwicklung des selbstbestimmten Arbeitens in allen Ebenen der Organisation und sozialen Beziehungen ergeben.

Das Angebot:

Es gibt ein breites Weiterbildungs- und Beratungsangebot. Es ist allerdings unübersichtlich und teilweise von zweifelhafter Qualität. Doch insgesamt liegen erhebliche Erfahrungen in Organisation, didaktischer Gestaltung und nicht zuletzt in der Beschaffung von Zuschüssen vor.

Beim Weiterbildungsangebot ist ein wesentlicher Mangel, daß es sich nicht an relativ homogene Gruppen aus bestimmten SV-Betrieben richten kann.

Die Nachfrage:

Eine Reihe von Branchen selbstverwalteter Betriebe hat Branchenverbände oder regelmäßige Branchentreffen hervorgebracht. Auf dieser Grundlage findet z.T. bereits Weiterbildung statt oder wird vorbereitet.

Wesentliche Vorteile dieser Weiterbildung sind die Homogenität der TeilnehmerInnen und damit die gute Abstimmung von Angebot und Bedarf.

Eine Schwäche ist die geringe Erfahrung in der Organisation von Weiterbildung und die Überforderung durch die Organisation der Inhalte, Moderation, Finanzierung...

Die Integration:

Um diese Probleme zu lösen, haben sich Vertreter von Branchenverbänden und Anbieter von Beratung und Weiterbildung zusammengefunden.

Die AG Beratung und Weiterbildung (Arbeitstitel: AG...ung) will die derzeitigen Schwächen von Angebot und Nachfrage durch die Integration in einen gemeinsamen Planungs- und Vermittlungsapparat überwinden.

Auf den bisherigen Treffen im September '88 und Januar '89 wurde darüber hinaus an „ganzheitlichen" Seminarkonzepten gearbeitet:

Bei der Planung und Durchführung von Seminaren soll neben der inhaltlichen Ebene die Struktur von Abläufen und Entscheidungen ebenso berücksichtigt werden wie die Gestaltung der Kommunikation zwischen allen Beteiligten. Das wird in vielen Fällen Team-Arbeit zwischen inhaltlich Verantwortlichen und Gestaltern von Struktur und Kommunikation erfordern. Zudem wird z.T. eine Weiterbildung der BildungsarbeiterInnen erforderlich.

Diese Weiterbildung will die AG...ung ebenfalls organisieren. Sie fängt bei der Gestaltung der eigenen Treffen an, bei denen mit Moderation, Supervision usw. experimentiert wird.

Erste Schritte

Erste Kooperationen hat es schon gegeben: Seit dem Treffen im September arbeitet Gerhard Stey von der „Werkstatt" in Kassel als Moderator sowohl für den Verbund selbstverwalteter Fahrradläden wie für „transfer" , die Kooperation der SV grafischen Betriebe. Beim Treffen der SV-Fahrradläden im Januar gestalteten Gerhard und Constantin von „transfer" jeweils eine Arbeitsgruppe zur Selbstverwaltung.

Eine Reihe von Seminaren wird künftig gemeinsam von den SV-Fahrradläden und „transfer" angeboten: 19. und 20. Mai über Konzepte der Altersversorgung, 28.-30. Mai ein Moderationstraining.

Zusammen mit IBEK sind Seminare über Organisationsentwicklung geplant.

Interessenten wenden sich bitte an:
transfer (030) 611 68 03 oder Wolfgang vom Energie- und Umweltzentrum (05044) 18 80 oder an Fritz Wartenpfuhl vom ISO (06151) 7 69 28

Kein Referat, sondern das Beschreiben von fiktiven Alltagssituationen in einem fiktiven gemischten Druckereikollektiv.

Jede Ähnlichkeit mit lebenden Personen und bestehenden Kollektiven ist beabsichtigt und nicht zufällig.

1. Frauen und Technik

„Man kann jede Maschine auf jedes Papier einstellen."
Mann vielleicht schon, ich bin erstmal begeistert, wenn ich nicht mehr nachdenken muß, ob eine Schraube links- oder rechtsrum zugeht und mein Ehrgeiz, die Druckmaschine auseinander- und wieder zusammenbauen zu können, ist auch begrenzt. Ich habe aber auch noch nie ein Motorrad zerlegt, hab' aber auch nicht das Bedürfnis danach.

Ist's mir kein Bedürfnis oder bin ich nur zu faul, das zu lernen? Bequemer ist's sicher, um Hilfe zu bitten – und Männer sind ja gerne bereit dazu. – Oder aber ihnen weht gerade der eisige Wind des Emanzipationsgedankens ins Gesicht und sie tragen ihren Teil zur Selbstbestätigung und Selbstfindung der Frauen bei durch ein gönnerhaftes „na, dann denk doch mal nach".

Wie weit geht die Forderung der Männer, die Maschine in ihrer Komplexität „verstehen" zu können? Wie gehe ich damit um? Wie gehen die Männer mit den Grenzen meines Interesses um?

2. Selbsteinschätzung

„Na ja, daß der 4-Farb-Druck gut geworden ist, liegt aber auch daran, daß Emil mir geholfen hat, das Papier die richtige Laufrichtung hatte, das Feuchtwerk nicht gesponnen hat oder, oder, oder...."

Mein Hang dazu, gute Arbeitsergebnisse auf Zufälle zurückzuführen oder bei neuen Aufgaben vorsichtig ranzugehen „eigentlich trau ich's mir ziemlich zu, daß ich's vielleicht schaffe" steht im Gegensatz zu der Haltung der Männer; „kann ich schon, mach ich schon".

Da ich das weiß, bestärkt mich das in der Anforderung an mich selbst, das schaffen zu wollen – mit dem Problem, daß das Eingestehen momentaner Schwierigkeiten z.B. im Umgang mit Maschinen evtl. als Preisgabe meiner Unfähigkeit verstanden wird.

Aber wehe, wenn mich die Lust packt, mir ein Arbeitspensum vorzunehmen und dies zu meiner Befriedigung zu erreichen – die Reaktionen reichen von Spott über den Vorwurf des Konkurrenzverhaltens bis zum Vorwurf der mangelnden Sensibilität für die Grenzen der Maschine.

3. Anerkennung

Natürlich reicht's mir auch nicht, mich selbst durch meine Arbeitsleistung bestätigt zu sehen, sondern ich warte darauf, daß jemand, den ich für kompetent halte, mich lobt.

Ich bin zufrieden, wenn „er" mich lobt, was „ihm" natürlich auch erst mal wieder Befriedigung verschafft.

Wenn ich das merke, was da schon wieder vor sich geht, muß ich halt lernen, die Anerkennung aus mir selbst herauszuholen.

Aus mir heraus und mit mir alleine führt mich mein Weg ins „Jenseits", wo ich mir nach dem 5. Bier gedanklich auf die Schulter klopfe, verbunden mit den Schwierigkeiten der verlangsamten Motorik.

4. Zwischenmenschliches

„Da mußt du halt mal auf den Tisch hauen"
Ich will aber nicht auf den Tisch hauen, ich will zusammen mit Anderen Ideen entwickeln, Gedanken ins Unreine reden können, nicht fertige Meinungen auf den Tisch legen und solange unter Zuhilfenahme von Rhetorik, Lautstärke und Argumenten den Sieger ermitteln oder notfalls einen Kompromiß schließen.

Um die unterschiedlichen Diskussionsstrukturen zur Sprache zu bringen, muß ich allerdings erst mal auf den Tisch hauen – wobei es oft schwierig ist, bei den vielen dort liegenden schweren Gedanken noch einen Platz dazu zu finden.

5. Der Kampf gegen das Patriarchat

Lernbereit sind sie ja schon, die Männer, sie sind geradezu begeistert, wenn sie auf patriarchaische Verhaltensmuster hingewiesen werden – die andere Männer betreffen.

Insgeheim werde ich den Verdacht nicht los, daß es Aufgabe der Frauen ist, patriarchaische Strukturen zu erkennen und anzugehen.

6. Identität und Kreativität

Bei alledem darf natürlich nicht vergessen werden, daß frau **die** Merkmale ihrer Identität behalten muß, die sich als positiv erweisen und von der sich die Männer eine Bereicherung ihrer Persönlichkeit erwarten.

Zusätzlich sind Innovationen technischer und zwischenmenschlicher Art gefragt.

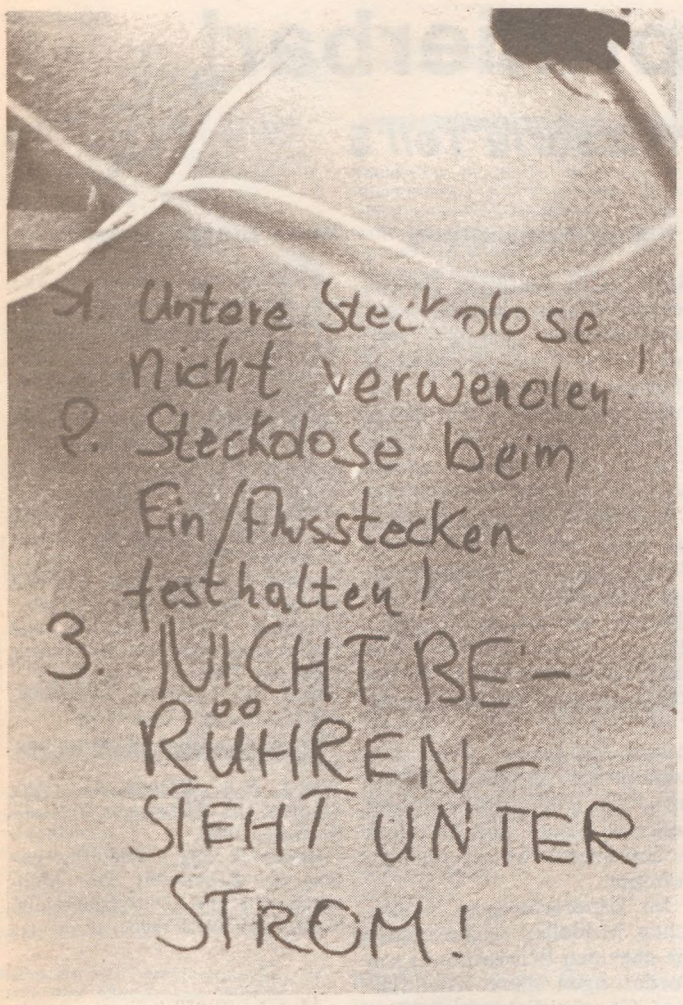
Zusammenfassend:

Es besteht das Dilemma, mit den Maschinen und den „herr"-schenden Auseinandersetzungen umgehen zu können und zu funktionieren, dann erst, nach erfolgter Anerkennung und Akzeptanz können Kritik und eigene Vorstellungen eingebracht werden.

Parallel zu diesem Prozeß muß jedoch herausgefunden werden, wodurch sich die Umgehensweisen von Frauen und Männern unterscheiden, welche Aspekte davon verändert, welche beibehalten und weiterentwickelt werden müssen.

Zu fragen bleibt, inwieweit das für Frauen im Zusammenarbeiten mit Männern überhaupt möglich ist.

ina



Aus: „Zwischenräume"

Elektrokollektive

Da kommen doch nur Waschmaschinenfreaks...

1. Treffen der Elektrokollektive Ende Januar in Lübeck

Red. Heidelberg Es war ja nicht gerade eine Völkerwanderung, die sich da am letzten Januar- Wochenende nach Lübeck in Bewegung setzte. Die Elektrowerkstatt im Pulverhof hatte zu diesem **ersten** ElektrikerInnen-Treffen eingeladen und 8 Betriebe bzw. Projekte kamen. Ob'snoch mehr gibt? Nun, das ist wohl anzunehmen, auch wenn dieser Beruf in Alternativkreisen nicht gerade Mode ist (schließlich riecht diese Arbeit nicht so gut wie die der Holzwürmer). Aber für'serste Treffen dieser Art waren die Erwartungen der Teilnehmer wohl erfüllt worden - insgeheim hatten sich manche gefragt: Kommt außer uns noch jemand? Doch dann wurden es etwa 35 Menschen und die Runde konnte beginnen.

Heinz Jung
Blitzblume Elektrowerkstatt
Augsburg

In drei Arbeitsgruppen wurden parallel alle Themen, die uns interessierten, besprochen und es war schnell zu merken, daß irgendeine praktische Kooperation etwa in wirtschaftlichen Bereichen vorerst hinten anstand. Wichtiger waren die alltäglichen Kämpfe um die kollektive Praxis, war es, einander erst einmal kennenzulernen. Es gab einiges zu staunen, wieviele unterschiedliche Ansätze es allein bei der Lohnfindung gibt. Da gibt's den umsatzabhängigen Leistungslohn, daneben einen Tageslohn, dann einen differierenden Bedarfslohn plus gleich hoher „Konsumpauschale", oder das Grundlohnprinzip plus Leistungslohnaufbesserung. Die „Altersversorgungsvorsorgeabsicherung" (jetzt geht mir gleich die Tinte aus!) war ebenfalls ein wichtiger Punkt: Wie sollen wir das machen bei einem Bruttolohn von 1.000 bis 1.600 Mark? Aber nicht nur wissenschaftliche Themen wie Rechtsform, Einlagen und Werbung wurden beredet, sondern auch inhaltliche Hintergründe: Entstehung eines Betriebs, Ausbildung, Konflikte, Ausstiegsregelung und ökologischer Anspruch.

Fast alle diese Punkte hätten auch mit Kollektiven anderer Branchen besprochen werden können, und doch scheint das Bewußtsein, daß da lauter Elektriker am Tisch saßen, eine Rolle gespielt zu haben: Was da gesagt wurde, war vergleichbar. Und in den Pausen und abends bei der Limo konnten wir nach Herzenslust fachsimpeln, über Kunden und Architektenspleens lästern und die neuesten technischen „Spielereien" bewundern.

Allerdings sind die fachlichen Interessen in zwei „Lager" gespalten: Die Arbeit der Elektroinstallateure, die auf dem Bau arbeiten, unterscheidet sich erheblich von der der Gerätereparateure, die sich mehr in Werkstatt und Kundendienst herumtreiben. So sind die Augsburger Installateure zum Beispiel nicht gekommen, weil sie dachten, „da kommen doch nur Waschmaschinenfreaks" und die Hamburger Gerätereparateure meinten, da wären nur Installateure vertreten. Aus dieser Erfahrung heraus wird das nächste Treffen teilweise nach diesen Bereichen aufgeteilt werden.

Die Lust auf ein weiteres Treffen war nach diesem ergiebigen, aber kurzen Treffen groß. Ein Treffen, für das wir uns mehr Zeit nehmen wollen, denn Themen sind weiß Gott (jenes höhere Wesen, das wir verehren) genug da:

- Austausch über Aufträge (welche wir aus wirtsch., polit., ökolog. Gründen ablehnen – oder doch machen müssen)
- Baubiologische Elektroinstallation (Sinn, Vermarktung,...)
- Kalkulation und Erstellen von Ausschreibungen (z.B. mit Computer)
- Austausch von Verbrauchsdaten, spezielle Macken, Ersatzteilquellen, Schaltpläne ... von Elektrogeräten
- Kundeninfos über Ökologie
- Austausch von KollektivistInnen (mal in einem anderen Betrieb mitarbeiten und ihn so kennenlernen)
- Fortbildung (voneinander lernen)

Das nächste Treffen wird im Sommer '89 im Raum Frankfurt/M stattfinden. Bis dahin werden wir uns nach weiteren Elektrokollektiven auf die Suche machen. (Das können doch nicht alle gewesen sein ...!)

Koordiniert wird dieses Treffen von der Offenbacher Mainwerkstatt:
Ingenieursbüro Thor Wirbelstrom
c/o Mainwerkstatt
Im großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 61 95 od. 86 57 57.

Schreiner

Selbstverwaltung: Projekt Jungbrunnen

11. Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien im Tagungshaus Altenkirchen im Westerwald. 7.,8.,9. April 1989

Red. Südwest Da dieses Treffen zum ersten Mal Ausdruck der beschlossenen neuen Qualität sein soll, hielten wir es von der Vorbereitungsgruppe für notwendig und sinnvoll, vorab ein paar Zeilen dazu zu schreiben.

Unsere Idee war, rückblickend auf die letzten 10 Jahre Selbstverwaltung/Kollektivität einmal darüber zu sprechen, inwieweit unter den Bedingungen des Marktes die Inhalte verloren gehen und was von einem solchen „inhaltsleeren Collectiv" dann noch übrig bleibt...?

Da wir der Meinung sind, daß auch andere etwas Interessantes in unsere Treffen hineintragen können, haben wir uns entschlossen, ein paar ReferentInnen auf's Podium zu holen. Diese sind *Diethelm Damm* als Diskussionsleitung, tätig beim Deutschen Jugendinstitut und Bund Deutscher Pfadfinder, Bereich Jugend- und Bildungsarbeit. *Wolli*, ehemals ASH-Krebsmühle, heute wieder in einem normalen Betrieb als Stukkateur tätig. Sein Weggang in der Krebsmühle war unter anderem verbunden mit Kritik an Strukturen und persönlicher Ökonomie in Großcollectiven. *Gabriele Herbert* kann über verschiedene Selbstverwaltungssysteme in Jugoslawien, Spanien und Großbritannien berichten und ist Autorin des Buches „Arbeiter/innenselbstverwaltung in Jugoslawien". Last not least *Jacob Moneta*, ehemaliger Chefredakteur der „Metallzeitung", beteiligt am Aufbau der sozialistischen Kibbuze der GründerInnenzeit Israels und scharfer Kritiker der veränderten Inhalte im heutigen Israel, die er als Kollision mit den früheren sozialistischen Ideen der Kibbuzim empfindet.

Die ReferentInnen werden Freitag schon anwesend sein, um sich auf das Wochenende etwas einzustimmen. Daher sollte die Anreise freitags gegen 20 Uhr abgeschlossen sein. Samstags ist Podium und später evtl. Vertiefung in Arbeitsgruppen geplant. Der Sonntag ist Eigeninitiativen und Tagungskritik vorbehalten.

Da beschränkt Plätze zur Verfügung stehen, und das Haus verbindliche Anmeldungen braucht, bitte ab sofort anmelden bei:
HandwerkerInnengenossenschaft
Verbindungskanal, Linkes Ufer 20-24
6800 Mannheim

Spendenaufruf

Lebensprojekt braucht Eure Hilfe

Aufruf zur Solidarität

Red. Kommunen. Zum Jahreswechsel war es soweit, die Gemeinde Lutter am Barenberge will die unbeugsamen Bewohner auf der Burg Lutter endgültig loswerden. Loswerden will sie ein Projekt, in dem seit fast 8 Jahren das gemeinsame Lieben, Wohnen und Arbeiten Wirklichkeit ist. Immer war die Kommune, die sich selbst „Lutter Gruppe – Werkstätten und kommunikative Einrichtungen" nennt, Stein des Anstoßes in der CDU- verwalteten Gemeinde.

Der konkrete Anlaß: Die Gemeinde führte einen Zwangskanalanschluß durch. Obwohl die Bewohner des Projektes schon lange für ökologisch sinnvollere Klärmethoden (Wurzelraum-, Pflanzenkläranlage) kämpften, schloß die Gemeinde trotz aller Einsprüche, die Burg dennoch an.

Jetzt wurde der Lutter Gruppe die Rechnung serviert: 130.000 DM. Dazu die Gruppe: „Diese Summe ist außerordentlich hoch. Die Gemeindeverwaltung läßt klar erkennen, daß sie diese Forderung als politischen Druck gegen uns verwendet. Und mit diesem Mittel geht sie uns hart an. Wir haben das Geld natürlich nicht auf unserem Bankkonto. Die anfänglichen Schulden durch den Kauf dieser Anlage sind fast abgetragen, so daß uns diese Belastung wieder um Jahre zurückwirft."

Als Prinzip gilt die volle – auch finanzielle – Verantwortung für alles durch jedes einzelne Mitglied des Projektes. Deshalb ist dieses Projekt als BGB-Gesellschaft und nicht als Verein oder GmbH konstituiert. Eine Kreditaufnahme belastet die Gruppe mehr als andere. Daneben kommen politische Gesichtspunkte: „Jede Verpflichtung der Bank gegenüber wird mit politischer Ruhe bezahlt!! Jede bankmäßige Verschuldung erschwert massiv die Entwicklung anderer Lebensmodelle!!"

Die „Gruppe Lutter" braucht Hilfe von anderen Projekten und Personen. Sie bittet um Spenden und Darlehen. So daß zumindest ein Teil der Summe nicht über einen Bankkredit aufgebracht werden muß. Als Sicherheit könnte „Grund und Boden" dienen und je nach Bedarf als konkrete Hypothekensicherung Verwendung finden.

Von der „Lutter Gruppe" gingen und gehen wichtige Impulse für die bundesdeutsche Kommunebewegung und für die Selbstverwaltungsszene Südniedersachsens aus. Wenn es der Gemeinde gelingen sollte dieses Projekt durch einen einfachen Verwaltungsakt zu kippen, hätte dies bestimmt Konsequenzen, die weit über den Ort hinausgehen. Lassen wir es nicht soweit kommen.

Für Spenden steht folgendes Konto zur Verfügung: Rita Kühn, 3372 Lutter am Barenberge, auf der Domäne, Postscheckkonto Ffm Nr. 354207/605. Rückfragen bei den Frauen und Männer der Gruppe Lutter: Tel. (05383) 1448

Anzeige

schwarzer faden
★
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.30
★ **Gentechnologie-Kongreß** von Jutta Hackland
★ **Antifa-Kongreß** - Nov.88 in Berlin v. Anarch. Forum Wiesb.
★ **Generalstreik in Spanien** - zwei Erfahrungsberichte
★ **Euopäische Medien** von Herby Sachs
★ **Schwerpunkt Zeitschriften** - zu Knipselkrant/frontline, zur AKTION, Interview mit INTERIM, BGH-Urteil zu Buchläden
★ **Räterepublik 1919** von Michael Seligmann
★ **Über den italo-amerikanischen Anarchisten Tresca** von Jörg Auberg
Außerdem: Ein kritisch kommentiertes Interview mit einem israelischen Anarchisten; Brief Ingrid Strobls, Kulturbeiträge über Gerd Arntz und Else Lasker-Schüler, Bericht vom letzten FLI-Treffen, Veranstaltungsbericht zu Deserteuren, neue Bücher und Videos LeserInnenbriefe etc.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernr. Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12: 10.-DM
ABO: 20.-DM
Förderabo: 50.-DM
★
Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

Anzeige

Die Lage in El Salvador spitzt sich zu: Spendet für das Waffenkonto! Verbreitert die Kampagne, z.B. durch massenhaften Einsatz des obigen Plakats!
Farbe: rot/schwarz, Format: DIN A3 (DM 0,20 /St.) u. DINA2 (DM 0,60 /St.)
Zu bestellen bei: Lateinamerika-Komitee, c/o CONTRASTE, Pf. 104520, 6900 Heidelberg.
Mindestabnahme 50 St., Paket- u.Verpackungspauschale DM 5,-.
Bitte legt der Bestellung Schein(e) bzw. Briefmarken bei oder überweist im voraus auf Konto 205689-759, Postgiroamt Karlsruhe, Norbert Schön, Lateinamerika-Komitee Heidelberg

Anzeige

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Zündstoff für neue Diskussionen:

Medien und Bewegungen - Bewegungen und Medien Heft 1/89
Alternativökonomie zwischen Utopie und Realität Heft 2/89
Institutionalisierung von Neuen Sozialen Bewegungen Heft 3/89
Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 4/89

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. Viermal pro Jahr auf 76 Seiten.

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 35,– gegen Rechnung)
☐ Einzelexemplar Nr. ____/89 (DM 9,70 per Scheck oder in Briefmarken)
Einzelexemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,70 per Scheck oder in Briefmarken)
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB
☐ Parteien und NSB

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum *Unterschrift*
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum *Unterschrift* 02/89

Coupon einsenden an: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

Die Staatsschule ist nicht reformierbar!

Libertäre Alternative zur Regelschule – Anarchismusserie Teil 5

Red. Kassel Anarchismus ist die Idee vom herrschaftslosen Leben. Damit steht er im Gegensatz zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, die auf Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung fußt. Jedem Kind werden schon im frühesten Alter diese althergebrachten gesellschaftlichen Normen in der Kleinfamilie, in Kindergarten und Schule eingeimpft. Deshalb ist es nur konsequent Alternativen – radikale Alternativen – zur etablierten Erziehung zu entwickeln.
Der folgende Artikel von Ulrich Klemm beschreibt die Geschichte anarchistischer Bildungspraxis. Interessant ist, wie viele Modelle durchaus erfolgreich waren. Dabei geht er auch auf das Verhältnis von libertärer Bildung und Erziehung einerseits und Selbstverwaltung andererseits ein. Denn libertäre Bildung ist ohne Selbstverwaltung nicht libertär und umgekehrt ist Selbstverwaltung im großen Rahmen nicht verwirklichbar, wenn die Erziehung von Heranwachsenden nicht unter libertären Gesichtspunkten geschieht.

Ulrich Klemm

Wider die Knechtschaft

Anarchismus als libertärer Sozialismus und Bestandteil der sozialen Reform- und Revolutionsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts prägte in den letzten 100 Jahren eine eigene politische Kultur, bei der die Frage nach Bildung und Erziehung stets eine wichtige Rolle spielte.

Dieser Aspekt des Anarchismus wurde nach 1945 in der Bundesrepublik sowohl bei seiner erfolgten Rezeption als auch in der neu entstandenen anarchistischen Bewegung vernachlässigt und kaum thematisiert.

In unserem Zusammenhang mit Pädagogik soll Anarchismus als eine *libertäre Organisationstheorie* definiert und vor dem Hintergrund der politischen Forderung nach einer herrschafts- und gewaltfreien sozialen Ordnung gesehen werden.

Der von Anarchisten kritisierte 'Staatlichkeitswahn', der viele gesellschaftlichen Bereiche maßgeblich bestimmt, ist Ausdruck einer *Institutionenkritik*, die auch zum Ausgangspunkt anarchistischer Schulkritik wird.

Ortsbestimmung

Es ist deshalb nicht verwunderlich und auch nur konsequent, wenn sich Anarchisten mit dem Thema Schule befassen – liegt doch hier eine Tradition von Knechtschaft vor, die zu allen Zeiten spürbar wurde.

In Paris traf sich 1898 das internationale anarchistische Komitee mit der Absicht, Perspektiven libertärer Bildungsstrategie und -kritik zu diskutieren. U. a. trafen sich hier Peter Kropotkin, Elise Reclus, Louise Michel und Charles Malato.

Dieser Kongreß war der erste seiner Art im anarchistischen Lager, um Anschluß an die damals beginnende internationale reformpädagogische Diskussion zu bekommen; andererseits konnten jedoch nur allgemeine Thesen formuliert werden, die mehr oder weniger den kleinsten gemeinsamen Nenner eines anarchistischen Bildungsprogramms bilden sollten.

Die dabei diskutierten Elemente einer *allseitigen, rationalen, koedukativen und freiheitlichen* Bildung als Kontrapunkte zur gängigen Pauk- und Drill-Pädagogik wurden zur pädagogischen Parole künftiger libertärer Schulkritiker.

Freiheit und Erfahrung

Jedoch bereits vor diesem Pariser Treffen finden wir in der Geschichte der anarchistischen Bewegung pädagogische Experimente.

Beispielsweise die im pädagogischen Sinne äußerst fruchtbare Phase L.N. Tolstojs von 1859 – 62, wo er nicht nur ausgedehnte Bildungsreisen zur Erkundung des westeuropäischen Bildungssystems unternahm (1860/61), eine eigene pädagogische Zeitschrift, 'Jasnaja Pojana', gründete (1861/62), sondern auch eine Schule auf seinem Gut Jasnaja Poljana unterhielt, die als Vorläuferexperiment reformpädagogischer Schulpraxis aus den 20er Jahren unseres Jahrhunderts und heutiger Alternativschulen zu sehen ist. In seinen damals erschienenen Aufsätzen und Abhandlungen zu pädagogischen Fragen arbeitete er die Elemente *Freiheit* und *Erfahrung* als zentrale Bedingungen von Bildungsprozessen heraus. Dabei lehnte er direkte und vorsätzliche Erziehungsmaßnahmen als Zwang kategorisch ab und sprach sich für ein unabhängiges Bildungssystem aus, das wir heute als ein Konzept „beiläufiger Erziehung", d.h. entschulter und nichtinstitutionalisierter Bildung bezeichnen können.

Ein relativ unbekannt gebliebenes Schulmodell bestand zwischen 1880 und 1894 in Cempuis, ca. 100 Kilometer von Paris entfernt, wo der Anarchist und Pädagoge Paul Robin ein Waisenhaus leitete.

Mehr noch als Tolstoj verwendete Robin jene pädagogischen Elemente, die später für Anarchisten und Schulkritiker so typisch wurden: *Unterricht in der freien Natur, Gruppenarbeit, gegenseitige Hilfe, selbstverantwortliches Lernen* und vorallem das Primat des *ganzheitlichen Lernens*.

Vor dem Hintergrund dieser angedeuteten historischen Modelle kann festgestellt werden, daß – zumindest in Deutschland – der pädagogische Anarchismus derzeit vorwiegend in der Geschichte lebt, keine Kontinuität besitzt und auch über kein geschlossenes Theoriegebäude verfügt, an dem heute angeschlossen werden könnte. Seine pädagogische Praxis ist ebenfalls eine vergessene Randerscheinung in der deutschen Schulgeschichte.

Aktueller Bezug

Wenn man jedoch heutige radikale schulkritische Ansätze verfolgt und mit libertären Konzepten der Vergangenheit vergleicht, findet man hier auffällige Berührungspunkte – z.B. in der derzeitigen Alternativschulbewegung –, die eine libertäre Kritik an der Staatsschule aktuell machen.

Zu den bekanntesten Vertretern einer neuen Generation libertärer Schulkritiker zählen die nordamerikanischen Alternativpädagogen aus den 60er Jahren wie Paul Goodman, George Dennison oder John Holt, die sich ausdrücklich dem Anarchismus verpflichtet fühlen und heute zu neuen Klassikern alternativer und antistaatlicher Schulpädagogik geworden sind.

Während sich John Holt vorwiegend auf lernpsychologische und antipädagogische Analysen konzentriert und George Dennison mit seiner „First Street School" (1964/65 in New York) den Praktiker einer neuen Alternativschulgeneration verkörpert, war es vor allem Paul Goodman, der mit seiner grundsätzlichen Kritik am Schulsystem weltweit eine Renaissance libertärer Pädagogik einleitete.

Für Goodman ist Alternativpädagogik und Schulkritik zunächst das Instrument gegen ein erstarrtes Bildungssystem und Ausdruck einer politischen Bewegung.

Verhängnis Schule

Goodman spricht vom „Verhängnis der Schule" als einem Zustand planmäßiger und parapädagogischer Unterrichtung mit dem primären Ziel, Arbeitslosigkeit zu verzögern, zu verhindern und die gewünschte Ordnung aufrecht zu erhalten.

Den in diesem Zusammenhang kritisierten Schulkasernen, die sich letztlich für ihn nur durch subtilere Methoden der Gewalt (Stichwort strukturelle Gewalt) vom Prügel-Schulsystem des 19. Jahrhunderts unterscheiden, setzt er eine „beiläufige Erziehung" entgegen, wie sie exemplarisch von G. Dennison verwirklicht wurde und sich für Goodman durch folgende Perspektiven auszeichnet: „Ich denke
(1) beiläufige Erziehung (durch Beteiligung an dem, was in der Gesellschaft geschieht) sollte das Hauptmedium des Lernens sein;
(2) die meisten High Schools sollten abgeschafft werden, Jugendgemeinschaften anderer Art sollten deren soziale Funktion übernehmen;
(3) die College-Ausbildung sollte dem Eintritt in den Beruf nicht vorausgehen, sondern danach erfolgen;
(4) die Hauptaufgabe der Erzieher müßte es sein, dafür zu sorgen, daß in allen Bereichen der Gesellschaft beiläufiges Lernen ermöglicht wird. Gegebenenfalls sollte die Gesellschaft neue sinnvolle Betätigungsfelder mit neuen erzieherischen Möglichkeiten schaffen;
(5) das Ziel der Grundschulpädagogik sollte es sein, bis zum Alter von zwölf Jahren die freie Entwicklung des Kindes zu schützen und zu fördern, weil der von Gesellschaft und Familie ausgeübte Druck zu groß ist, als daß das Kind ihm aus eigenen Kräften widerstehen könnte". (Erziehung – Zwangssache oder Freiheit. Meppen 1978, S.21/22)

Dieses Konzept einer „beiläufigen Erziehung" wurde ab den 60er Jahren implizit und explizit in die Tat umgesetzt. Neben der First Street School in New York (siehe Kasten) soll in diesem Zusammenhang als Beispiel auch auf Kommune- Projekte verwiesen werden, in denen vielleicht am idealtypischsten die Idee von Bildung und Erziehung in Selbstbestimmung und Freiheit realisiert werden konnte.

Für die libertäre Kommune „Springtree" in Virginia (USA; 1971: 2 Häuser, 14 Erwachsene, 10 Kinder) beschreibt Walter Archeion Moritz die Struktur der Lernmöglichkeiten folgendermaßen:
„Die Kinder zeigen schon in frühem Alter große Selbständigkeit und Mitverantwortung. Sie genießen einerseits unbeaufsichtigtes Spiel auf dem geräumigen Kommunegelände und sind andererseits an den Verpflichtungen im Haus, Garten und auf dem Feld mitbeteiligt. Die 12 jährige Susi pflegt die Kaninchen und die 13 jährige Sandy füttert die Hühner und sammelt die Eier ein.

Die kommuneeigene Schule, die die Kinder schon vom 3. Lebensjahr an besuchen, findet in einem riesigen Wohnwagen statt. Schülerlexikas, Lesebücher, ein Mikroskop, Landkarten, Scheren, Papier, Farben usw. stehen für die selbständige oder angeleitete Arbeit zur Verfügung. Bei alledem ist die Teilnahme am Unterricht freiwillig.

Gewöhnlich lernen die Kinder in Kleingruppen oder im Einzelkontakt mit dem Lehrer. Jean, der das antiautoritäre Schulprojekt leitet, erzählt aus seinen Erfahrungen: 'Wir zwingen die Kinder nicht, in die Bücher zu schauen und lesen zu üben. Es dauert manchmal eine Zeitlang, bis sie wirklich Interesse dafür gewinnen. Dann aber lernen sie in 14 Tagen mit Eifer so viel, daß sie schon die einfachen Bild-Text-Bücher lesen können. Und oft löst der Lernerfolg eines Kindes eine Kettenreaktion bei den anderen aus.' Das Lernen hört nicht mit dem Verlassen der Schule auf, sondern setzt sich mit den vielen Anregungen und Aktivitäten auf der Farm fort."
(Die Utopie hat begonnen. Alpen 1979, S. 45)

Selbstverwaltung

Ähnliche Projekte für die Gegenwart finden wir auch in der kalifornischen Schule „Walden", die in den 50er Jahren als libertär-pazifistisches Bildungsprojekt gegründet wurde und bis heute ihr anarchistisches Profil nicht verloren hat (vgl. D. Koven: Walden. In: TRAFIK 29/88, S. 5-16). Auch die 1971 von F. Fernandes Cortes initiierte Schulkooperative „Escuela Viva" in der spanischen Kleinstadt Orellana (Provinz Extremadura) ist in diese Traditionslinie zu stellen (vgl F.F. Cortes: Die Escuela Viva. Werdorf 1979). Bei all diesen Beispielen spielt das Prinzip der Selbstverwaltung ein große Rolle und wird von Lehrern, Eltern und Schülern in besonderer Weise ernst genommen.

Im Unterschied zu historischen Modellen (siehe oben), die eher den Schwerpunkt auf Forderungen nach Koedukation, Ganzheitlichkeit und Rationalität legten, sind es heute ganz andere zentrale Elemente. Es geht um Modelle jenseits institutionalisierter Bildung, in denen ein neues Verhältnis von Lernenden und Lehrenden erprobt und realisiert wird. Die Schule als Lernort wird wesentlich deutlicher in Frage gestellt.

Selbstverwaltung wird zum pädagogischen Programm und zwar im Sinne eines neuen „pädagogischen Bezugs", der aus dem Lernenden kein Schülerobjekt für den Lehrer macht. Dem Schüler, d.h. dem Lernenden, wird die Freiheit und das Recht auf Verweigerung von Bildung zugestanden.

Die Perspektive: Lernen in Freiheit

Ohne an dieser Stelle ein umfassendes Resumee ziehen zu können, seien folgende Thesen als libertäre Perspektive zur Diskussion gestellt:

- Am Beginn einer Alternativschulinitiative steht kein fertiges Konzept, nach dem gelehrt und gelernt wird. Die Entwicklung einer Gegenschule hängt in besonderem Maße von der 'inneren' Entwicklung ab, d.h. inwieweit ein Lern- und Erfahrungsprozeß bei Schülern, Lehrern und Eltern zugelassen wird, der zum gemeinsamen Ausgangspunkt für eine Schulordnung werden kann.
- Eine Alternativschule darf und soll keine pädagogische Insel werden. Nur wenn sie sich zum Alltag hin öffnet, wenn schulisches Lernen mit Alltagserfahrungen verbunden wird, ist ein emanzipatorisches und exemplarisches Lernen möglich – und damit auch ein alternatives zur Staatspädagogik.
- Der Schüler soll nicht zum Objekt von Didaktik und Weltanschauung werden, sondern Akteur, der Ziele und Umfang von Bildung und Erziehung wesentlich bestimmt.
- Alternative Schulen stellen oftmals den Versuch dar, gegen den Zugriff des Staates auf Bildung und Erziehung zu wirken: Es geht um die Rekonstruktion des Zusammenhangs von Lernen und/in Freiheit angesichts zunehmender Bürokratisierung und Okkupation durch Dritte.

Neuere Literatur zum Thema:

Anarchismus & Bildung. Schriften zur libertären Pädagogik. Ulrich Klemm,(Hg) Ulm 1986ff (bislang drei Bände)
Baumann, H.; Klemm, U.; Rosenthal, Th. (Hg.): Geschichte und Perspektiven anarchistischer Pädagogik (Werkstattbericht Pädagogik, Bd.I). Grafenau 1985
Baumann, H.; Klemm,U. (Hg.): Anarchismus und Schule (Werkstattbericht Pädagogik, Bd.II). Grafenau 1988
Borgius, W.: Die Schule - Ein Frevel an der Jugend. Freiburg 1981
Grunder, H.-U.: Theorie und Praxis anarchistischer Erziehung. Grafenau 1986
Peters, D.: Libertäre Alternative zur Staatsschule. Ulm 1988
Tolstoi, L.: Über Volksbildung. Berlin 1985
Wittig, H.E.; Klemm, U. (Hg): Studien zur Pädagogik Tolstois. München 1988
Heimrath.J. (Hg.): Die Entfesselung der Kreativität. Das Menschenrecht auf Schulvermeidung. Wolfrathshausen 1988

George Dennison: Die First Street School New York (1964/65)

„Wir hatten keine Verwaltung. Wir waren klein und brauchten keine. Die Eltern zeigten sich schließlich auch damit einverstanden. Sie konnten sich selber ein Urteil über die Fähigkeiten der Lehrer bilden, und ihre Kinder auch – durch den spezifischen Akt des Lernens. Die Erfahrungen, die die Eltern in der Vergangenheit mit Schulverwaltern gemacht hatten, waren einheitlich schlecht gewesen – und der Beweis, daß es auch so ging, lag auf der Hand: Die Kinder waren glücklicher und lernten dabei. Und was die Kinder angeht, so sehnten sie sich nie nach einer Verwaltung.

Wir gaben keine Zeugnisse. Wir kannten jedes Kind, kannten seine Fähigkeiten und seine Probleme und die Begleitumstände seines Heranwachsens. Dieses Wissen ließ sich nicht auf kleinen Kärtchen festhalten. Die Eltern kamen – wieder – zu dem Schluß, daß sie damit einverstanden waren. Es verminderte die nicht zu bewältigenden Sorgen in ihrem Leben, denn Zeugnisse hatten ihnen noch nie viel bedeutet außer einem vagen Gefühl eines *Problems* oder einer vagen Bestätigung, daß alles in Ordnung sei. Wenn sie wissen wollten, wie ihre Kinder vorankamen, fragten sie einfach die Lehrer.

Wir gaben keine Klassenarbeiten, oder jedenfalls nicht, wie sonst üblich, als Wettbewerb. Es war wichtig, sich darin auszukennen, was die Kinder wußten, doch viel wichtiger war es, sich darin auszukennen, *wie* jedes Kind wußte, was es wußte.

Unsere Räumlichkeiten waren bescheiden. Die Kinder kamen in ihren zerrissenen Spielkleidern zur Schule. Doch wie sollen Kinder spielen, ohne sich schmutzig zu machen? Unser Standard der Ungepflegtheit war genau richtig. Wir brachten den Kindern Achtung und Gerechtigkeit entgegen. Ich will damit nicht sagen, daß wir nie wütend wurden und sie nie anschrien (und sie uns nicht). Ich will nur sagen, daß wir den Stolz des Lebens ernst nahmen, der den Jungen eigen ist – sogar den ganz Jungen. Wir zwangen sie nie zu etwas, was die ihnen zustehende Unabhänigkeit verletzt hätte. Sowohl die Eltern als auch die Kinder stellten fest, daß sie damit restlos übereinstimmten." (aus: Lernen und Freiheit. Frankfurt 1971, S.9)

Anzeige

UBIK
UMZÜGE
Beiladungen
nah + fern
ASH Mannheim 06 21 / 273 58
ALAN Reutlingen 07121 / 30 09 68
EBERL Kassel 0561 / 683 29
AVANTI Berlin 030 / 612 20 44
HUCKEPACK Hamburg 040 / 390 52 53
Umzugs-Betriebe in Kooperation

Jobs

Feuerland GmbH sucht **Landschaftsgärtner** und **Schreiner**, beide möglichst Meister.
Feuerland GmbH
Postfach 13 29
Handelsstr. 22
6904 Eppelheim/b. Heidelberg
☎ (06221) 76 80 21

Gärtnerin für Projektgründung im GaLa-Bau südlich von Bremen gesucht.
Thomas Hombergs
☎ (04271) 33 17

Fahrradladen Radschlag – Selbstverwalteter Betrieb – sucht neues Kollektivmitglied.
☎ (0421) 70 41 05
Bremen

Selbstverwaltetes Projekt in Hannover sucht zu sofort eine(n) **Teamer(in)** für die außerbetriebliche Ausbildung zum Elektroinstallateur.
☎ (0511) 700 05 40

Selbstverwalteter Betrieb sucht **Mitarbeiterin** für **Ökolog. Baustoffhandel** – Verkauf, Ladenorganisation, Kundenwerbung, Marketing, Vorwissen in handwerkl. oder betriebswirtsch./verkaufstechnischer Richtung erwünscht, späterer Einstieg angestrebt. Schriftliche Bewerbung an: Glasbau GmbH
Alexanderstr. 69
5100 Aachen
☎ (0241) 2 92 48

Offsetdruckerei bei Frankfurt sucht ab sofort qualifizierte MitarbeiterInnen für die Bereiche
- **Druck** (bis Format A1, 2- Farben-Perfector)
- **Büro** (Organisation, Kalkulation, Rechnungswesen usw.)
- evtl. **Repro/Montage**

Wir sind eine eigenständige GmbH in Selbstverwaltung (z.Zt. 4 Männer & 3 Frauen). Die Druckerei bildet zusammen mit zwei weiteren Firmen eine Unternehmensgemeinschaft mit Schwerpunkt Umweltschutzpapier.
Bei Interesse: ☎ (06171) 7 80 81 anrufen (9.30 – 17.30 Uhr) und Termin vereinbaren!

Wir suchen eine/n Mitarbeiter/in für unsere Verkaufsabteilung. Voraussetzungen: mehrjährige kaufm. Berufserfahrung, Maschinenschreiben, Bereitschaft zu EDV-Arbeit (Erfahrung im Naturkostbereich wäre vorteilhaft), Einstellungstermin zum 15.4. oder 1.5.89. Schriftl. Berwerbung an:
Fa. Kornkraft e.G.
Westpreußenstr. 32
4150 Krefeld 12

Selbstverwaltete Gaststätte in Göttingen sucht für sofort (Allein-)Koch/-Köchin als Vollzeitkraft. SALAMANCA Gartenstraße 21 b, ☎ 0551/58814 (ab 18.00 Uhr).

Gesucht IngenieurInnen der Fachricht. Nachrichtentechn, Techn. Informatik, Elektrotechn. mit ca.3 Jahren Berufserfahrung, die den Drang zum freien Unternehmertum verspüren und diesen auch noch in selbstverwalt. Strukturen im Raum Stuttgart ausleben wollen! Es wäre von Vorteil, wenn man/frau sich schon über so ein Vorhaben Gedanken gemacht hätte (Eigenkapital ist notwendig). Das Vorhaben startet im Juli 1989, es besteht aber die Möglichkeit später einzusteigen. Die vorhandenen Räume reichen für max. drei Menschen, sind aber im Gebäude erweiterbar.
Jürgen Kemmler, 0711/571655 (abends)

Kontakte

Stotter-Krüppel, psychisch labil, mit 32 noch bei den Eltern wohnend, kein Rückgrat, zwei linke Hände, kein Führerschein, 1.300 DM Einkommen, sucht Frau, die ihm etwas Stärke verleiht.
Uwe Müller
Neißerstr. 12
4030 Ratingen

Jobsuche

Kaufmann, 34 Jahre, Erfahrung in Buchhaltung, EDV-Erfahrung, gute Schreibmaschinenkenntnisse, Führerschein Klasse 3 seit 1974, belastbar, flexibles und selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht bundesweit Arbeitsstelle. Auch gern branchenfremd. Zuschriften erbeten unter
Frank Müller
Weinbrenner Str. 11
6600 Saarbrücken

Kaufmann (38) z.Zt. Hausmann sucht sinnvolle Arbeit im EDV- Bereich. Kenntnisse in Assembler u. Cobol unter BS2000 und Sinex.
Norbert Walter
Wickingstr. 15
4350 Recklinghausen

Reisen

Aktiv Urlaub auf der Insel Zakynthos in Griechenland. Wir bieten Ihnen: Spezielle Natur-Reisen, Sprachkurse, Fotografie- und Theaterworkshops, Malkurs im Freien, Ferien auf dem Bauernhof.
Iakynthos-Reisen
Dennisstr. 61
8500 Nürnberg 80
☎ (0911) 26 86 75

Mit Fahrrad und Bus ins Ausland

Urlaub mit dem Rad wird immer beliebter, doch wie transportiert man sein Fahrrad ins Ausland? Mit der Bahn ist die grenzüberschreitende Mitnahme nicht möglich; das Voraussenden des Rades gilt als sehr beschädigungsanfällig. Deshalb gibt es jetzt den ADFC-Fahrrad-Bus mit einem Spezialanhänger, worin bis zu 42 Fahrräder sicher transportiert werden. Die Radler reisen in einer Nacht zu ihrem Ferienziel und können wochenweise wieder zurückfahren. Das Angebot ist nicht nur für Individualreisende gedacht; an einigen Orten kann man auch an Camping- oder Hoteltouren teilnehmen. Fahrradbusse fahren von 15 deutschen Städten nach Skandinavien, Frankreich, Italien und Ungarn.
Ausführliche Unterlagen – auch über weitere ungewöhnliche Fahrradtouren – können gegen einen frankierten und adressierten Rückumschlag (Langformat) bei der Servicegesellschaft des Allgemeinen Deutschen Fahrrad- Clubs (ADFC), Velomobil, Postfach 107744, 2800 Bremen 1, angefordert werden.

Sonstiges

Neues Programm der „Kurve" erschienen. Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion in Wustrow (Lüchow- Dannenberg) führt wieder eine Reihe von Seminaren zu Themen aus der Ökologie- und Friedensbewegung durch. Das neue Programm für das erste Halbjahr 1989 kann angefordert werden bei der „Kurve Wustrow"
Kirchstr. 14
3135 Wustrow
☎ (05843) 5 07

Behinderten/„Nichtbehinderten"-WG, Familien mit behinderten Kindern, Alleinerziehende mit behinderten Kindern. Als Projekt in 2-3 Jahren, das sich weitgehend selber trägt. Zwei geniale Krüppel (der eine Spastiker und Rollstuhlfahrer (33), der andere stottert situationsbedingt stark oder weniger (32)) wollen jetzt hier in Solingen alleine den Start wagen, wenn eine geeignete Wohnung gefunden ist. Das Kennenlernen, die Vorgespräche müssen heute begonnen werden. Ihr könnt uns gerne anrufen, wenn Ihr am Telefon die Geduld habt zuzuhören (bei mir Eugen dauert es auch länger, bis ich ans Telefon gefahren komme mit dem Rollstuhl und Ihr auch nicht meint, was denn mit mir sei, ob ich gesoffen habe wegen meiner Sprechweise...), bei mir Uwe ist das mit dem Stottern, wie schon gesagt, vom stressigen Tagesgeschehen abhängig.
☎ 0211/7498283 (Eugen), 02102/473856 (Uwe) bei Bereitschaftsdienst 0212/18639.

Andreas (Redaktion Südwest) grüßt die Wanderbäckerei Weber.

Wohnen

2 Erw., 1 Kind (3,30,33), suchen im Bremer Umland Wohnprojekt, Hausgem., Whg. Auch Hauskauf möglich. Wir arbeiten im Naturkostbereich.
Marlies Martensen
Lilienthalstr. 18
1000 Berlin 61
☎ (030) 693 55 13

Verkäufe
Grafische Betriebe

Verk. **Druckerei:** Heidelberger Tiegel, 2R40 SY, R30 u. R20 mit Pudereinr., Reprokamera, Kopierrahmen usw.
☎ (030) 65 38 10

Letzte Möglichkeit zum Einstieg!!!!!

BUNTE SEITEN
Frühjahr/Sommer '89

Für die 203 NeuabonenntInnen, die CONTRASTE seit Erscheinen der BUNTEN SEITEN im November '88 erhalten und für alle AltabonenntInnen und Neugierige:

Die BUNTEN SEITEN, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft der BRD, West- Bärlin, Österreich und der Schweiz, aktualisiert und erweitert, werden wieder jeder Mai-Ausgabe beiliegen...

Da wir in dieser CONTRASTE-Service-Beilage einen möglichst vollständigen Überblick über den selbstverwalteten / selbstorganisierten Status Quo geben wollen, bitten wir alle, die bis jetzt noch nicht vertreten sind oder deren Anschrift sich geändert hat, sich umgehend bei **CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1** zu melden. Östereichische LeserInnen wenden sich an **Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.**

Adresseneinträge sind kostenlos – na logisch! Alle SchlaumeierInnen, die sich darüber hinaus darstellen wollen, zahlen einen **BUNTESEITENEXTRASONDERRABATT von 50 % des normalen Anzeigenpreises.** Das sind lächerliche 1 DM pro Spalte und Millimeter. Die BUNTEN SEITEN sind nur aufgrund des Anzeigenvolumens für uns finanziell tragbar. Ein Fuffi oder Hunni investiert in die BUNTEN SEITEN bedeutet Werbung für die Selbstverwaltung und unterstützt die Vernetzung der Szene.

Selbstverwaltete Ausbildungsbetriebe bitten wir um einen Vermerk, in welchen Berufen ausgebildet wird.

Redaktionsschluß ist der 20.03.1989!!!!!

Exemplare der letzten BUNTEN SEITEN (Nov. 1988) können zu 5 DM in Briefmarken angefordert werden bei:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Anzeige

Thomas Noetzel / Horst-Dieter Zahn (Hg.)
DIE KUNST DES MÖGLICHEN...
Neokonservatismus und industrielle Kultur
1989, 220 S., br., DM 19,80, ISBN 3-924800-41-3

SP-Verlag
Schüren
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg

Abschalten, aufhören, aussteigen!

D. Fischer, K. Ness, M. Perik, C. Schröder (Hg.)
ATOMMÜLLENDLAGER
SCHACHT KONRAD
1989, 168 S., br., 19,80 DM
ISBN 3–924800–39–1

Leserbriefe

Warum Europa abgeschafft werden sollte

Teufel und Schwachsinn mit Europa. Es nervt, daß hier und da nur noch über Europa geredet wird. Selbst alternative MedienmacherInnen steigen nun mittlerweile in die Diskussion um ein „Europa" der Zukunft drauf. Die mehr bürgerlichen „Mit"- streiterInnen unter ihnen meinen, es gäbe positive Fortschritte, die mehr kritischen „StreiterInnen" meinen, jetzt käme gar der Weltuntergang. Was aber, wenn sich gar nichts ändert? Wenn alles stinknormal weiterläuft?

Wie soll sich was ändern? Frost bleibt Frost. Die Konzernstrukturen, die Verwaltungsstrukturen, die Militärstrukturen und die Polizeistrukturen, die Bespitzelung und Repressionen bleiben dieselben. Die einsetzende Zentralisierung und Konzentratisierung von Wirtschaft und Staat ist seit langem in Gange. „Europa des Binnenmarktes" ist nur die juristische Besiegelung der de fakto bestehenden Verhältnisse und Entwicklungen. Auch ohne die Bezeichnung „Binnenmarkt" und Europa käme in der Praxis das gleiche Ergebnis raus.

Wenn sich Frauen und Männer des „kritischen Potentials" jetzt anschicken, das „Europa des Binnenmarktes" zu kritisieren oder gar Ansätze für eine Reformpolitik zu formulieren, sind beide kreuzschief gewickelt. Denn bestätigt wird im einen wie im anderen Fall die Diskussion um Europa und damit Europa selbst, ha. Und das ist für Europa der – auch alternativen – MedienmacherInnen das wichtigste. Deshalb kann die Alternative aus autonomer/libertärer Sicht nur heißen: Sich an der Diskussion um Europa verweigern. Europa in der eigenen Diskussion im eigenen Kopf kaltstellen, auch bei Euch CONTRASTErInnen! Schromm!

Gerd Bahle
Autonome Biber

Betr.: Netzwerkbeilage

Ich möchte hiermit auf die Sonderbeilage Netzwerk Franken, Jan.'89 eingehen, außerdem wird hiermit meine Meinung zum „Problem Netzwerk" dokumentiert. Ausgehend davon, daß das Netzwerk Berlin eine Antwort auf die Berufsverbote ist, müßte mensch jetzt mal die letzten zehn Jahre überdenken. Was ja auch langsam ins Rollen kommt. Ich war bis Dez.'88 Technischer Zeichner und Betriebsrat, habe deshalb in der Fa. versucht, Strukturen und ein gutes Klima (frauenfreundlich, ausländerfreundlich, usw.) zu schaffen; ich wollte mich da, wo ich arbeite, verwirklichen. Ich bin der Meinung, daß mensch nur dort, wo die Massen sind, die Gesellschaft effektiv verändern kann. (...) Ich bin Mitglied im Netzwerk, weil ich die Firmenstrukturen und Produkte (Sozialarbeit) für sehr gut und wichtig halte. Ich kämpfe dafür, daß alle meine KollegInnen sich entfalten können durch möglichst viel Mitsprache in den Betrieben (bis zur Revolution und anschließender Machtübernahme). Ich möchte sinnvolle, umweltfreundliche Produkte herstellen, oder mich im sozialen Bereich um Kranke, Alte und Kinder kümmern. Aber nicht erst als „Alternativer", erstmal verlange ich das von „meinem Arbeitgeber" und diesem scheiß Staat, der mir die Steuer abzieht und gegen uns einsetzt (Rüstung, Atomprogramm, Polizei usw.). Ich würde gerne Steuern zahlen, wenn die im sozialen Bereich arbeitenden Netzwerke diese Gelder bekommen. Damit sie auch finanziell und personell gut ausgerüstet sind für ihre Aufgaben. Deshalb sollten wir Netzwerker mal überprüfen, ob wir so eine Welt bekommen, wenn wir uns alle in Netzwerkprojekten verwirklichen und ob wir dadurch die Welt verändern.(...) Ich bin auch gegen die BAG; ich halte sie für einen überflüssigen Überbau, der zur Zeit nur Gelder kostet. Zum Problem der Hauptamtlichen nur soviel: sie können nützlich und sinnvoll sein, wenn sie gut arbeiten und vom Netzwerk überwacht werden (rechenschaftspflichtig), damit sie nicht die Basis, die sie bezahlt, verlieren.

Werner O.Kramer
Betriebsrat; Lübeck

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 36, CONTRASTE, Oranienstr. 186, ☎ **(030) 65 15 64; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎ **(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎ **(0031) 20 84 36 95**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul- Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641, ☎ **(0541) 43 29 41**

V.I.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Regina Engel, Kantstr. 10, 3500 Kassel ☎ **(0561) 2 28 38; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE-System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:

☎ **(06221) 16 24 67**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

AG SPAK

Sozialpolitischer Kongreß: „Sozial kaputt?! - Wird nicht mehr finanziert, wer sich heut' engagiert?
Am 8. April 1989 in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147.
(Näheres siehe Seite 2 in dieser Ausgabe).

Stiftung Salecina

„Keine Macht für Niemand"
Jugendbewegungen 1968-1980. Sechstes Geschichtsseminar mit Theo Pinkus vom 14.5. bis 20.5.89 im Bildungszentrum Salecina/-Schweiz.
Das diesjährige Geschichtstreffen widmet sich jenen Bewegungen, die viele der jüngeren Generation aktiv miterlebt und mitgestaltet haben.

„Macht und Gegenmacht"
Gewerkschaften im Zeitalter der neuen Technologie, der Kapitalkonzentration und der „Flexibilitäts"-Forderung. Vom 21.5. bis 27.5.89 im Bildungszentrum Salecina/Schweiz
Information & Anmeldung:
Salecina
CH-7516 Maloja
Tel. (082) 4 32 39

Umdenken

Das neue Programm des politischen Bildungswerks „umdenken" kann ab sofort angefordert werden. Das Angebotsspektrum umfaßt Kurse und Seminare zu vielfältigen politischen, ökologischen, kulturellen und sozialen Themen (Genforschung, Müll, Hörfunk in Hamburg, Forumtheater für Frauen, Rhetorik-Seminare u.v.a.) sowie Bildungsurlaub in Berlin und Hamburg.
Politisches Bildungswerk e.V.
Max-Brauer-Allee 116
2000 Hamburg 50

G.I.B.

Die Reform des EG-Sozialfonds

Vor der Hintergrund der Reform der europäischen Strukturfonds sind deutliche Veränderungen bei der Handhabung des europäischen Sozialfonds für die Förderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen eingetreten.
Die Veränderungen sollen im einzelnen dargestellt und ihre Auswirkungen auf das Verfahren im Förderjahr 1990 überprüft werden.
Termin: 17.3.89 Bottrop
G.I.B.
Essener Straße 255-257
4250 Bottrop 1
Tel. 02041/67017

Nächstes Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien

Vom 7. bis 9. April 1989 im Tagungshaus Felsenkeller (siehe Artikel in dieser Ausgabe)
Rechtzeitige Anmeldung an:
Handwerkergenossenschaft e.G.
Verbindungskanal,
Linkes Ufer 11-20
6800 Mannheim

Tagungshaus Niederkaufungen

Leben in der Kommune. Vom 7. bis 9.4.89. An diesem Wochenende sollen Theorie und Erfahrungen im Zusammen-Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen vorgestellt werden. Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Anmeldung an:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Lern=werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
Tel. (06596) 5 51 od. 10 31

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.

Tag der offenen Tür im Niedrigenergiehaus der Familie Schrode, in 7057 Winnenden, Sudetenweg 3, am 15.4.1989. Führung ab 15 Uhr bis 17 Uhr.
Information:
Ansgar Schrode
Sudetenweg 3
7075 Winnenden
Tel. (07195) 2435

Seminar

Energieeinsparung und ökologisches Bauen
22.April 1989, 10-18 Uhr
Ort: Forum 3, Gymnasiumstr. 21
Stuttgart 1
Bei Rückfragen s. obiges Tel.

Es ist unmöglich, nicht zu kommunizieren.
ibek Seminar
Kommunikations-Workshop
für selbstverwaltete Betriebe und alternative Organisationen
12.3. – 16.3.1989
Programm und Anmeldungen
ibek GmbH
Telefon 0721 / 37 40 22

ibek

Kommunikation I

Thema dieses Seminars ist die Kommunikation zwischen zwei und mehr Personen. Mit theoretischen Modellen, Rollenspielen, Video-Feedback und Kleingruppenarbeit werden die verschiedenen Aspekte der Kommunikation (verbal, nonverbal, Sachebene, Beziehungsebene...) beleuchtet und erfahrbar gemacht. Die Wahrnehmung für das Kommunikationsgeschehen soll geschärft und die eigenen Vorlieben in der Kommunikation erfahren und bewußter erlebt werden.
Termin: 12. bis 16. März 1989 im Schloß Hochhausen am Neckar
Seminargebühr: 450,- DM, zzgl. 14 % MwSt
Anmeldung & Information:
ibek
Zähringer Str. 41
7500 Karlsruhe 1
Tel. (0721) 37 40 22

Computer sind doof
ibek Seminar
Organisations-entwicklung durch Computer?
ein Orientierungs-Workshop für selbstverwaltete Betriebe
16.4. – 18.4.1989
Programm und Anmeldungen
ibek GmbH
Telefon 0721 / 37 40 22

Frauenbildungshaus Osteresch

Buchführung für selbstverwaltete Projekte 16.-21.4.1989
Anmeldung und genaues Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag (DIN A5, 0.50DM) anfordern beim
Frauenbildungswerk Osteresch
Zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale
Tel. 05457/1513

Ausstieg aus der Autogesellschaft?!

Blicke in die Zeitungen zum Jahreswechsel 1988/89 machten klar, was die Bundesbürger dieses Jahr erwartet: **„1989 wird ein ganz großes Autojahr"** (BILD, 31.12.88). Nun kommt sie doch, die „schöne Welt": **„Jede Woche kommt 1989 ein neues Auto auf den Markt"** (Tagesspiegel, 31.12.88). Seltsam nur, daß unter diesen Umständen die „Initiative automobile Gesellschaft 1989" zum „Protestjahr der Autofahrer" ausgerufen hat. Merkwürdig auch, daß sich nun auch in der BRD „Auto-Parteien" zur Wahl stellen werden. Die Aussichten sind doch ausgesprochen autogerecht: Spätestens bis 1993 soll **die Bundesrepublik Deutschland die Weltspitze der Motorisierung erreicht haben!** (Pressedienst Bundeswirtschaftskammer, 1.12.88). Bei den Verkehrsunfällen steht die BRD schon heute weiter vorne.
Es gibt allerdings sehr viele Bürger, die die Faust in der Tasche ballen und sich fragen, **wieviele Menschen noch sterben müssen** und **was noch alles mit der Umwelt passieren muß,** bis die Politiker zum Umdenken bewegt werden können.
Die Verkehrs-Bürgerinitiativen sagen: Darauf können wir nicht warten! Der Widerstand gegen diese Verkehrspolitik muß spätestens jetzt verstärkt werden! Um den weiteren Kampf für eine menschen- und umweltgerechte Verkehrspolitik abzusprechen, treffen sie sich unter dem Motto **„Ausstieg aus der Autogesellschaft?!"** zum **7. Bürgerinitiativen - Verkehrskongreß vom 28.4. bis 1.5.89 in Hannover.** Veranstalter sind die BiU Hannover und der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V. (Umkehr) aus Berlin.
Information & Anmeldung:
Umkehr e.V.
Kirchstr. 4
1000 Berlin 21
Tel. (030) 392 61 46

BuntStift

AG hessische Ausbildungsprojekte

Am 1.4.1989 findet unser nächstes Arbeitstreffen statt. **Möglicher Schwerpunkt:** EG-Sozialfonds 1990.
Ort: Werkhof Darmstadt, Rundeturmstr. 18
Anmeldung & Information:
BuntStift
Martin Mertens
Helmholtzstr. 4
3500 Kassel
Tel. (0561) 89 57 64

Vortragsreihe: „Rund um's Wirtschaften in Alternativbetrieben und Projekten"

Der Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung e.V., Wiesbaden, bietet ab sofort einmal im Monat eine Vortragsreihe unter obenstehendem Motto an.
Im 1. Halbjahr 1989 werden voraussichtlich die folgenden Themen behandelt:

19.4.1989	Finanzierung und Förderung von Umweltschutzinvestitionen
17.5.1989	Alternative Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. Bürgengemeinschaften, Direktkreditvermittlung, Haftungsfonds
21.6.1989	Unternehmensgründungsfinanzierung, insbesondere Zugang zu öffentlichen Förderungsmitteln.

Die Vorträge werden von erfahrenen Praktikern gehalten. Ort der Veranstaltung ist das Cafe im Hilde-Müller-Haus, Wallufer Platz 15, 3. Stock in Wiesbaden. Beginn der Veranstaltung ist jeweils um 19 Uhr. Es wird kein Eintritt erhoben.
Änderungen der Themen und Zeiten sind vorbehalten. Für das 2. Halbjahr ist eine Fortsetzung der Vortragsreihe geplant. Weitere Infos können unter folgender Kontaktadresse angefordert werden: Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung e.V., c/o Ralf Seidel, Eschbachstr. 4, 6204 Taunusstein-Hahn.

ISO

Kollektives Management „Was tun"

Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: – Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern –.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. *An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit* verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 10. bis 12. März 1989
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 37 73 33

Buchführung für Vereine (1)

Der Verein und das Finanzamt:
Aufzeichnungspflichten, Gemeinnützigkeit – Steuerbefreiung, Zweckbetrieb, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Steuerfragen, praktische Durchführung der Buchhaltung.
Für Vorstände, Kassenwarte/-innen und KassenprüferInnen.
Wann: 13.4.1989, 9-17 Uhr
Wo: Mainzer Landstr. 147, IV. Stock, Raum 1

Buchführung für Vereine (2)

Der Verein als Arbeitgeber:
Übungsleiter, Lohnsteuerberechnung, Meldepflichten, steuerfreie Aufwandsentschädigung.
Für Vorstände, Kassenwarte/-innen, MitarbeiterInnen aus Vereinen.
Wann: 27.4.1989, 9-14 Uhr
Wo: Mainzer Landstr. 147, IV. Stock, Raum 1

Experimental-AG: Lebenswege – Lernwege

Das Seminar bietet die Möglichkeit, die Individualpsychologie für die Bildungsarbeit und tägliche Berufspraxis zu nutzen – in der eigenen Biografie zu stöbern – Lebensmuster zu erkennen, die die Lernprozesse prägen.
Wann: 19.-21.3.1989, 10 Uhr Anreise, 15 Uhr Abreise
Wo: Tagungshaus Rommerz, 6404 Neuhof-Rommerz
Anmeldung: Kurt Eidmann
Tagungshaus Rommerz
Am Fuchsberg 22d
6404 Neuhof-Rommerz
Tel. 06655/4294

4. UGB-Kongreß über Vollwerternährung

„Prävention mit Vollwert-Ernährung" – unter diesem Motto veranstaltet der Verband für Unabhängige Gesundheitsberatung Deutschland e.V. (UGB) den diesjährigen 4. Fachkongreß über Vollwerternährung. Er findet vom 18. bis 20. Mai 1989 in Gießen statt.
Das Kongreßprogramm mit den Anmeldeunterlagen kann beim Verband für Unabhängige Gesundheitsberatung, Keplerstr. 1, 6300 Gießen angefordert werden.

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für
org. biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
Tel. (05543) 7 82

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens

Gründet Genossenschaften!

Das Seminar richtet sich an Gründungswillige, Neugründer und Mitarbeiter von Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften. In einem Einführungsbeitrag werden die Gestaltungsmöglichkeiten der genossenschaftlichen Rechtsform geschildert; es besteht die Möglichkeit in Diskussionen und Gesprächen auf verschiedenste Fragen und Problemlagen einzugehen.
Die Genossenschaft ist eine moderne Rechtsform mit einer bewegten Geschichte. Im zweiten Teil des Seminars werden wir einen Einblick in die Geschichte der Genossenschaftsbewegung geben, um zu hinterfragen, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden und was wir daraus für die heutige Praxis ableiten können.
Vom 17. bis 19. März 1989 in Neu-Anspach/Taunus.
Das Seminar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung des Vereins mit dem ISO, Frankfurt. Anmeldungen bitte umgehend an:
Verein zur
Förderung des
Genossenschaftsgedankens e.V.
Am Hofgarten 20
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 21 52 90

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . BLZ: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.